Nr. 292. 26. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 15. Dezember 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Militärischer Anschauungsunterricht gegen die freie Jugendbewegung!

Der neue Herr im Kriegsministerium, der General v. Heeringen, ist auf eine geniale Idee verfallen — er will die Armee gegen die freie Jugendbewegung mobil machen. Natürlich nicht zu rauher Gewalttat. Die Verfolgung der freien Jugendbewegung fällt ins Ressort der Polizei und Justiz, die voll Eifers an der Arbeit sind. Der Kriegsminister will das Heer zu einem Mittel „nationaler Jugenderziehung" gestalten, die den Nachwuchs der deutschen Arbeiterklasse unempfänglich machen soll für freie Anschauungen und Lehren. Er denkt die ihm und seinen Kreisen verhaßten Bestrebungen der Arbeiterklasse, die proletarische Jugend für den Befreiungskampf ihrer Klasse zu gewinnen und zu schulen, erfolgreich bekämpfen zu können, während er der Jugend militärische Schauspiele bietet. Der Aufklärung über das Wesen des Militarismus will er einen Anschauungsunterricht entgegensetzen, der die dunklen Seiten des Militarismus verhüllt, der den für buntes Schaugepränge und die Aufregung kriegerischen Kampfes besonders empfänglichen jugendlichen Gemütern nur die glänzende und heroische Seite des großen Heeresorganismus zeigt. Wie der Herr General das zu bewerkstelligen gedenkt, das zeigt die folgende Verfügung, die soeben in der Nr. 24 des Ministerialblatts der Handels- und Gewerbeverwaltung veröffentlicht wird. Sie lautet:

Betr. Jugenderziehung.

Kriegsministerium.

Berlin, den 21. Oktober 1909.

Erfahrungen der letzten Zeit über Jugenderziehung lassen von neuem erkennen, wie schnell sich die Jugend für alles begeistert, was das militärische Gebiet berührt. Es liegt im lebhaften Interesse des Staates, namentlich der Armee, daß dieser Sinn für das Militärische, die Freude am Soldatentum auch von militärischer Seite in der Jugend möglichst erhalten und gefördert wird. So z. B. wird es häufig ohne Schädigung der dienstlichen Interessen möglich sein, Schülern, ganzen Schulen oder einzelnen Klassen, auch Fortbildungsschulen, die Teilnahme als Zuschauer bei Paraden, bei Manövern oder interessanten Uebungen zu gestatten, ihnen dabei bevorzugte Plätze anzuweisen und sie durch besonders geeignete Persönlichkeiten führen und über die Vorgänge bei der Uebung usw. unterrichten zu lassen.

Ferner liegt es im eigensten Interesse des Heeres, wenn die stetig wachsenden Bestrebungen zur Steigerung der körperlichen Leistungsfähigkeit der Jugend dadurch unterstützt werden, daß nach Möglichkeit Exerzier- und Turnplätze, Exerzierhäuser, Turnhallen usw. zur Pflege der Volksspiele, des Sportes und des Turnens unentgeltlich überlassen werden.

Die Zulassung von Schülern (auch Fortbildungsschülern) zu den Militär-Schwimmanstalten kann unter der Voraussetzung, daß der Militär-Schwimmdienst keine Störung erleidet und daß keine Ersatzansprüche irgend welcher Art an die Heeresverwaltung gestellt werden, gegen mäßiges Entgelt in den Standorten gestattet werden, in denen keine Privat-Schwimmanstalten vorhanden sind. In Fällen, bei denen es sich um von Gemeinden erpachtete Schwimmanstalten handelt, muß vor der Freigabe der Anstalten für Schüler das Einverständnis der Gemeinde eingeholt werden, sofern der Mietsvertrag sich nicht schon hierüber ausspricht.

Die Teilnahme von Offizieren (auch Unteroffizieren) an den Wehrkraftsbestrebungen der Jugend durch persönliches Erscheinen bei den Spielen, bei turnerischen Wettkämpfen, vaterländischen Festen usw. dürfte besonders anregend und ermunternd auf die Jugend wirken.

Die königlichen Generalkommandos werden ergebenst ersucht, bei den unterstellten Kommandobehörden und Truppenteilen darauf hinzuwirken, daß die Bestrebungen zur Erhaltung des gesunden militärischen Sinnes und zur Förderung der Wehrkraft in der Jugend in der angegebenen Richtung nach Kräften unterstützt werden.

gez. v. Heeringen.

476/8. 09. A. 2.

An sämtliche königl. Generalkommandos.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Berlin W. 66, den 30. November 1909.

Von der vorstehenden Verfügung ist den Vorständen der in Garnisonorten bestehenden Fortbildungsschulen Kenntnis zu geben.

IV. 11 728. Im Auftrage: Dr. Neuhaus.

An die Herren Regierungspräsidenten und den Herrn Oberpräsidenten in Potsdam.

Der Anblick glänzender Paraden, schneidiger Parademärsche, frisch-fröhlichen Kriegsspiels und der schmetternde Klang der Militärmusik sollen also in der Jugend des Proletariats alle Regungen des werdenden Klassenbewußtseins unterdrücken; eine hurrapatriotische Kriegervereinsstimmung soll in den Köpfen der Jugendlichen gezüchtet werden, die sie unfähig macht, jemals staatsgefährliche, und vor allem antimilitaristische Gedanken zu hegen. Und das Mittel ist gar nicht so ungeschickt gewählt. Daß die Jugend im allgemeinen besondere Freude am bunten Rock und militärischem Schauspiel empfindet, ist bekannt. Die Lust an farbenprächtigem Gepräge und die Bewunderung körperlicher Kraft und Gewandtheit, die Lust am männlichen Wettkampf und am fröhlichen Raufen, die uns allen mehr oder minder als Erbteil unserer Vorfahren, als Niederschlag von Jahrtausenden kriegerischer Vergangenheit überkommen ist, all das ist im gesunden Kinde besonders lebendig und kräftig. Dazu kommt der dem deutschen Normalbürger tief eingewurzelte, seiner Nachkommenschaft schon mit der Muttermilch eingeflößte Respekt vor der Uniform und dem Leutnant, auch eine erbliche Belastung, die ihre Wurzel in trüben Kapiteln unserer speziellen deutschen Geschichte hat. Wie stark das alles in gewissen Kreisen des deutschen Volkes noch ist, das zeigen uns zu einem großen Teile die Mitgliederzahlen der Kriegervereine. Selbst die harten, oft genug empörenden Erfahrungen der Militärzeit sind vielfach nicht imstande, im Erwachsenen die kindliche Lust am militärischen Wesen abzutun. Um wieviel mehr darf da der Kriegsminister von den Wirkungen seiner glänzenden Schauspiele auf die empfängliche Jugend erwarten. Zumal wenn sie mit der Befreiung von Schulstaub und Schulzwang verbunden sind. Für Ferientage ist die Jugend — auch die Fortbildungsschuljugend — stets dankbar.

Eins nur hat der Kriegsminister bei seiner Maßregel vergessen — daß nämlich der klassenbewußte deutsche Arbeiter von heute mit dem militärbegeisterten und uniformfürchtigen Normalbürger nichts mehr gemein hat, daß sein Nachwuchs in einer geistigen Atmosphäre aufwächst, in der der Hurrapatriotismus und die Freude am Soldatentum nicht gedeihen wollen. Auch das Leben, das dem Proletarierkinde frühzeitig hart zusetzt, ist nicht besonders geeignet, die „gute Gesinnung" zu züchten. Deshalb sind ja alle die wütenden Anstrengungen, durch einen geisttötenden, das Selbständigkeitsgefühl unterdrückenden, Demut und Unterwerfung als höchste Tugend lehrenden Schuldrill die Jugend dem Proletariat zu rauben, die Kinder der Arbeiterklasse ihrer Klasse zu entfremden. Das proletarische Elternhaus und die harte Lebensschule sind stärker als die langjährige Gesinnungsdressur mittels Katechismus und Hohenzollernlegende.

Deshalb wollen wir die Bedeutung des kriegsministeriellen Erlasses nicht unterschätzen. Die Arbeiterklasse hat erkannt, daß sie sich nicht allein darauf verlassen darf, daß der Einfluß des proletarischen Elternhauses und die wirtschaftliche Entwickelung ihr die Jugend trotz allem Mißbrauchs der Schule zuführen wird. Sie hat durch die Unterstützung und Förderung der freien Jugendbewegung ihren Entschluß bekundet, mit den reaktionären Gewalten um die Jugend zu kämpfen, die Erkenntnis bezeugt, daß es Pflicht ist, der Jugend schmerzliche Umwege in der Entwickelung zum Klassenbewußtsein nach Möglichkeit zu ersparen. Das ists ja, was die Ordnungshüter aller Grade nervös macht, was sie zu den wütendsten und lächerlichsten Anstrengungen treibt. Der Polizeikampf gegen die freie Jugendbewegung, die amtliche Förderung der religiösen und „nationalen" Jugendvereine, der Spiel- und Sportbestrebungen, alles soll dem edlen Zwecke dienen, der Arbeiterbewegung die Jugend zu nehmen. Der Erlaß des Kriegsministers ist ein neues Glied in dieser Kette. Er wird ein neuer Ansporn für das klassenbewußte Proletariat sein, die freie Jugendbewegung mit vermehrtem Eifer zu fördern und auszubauen. Es wird den Kampf gegen die Militarisierung der Jugend mit aller Kraft aufnehmen. Und die Arbeiterklasse kann, wenn in diesem Kampfe jeder seine Pflicht tut, getrost des Ausganges warten. Sie ficht in ihm als die Vertreterin der höheren Kultur gegen die niedere, als der Anwalt der Humanität gegen die Barbarei. Mit ironischem Lächeln darf sie schon heute über die erste Tat des neuen Kriegsministers quittieren als über ein Zeugnis ihrer Kraft und der Angst ihrer Gegner.

Der Arbeitsnachweis des Zechenverbandes.

Noch eben vor den Weihnachtsferien ist es im Reichstag endlich zur Verhandlung über den Arbeitsnachweis des Zechenverbandes im Ruhrgebiet gekommen. Es lagen dazu zwei Interpellationen vor: die eine von der Sozialdemokratie, die andere vom Zentrum. Beide weisen auf die Beunruhigung hin, die in Kreisen der Bergarbeiter in allen Organisationen durch die geplante Einführung des Arbeitsnachweises der Unternehmer zum 1. Januar 1910 hervorgerufen wurde. Wie berechtigt diese Beunruhigung ist, ging schon hervor aus dem, was der Abgeordnete Giesberts aus den bestehenden Unternehmernachweisen beizubringen wußte. So führte der Zentrumsredner an, daß der Unternehmernachweis in Mannheim nicht nur zur Bekämpfung streikender Arbeiter, sondern sogar zur Brotlosmachung ihrer Töchter mißbraucht würde. Es ist ihm nicht zweifelhaft, daß der Zechennachweis als Kampfmittel gegen die Arbeiterorganisationen dienen soll. Leider konnte der Zentrumsmann es sich nicht verkneifen, auch bei dieser Gelegenheit, wo es sich doch um ein gemeinsames Interesse aller Arbeiter handelt, auf die Sozialistenangst der bürgerlichen Klassen zu spekulieren, indem er Reichstag und Regierung noch dadurch für ein gesetzgeberisches Eingreifen zu gewinnen suchte, daß er warnend ausrief, durch die Brotlosmachung der Agitatoren in den größeren Orten werde die sozialistische Bewegung durch ganz Deutschland bis in die abgelegensten Winkel zerstäubt.

Ohne sich durch Giesberts' antisozialistische Nebenabsichten beirren zu lassen, betonte dagegen der sozialdemokratische Interpellant, Genosse Bömelburg, eindringlich vom Anfang seiner Ausführungen an bis zu Ende das gemeinsame Interesse aller Arbeiter an der Abwehr des tückischen Anschlages der Grubenbarone. Wirken ja doch auch die Unternehmer aller Konfessionen und aller bürgerlichen Parteien einträchtiglich zusammen zur Unterdrückung der Arbeiter. Nicht nur Konservative und Liberale, auch Zentrumsanhänger finden sich unter den Zecheninteressenten. Bömelburg wies insbesondere darauf hin, daß der Nachweis des Zechenverbandes eine Einschränkung der Freizügigkeit herbeiführen werde, da er es den Arbeitern ferner unmöglich machen würde, wie das jetzt üblich ist, sich um eine neue Arbeitsstelle zu bemühen, ehe er die alte aufgegeben hat.

Dadurch, daß wohl der Arbeiter gebunden ist, eine Stelle anzunehmen, nicht aber der Unternehmer, jeden sich meldenden Arbeiter einzustellen, würde es den Unternehmern ermöglicht, durch Einführung und Anstellung von Ausländern die Löhne zu drücken, da ja die Regierungen durch ihre Ausweisungspraxis ständig darauf hinarbeiten, die Ausländer zu widerstandslosen Sklaven des Unternehmertums herabzudrücken.

Was jetzt im Ruhrgebiet eingeführt werden soll, so zeigte Bömelburg weiter, ist eine Anpassung des Hamburger Personenkarten-Systems an die Verhältnisse im Bergwerksbetrieb. Die schwarzen Listen würden zwar außer Brauch kommen, oder nur um durch die mindestens eben so schlimmen schwarzen Bücher ersetzt zu werden. Was nach dieser Methode in Mannheim jetzt schon geleistet wird, das ist der Inbegriff aller Niedertracht. Wird doch verschiedentlich jetzt auch schon versucht, die Anerkennung der Unternehmernachweise zum Bestandteil der Tarifverträge zu machen.

Nachdrücklich erklärte der sozialdemokratische Redner: die Bauarbeiter seien entschlossen, unter keinen Umständen den Unternehmernachweis tariflich anzuerkennen, möchten darüber auch alle Tarifverträge zum Teufel gehen! Die Unternehmer dürften zwar nach den bisherigen Erfahrungen hoffen, daß die Minister auch in dieser Frage die Unternehmerinteressen vertreten würden. Trotzdem erwarten Millionen Arbeiter in ganz Deutschland von Reichstag und Regierung die Initiative zur Einführung paritätischer Arbeitsnachweise, wodurch auch die Grundlage zur Arbeitslosenversicherung geschaffen werde. Geschehe das nicht, so sei ein gewaltiger Kampf zwischen Unternehmertum und Arbeitern unausbleiblich, ein Kampf, von dem die Arbeiter im gegenwärtigen Augenblick nur auf dringendes Abraten ihrer Führer Abstand genommen hätten, weil bei der wirtschaftlichen Depression für die Arbeiter die Konjunktur ungünstig sei.

In den wuchtigen Schlußworten Bömelburgs kam der zurückgehaltene Groll der Arbeiter über den drohenden Knechtungsversuch ebenso wirksam zum Ausdruck wie ihre feste Entschlossenheit, den Kampf, wenn er ihnen aufgedrungen werden sollte, durchzuführen bis zum bitteren Ende.

Der Staatssekretär des Innern, Herr Delbrück, behandelte in seiner Beantwortung der Interpellation die Frage ganz nach der beliebten bureaukratischen Schablone für Rechtfertigung ministerieller Untätigkeit: 1. läßt sich gegen den Arbeitsnachweis der Unternehmer an sich nichts machen, da er sich formell im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen hält. Zweitens ist die Frage zum gesetzgeberischen Eingreifen nicht reif, bei Lichte besehen liegt dazu überhaupt kein Anlaß vor. Herr Delbrück paßte sich hiermit fürtrefflich dem Leitmotiv an, das der amtierende Reichsoberbureaukrat im philosophischen Baldrianstil in die Worte gegossen hat: „Wir werden sehen, wir werden hören, und dann wird es sich zeigen!"

Im einzelnen enthielten Herrn Delbrücks Ausführungen noch mancherlei Schönheiten, die registriert zu werden verdienen. Er berief sich für die Harmlosigkeit der Zechenverbandspläne auf Mitteilungen, die ihm ein Mitglied des — Zechenverbandes gemacht hat! Auf den Zuruf Hues, ob er auch Arbeiter gehört habe, blieb der Minister die Antwort schuldig. Daß er und seine Kollegen sich in irgend einer Weise durch Rücksicht auf die Unternehmer von der strengsten Unparteilichkeit gegenüber den Arbeitern abbringen ließen, wies er weit von sich, er bewies aber gleich darauf, wie sehr er unbewußt im Banne der Unternehmer steht, durch einen wunderschönen Beschönigungsversuch für die Zechenherren. Mit wahrer Rührung rief er aus, man solle doch bedenken, daß die Leiter der Bergwerksunternehmungen nicht nur ihre eigenen Interessen, sondern auch die der Aktienbesitzer, darunter armer Witwen, wahrzunehmen hätten! Die Bergherren aufgeputzt als Sachwalter aktienbesitzender armer Witwen in einer Zeit, da in uns allen noch die Entrüstung nachzittert über das Schicksal, das diese Gemütsmenschen den Radbod-Witwen bereitet haben — das kann doch eigentlich nur jemand vorbringen, der, ein neuer Parzival, als „reiner Tor" durch die Gegenwart gewandelt ist!

Als erster Diskussionsredner sprach der konservative Herr Beuchelt, seines Zeichens ein großer Maschinenfabrikant in Grünberg. Er hatte sich eine schöne Rede zur Verteidigung der Zechenbarone zu Hause fein säuberlich ausgearbeitet und versetzte sie nun dem Reichstage, ohne auch nur mit einer Silbe auf die Argumente der Interpellanten einzugehen. Stand davon doch nichts auf seinem Papier! Aber ein „reiner Tor" wie Herr Delbrück ist Herr Beuchelt nicht, denn daß er dessen Handlangertum besser kennt als der Herr Minister selbst, zeigte er durch die Aufforderung: Die Industriellen erwarten, daß der Herr Staatssekretär in dieser Frage unbeirrt die nämliche Haltung einnehmen werde wie bisher.

Dann wurde die Debatte auf morgen (Mittwoch) vertagt.

* * *

Vorher hatte es anläßlich der zweiten Beratung des Nachtragsetats noch eine eingehende Debatte über die Unterstützung der infolge der Steuer-

gesetze brotlos werdenden Tabakarbeiter gegeben. Das Gesetz hatte dafür 4 Millionen Mark bestimmt; die Regierung hatte davon 2 Millionen Mark in den Nachtragsetat eingesetzt, die Budgetkommission diese Summe aber auf 2½ Millionen Mark erhöht. In der Debatte hatte der nationalliberale Lizentiat Everling gegen die Sozialdemokratie scharfe Vorwürfe erhoben, weil sie die Heimarbeit abschaffen wolle. Er versicherte: Heimarbeiter, denen er diesen finsteren Plan der Sozialdemokratie enthüllt habe, hätten erklärt: „Dann schaffen wir die Sozialdemokratie ab!" Schade, daß man nicht weiß, was für Unsinn über die sozialdemokratischen Absichten der Herr Lizentiat seinen gläubigen Zuhörern vorgeschwafelt hat! — Genosse Geyer leuchtete dem Herrn, der schon wiederholt eine pastorale Verherrlichung der „poesievollen Heimarbeit" im Reichstag verzapft hat, gehörig heim. Er legte dar, daß wir Gegner der Heimarbeit sind, weil sie zur scheußlichsten Ausbeutung der armen Heimarbeiter und zu deren physischen und seelischen Degradierung führt. Mit Wärme vertrat Geyer dann noch die Ansprüche der Tausende von Tabakarbeitern, die durch das verderbliche Steuergesetz außer Beschäftigung kommen, erkannte aber auch bereitwillig an, daß der neue Schatzsekretär Herr Wermuth sich bemühe, ihnen entgegenzukommen. Herr Erzberger fand sich noch gemüßigt, gegen die Sozialdemokratie den Vorwurf zu erheben, sie habe gegen die Unterstützung gestimmt, worauf Genosse Molkenbuhr aus den Akten die Unwahrheit dieser Behauptung nachwies.

Anläßlich der sozialdemokratischen Interpellation wegen der Unterstützung der Tabakarbeiter wird die ganze Frage übrigens demnächst noch gründlicher zur Erörterung gelangen.

Ein Musterbeispiel militärischer Geldverschwendung.

Mag man auch noch so viel über die Geldverschwendung, die Militarismus und Marinismus nach sich ziehen, schreiben, man wird nicht damit fertig. Wer dieses traurige Thema erschöpfen wollte, müßte mindestens drei Bände im Lexikonformat schreiben. Selbst die krassesten Fälle sind nicht bekannt. Wir wollen einen solchen Fall, der geradezu nach Abhilfe schreit und ein drastisches Beispiel für die militärische Geldverschwendung darstellt, vorführen.

Es handelt sich hier um die königl. bayerische Leibgarde der Hartschiere. Diese Leibgarde setzt sich aus ehemaligen Feldwebeln und Wachtmeistern zusammen, so daß in ihr schon der „Gemeine" Feldwebelsrang hat. An derartigen „Gemeinen" zählt sie 92 Köpfe. Sie ist gar nichts weiter als eine rein höfische Repräsentationstruppe, die der Allgemeinheit gar nichts leistet. Ihre Aufgabe besteht im Postenstehen vor den Gemächern des Regenten und fürstlicher Gäste; bei feierlichen Gelegenheiten bildet sie innerhalb der Residenz Spalier und außerdem marschiert ein Teil davon bei der Eröffnung des Landtags, bei der Fronleichnamsprozession, beim Georgiritterfest — der Münchener sagt respektlos Gregoriritter — rechts und links vom Regenten als Leibwache.

Die Uniformierung der Hartschiere ist natürlich sehr kostspielig. Sie haben dreierlei Uniformen: eine für die Straße, eine für den gewöhnlichen „Dienst" und eine Galauniform. Schon die Uniform für den gewöhnlichen Dienst strotzt von Silber.

An Löhnung erhält jeder Hartschier 936 M. Dazu kommen natürlich noch Nebenbezüge, z. B. Geldentschädigung für die Wohnung, Verpflegungsgelder. Wieviel ein Hartschier in bar erhält, ist aus dem Etat nicht genau ersichtlich, dieweilen die Militäretats so aufgestellt sind, daß sie einen genauen Einblick in die militärischen Ausgaben nicht gewähren. Alles in allem — auch die Uniformen muß das Volk bezahlen — kommt ein Hartschier dem Staate auf mindestens 1600 M. jährlich. Das sind bei 92 Hartschieren rund 147 000 M. mindestens im Jahre.

Nun zum Allerschönsten: Diese 92 Hartschiere werden nicht von einem Hauptmann, dem ein oder zwei Leutnants beigegeben sind, befehligt, sondern zu ihnen gehört ein Offizierkorps von 14, sage vierzehn Offizieren. Trifft also durchschnittlich auf rund 7 Hartschiere ein Offizier. Der oberste der Offiziere heißt Generalkapitän der Leibgarde der Hartschiere. Man denke: Der höchste Vorgesetzte einer Abteilung von 92 Mann führt den Mordstitel Generalkapitän! Er bezieht das Gehalt eines Divisionskommandeurs, also 13 554 M. pro Jahr, dazu Wohnungsgeldzuschuß und auch noch zwei Pferderationen, obwohl er überhaupt kein Pferd braucht. Aber die 92 Hartschiere haben noch einen Offizier mit Generalsbezügen. Dies ist der Premierleutnant der Leibgarde der Hartschiere. Er erhält das Gehalt eines Generalmajors, somit 10 260 M., Wohnungsgeldzuschuß und ebenfalls zwei Pferderationen. Auch ein Offizier mit Regimentskommandeursgehalt, 8772 M. und Wohnungsgeldzuschuß, gehört zu den Hartschieren. Ihm gebühren gleichfalls zwei Pferderationen. Zwei Offiziere — sie heißen Kornet und Exempt — erhalten das Gehalt von Bataillonskommandeuren, also je 6552 M., dazu Wohnungsgeldzuschuß und je eine Ration. Dazu gesellen sich noch ein Offizier mit Hauptmannsgehalt, 4 mit Oberleutnants- und 4 mit Leutnantsgehalt. Alle neun beziehen auch den Wohnungsgeldzuschuß ihrer Charge.

Kann man sich eine tollere Verschwendung denken? 92 Mann, deren militärische Existenz vollkommen überflüssig ist, werden mit 14 Offizieren ausgestattet, von denen zwei Generalsbezüge und drei die Bezüge von Stabsoffizieren haben? Ist es nicht auch lächerlich, 92 Mann so mit Offizieren zu dotieren. Selbstverständlich sind diese Offiziersposten gut bezahlte Sinekuren für Söhne aus bayerischen Adelsfamilien. Erst vor kurzem wurde der Sohn des verstorbenen Generaladjutanten und Günstlings des Regenten, Freiherrn von Freyschlag, in eine solche Stelle mit 6552 M. Gehalt, Wohnungsgeldzuschuß und eine Ration hineinbugsiert.

Die Behandlung des bayerischen Militäretats gehört allerdings nicht zur Kompetenz des Reichstags, sondern zu jener des bayerischen Landtags, aber erstens muß eine derartige Verschwendung in alle Welt hinausgerufen werden, und zweitens wird der bayerische Landtag schärfer zugreifen, wenn er sieht, daß die Geschichte auch außerhalb Bayerns Aufsehen erregt. Darum haben wir sie hier ausführlich besprochen. Genosse Vollmar hat auf die Geldverschwendung, die mit den Hartschieren getrieben wird, schon vor 16 Jahren im bayerischen Landtag hingewiesen. Vielleicht ist jetzt, wo das Volk für den Moloch so furchtbar bezahlen muß, wo es überall Erbitterung über diese Schröpferei empfindet, ein Vorstoß erfolgreicher!

Bayern erhält übrigens die Mittel für seine Armee vom Reiche, und zwar im Verhältnis seiner Präsenzstärke zu jener der unter der preußischen Verwaltung stehenden deutschen Truppenteile und der sächsischen und württembergischen Kontingente. In runder Zahl ausgedrückt, beträgt das Verhältnis 1/6, Bayern kann also auf militärischem Gebiet mit den Steuergroschen des Volkes gar nicht verschwenderisch umgehen, wenn das Reich oder, besser gesagt, der Reichstag es ihm nicht vormacht. Würde der Reichstag mit dem Gelde des Volkes sparsam sein, so würde die Quote für die bayerische Armee nicht so viel betragen, daß der bayerische Landesherr sich auf Kosten des deutschen Volkes eine Leibgarde halten kann, die im Jahre zirka ¾ Million verschlingt und sich wie ein Spuk aus dem Mittelalter ausnimmt und mit ihren Hellebarden an die Theateraufzüge blutrünstiger Tyrannen vergangener Zeit erinnert.

Kapitalistische Treibereien.

Seit einiger Zeit wird eine lebhafte Hetze in Szene gesetzt, um Marokkos wegen neuen Unfrieden zwischen Frankreich und Deutschland zu stiften. Es ist natürlich überflüssig zu sagen, daß diese Hetze von lauter waschechten Patrioten ausgeht und ebenso selbstverständlich ist, daß hinter diesem Patriotismus gewöhnlichste kapitalistische Profitsucht und allerschäbigster Konkurrenzneid sich verbirgt. Der ganze Lärm um Marokko wird ohne weiteres klar, wenn man weiß, daß Marokko reich an Erzlagern ist, deren Ausbeutung reiche Gewinne verspricht. Um den Besitz solcher Bergwerke hat ja das spanische Kabinett Maura den verbrecherischen Krieg gegen die Rifkabylen geführt und die Aussicht auf Bergwerkskonzessionen war und ist das Motiv für die Kolonialtreiber in Frankreich ebenso wie in Deutschland. Schon schien es, daß der Kampf dieser Interessen durch eine Vereinigung zur gemeinsamen Ausbeutung der marokkanischen Bodenschätze durch Franzosen und Deutsche beendet werden sollte. Es bildete sich eine Minengesellschaft, der vor allem Schneider-Creuzot, das ist der französische Krupp, und Krupp-Essen, das ist der deutsche Schneider, angehörten. Die Patrioten diesseits und jenseits beruhigten sich und die Presse wurde stiller. (Es ist übrigens eine bekannte Erfahrung, daß bei Fortfall der Konkurrenz auch die Reklamespesen, Pressebeteiligungen usw. sich vermindern.)

Da erschien plötzlich ein anderes Syndikat auf dem Plan. Da das erste Syndikat französisch firmiert und die Wahrung seiner Interessen bereits als patriotische Pflicht der französischen Regierung überwiesen hat, so mußte das neue Syndikat natürlich deutsch firmieren, was selbstverständlich nicht ausschließt, daß auch bei ihm französische Interessen stark vertreten sind. An der Spitze dieses „deutschen" Syndikats steht ein Großkapitalist namens Reinhard Mannesmann. Er behauptet, sehr wertvolle Bergwerkskonzessionen von dem verflossenen Abdul Asis erhalten zu haben, die angeblich unanfechtbar seien. Das „französische" Syndikat behauptet natürlich mit gleicher Bestimmtheit, daß Herr Mannesmann flunkert und seine Rechte äußerst zweifelhaft seien.

Die französische und deutsche Regierung, die so zwischen zwei hadernde deutsch-französische Kapitalistencliquen geraten waren, taten das einzig Vernünftige: sie erklärten, daß die Angelegenheit einem internationalen Schiedsgericht unterbreitet und von diesem endgültig erledigt werden soll. Darüber sind die Mannesmanninteressenten in große Aufregung geraten, was jedenfalls beweist, daß ihre „Rechtsansprüche" nicht so unanfechtbar sind, wie sie gerne glauben machen möchten. Es ist ein wildes Pressetreiben inszeniert worden und Herr v. Schoen wird der „Preisgabe nationaler Interessen", des „Zurückweichens vor Frankreich" usw. beschuldigt in dem üblichen patriotischen Jargon. Liest man die Zeitungen von der „Tägl. Rundschau" und der „D. Tageszig." bis zur „Frankf. Ztg.", so wäre das deutsche Vaterland in Gefahr, weil nicht das deutsch-(französische), sondern das französisch-(deutsche) Minensyndikat den Hauptprofit machen soll, zu dessen Erlangung tausende französischer Soldaten und Millionen von Steuergeldern geopfert und Europa eine Zeitlang in Kriegsgefahr gestürzt wurde.

Und die patriotische Presse geht gehörig ins Zeug. Die „Tägl. Rundsch." leistete sich sogar die Behauptung, der Staatssekretär des Auswärtigen Amts habe während einer Rede des Abg. Liebermann über die Marokkopolitik den Geheimen Legationsrat Freiherrn von Griesinger in die Diplomatenloge des Reichstages gesandt, um den dort anwesenden französischen Botschaftsrat Baron de Berckheim fragen zu lassen, ob er noch weitere Erklärungen des Staatssekretärs Freiherrn v. Schoen wünsche. Herr v. Schoen hat im Reichstag den „unerhörten Vorwurf, der etwas behaupte, was nahezu an Landesverrat grenze", als dreiste Erfindung mit dem größten Nachdruck zurückgewiesen und dasselbe ist durch die „Nordd. Allg. Ztg." geschehen.

Aber es ist doch interessant festzustellen, mit welchen Mitteln diese patentnationalen und patentpatriotischen Blätter gegen die sonst so sehr verteidigte „Staatsautorität" zu arbeiten wissen, wenn diese Staatsautorität einen Moment lang sich nicht in den Dienst der gewöhnlichsten privaten Profitinteressen stellen lassen will, weil ihr der Einsatz — das gute Verhältnis zu Frankreich — doch für das Spiel des Herrn Mannesmann etwas zu hoch erscheint.

Etwas weniger plump, aber nicht minder heftig fährt die übrige kapitalistische Preßmeute Herrn v. Schoen an die Waden. Auf den Ausgang kann man ja einigermaßen begierig sein. Aber wenn die Herren glauben, daß sie das deutsche Volk wegen Bergwerkskonzessionen ebensoweit bringen wie das unglückliche spanische, dann befinden sie sich in großer Täuschung. Uns scheint schon jetzt die Frechheit der Mannesmannpresse das erträgliche Maß weit zu übersteigen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Dezember 1909.

Die geprellten Soldaten.

Als der Block-Reichstag zusammentrat, wurden den Beamten Gehaltserhöhungen versprochen, die durch die neue Gehaltsordnung schlecht genug eingelöst worden sind. Damals hat die sozialdemokratische Fraktion auch die Erhöhung der Löhnung der Soldaten gefordert, die auch allseitig zugesagt wurde. Bei der Gehaltsregulierung aber erhöhte man nur die Bezüge der Offiziere und Unteroffiziere und ließ die Gemeinen leer ausgehen, angeblich weil kein Geld da sei. Auch habe der gemeine Soldat nicht so sehr unter der Teuerung zu leiden wie der Offizier, der sich sein Essen selber stellen müsse. Aber, so führte namentlich mit gewohnter Selbstüberhebung der Abg. Erzberger aus, der Soldat könne in anderer Weise entschädigt werden, indem man ihm das Putzzeug, das er sich jetzt selber beschaffen müsse, von Reichs wegen stelle.

Das soll nun jetzt geschehen. Im Nachtragsetat sind für den unberittenen Mann 7,10 M. und für den berittenen Mann 8,10 M. gefordert. Der Gesamtbetrag für die voraussichtlich neu einzustellenden 202 920 Rekruten beträgt rund 1½ Millionen Mark, während die im Besoldungsgesetz für Offiziere und Unteroffiziere beschlossene Erhöhung über 13 Millionen Mark ausmacht. Für den gemeinen Soldaten haben die um Erzberger und Heydebrand nur „Wohlwollen", aber kein Geld!

Ein Seitenstück zur Kieler Werft-Affäre.

Militärische Unterschleife lagen einer Verhandlung zugrunde, mit der sich das Oberkriegsgericht des 3. Armeekorps zu beschäftigen hatte und die einen interessanten Einblick in die Küchengeheimnisse der Kaserne gewährte. Bei dem Kolonialwarenhändler Schröder in Brandenburg trat Anfang 1907 der Handlungsgehilfe Albert Henze als Angestellter ein. Sch. hat die Lieferungen für das dritte Bataillon des erwähnten Infanterieregiments. Er liefert alle diejenigen Waren, die das Proviantamt nicht führt, und sobald auf dem Proviantamt bestimmte Vorräte zur Neige gegangen sind, muß er gleichfalls laut Kontrakt mit Lieferungen einspringen. Die zu liefernden Waren werden in der Kasernenküchenverwaltung in ein Bestellbuch eingetragen, durch eine Ordonnanz wird das Bestellbuch dann zu Schröder hingeschickt und dieser läßt die aufgezeichneten Waren einpacken und durch den Hausdiener auf einem Wagen nach der Kaserne schaffen. Die Eintragungen in das Bestellbuch geschehen durch den Küchenunteroffizier, in diesem Falle durch den Sergeanten Tetzlaff. Sergeant Ehlert dagegen war Menagebuchführer. Sollen nun Waren doppelt geliefert werden, so werden hinter den angeführten Posten Kreuze gezeichnet. Das Bestellbuch geht mit dem Hausdiener nach der Kaserne zurück, und jetzt werden die gelieferten Posten ins Verwaltungsbuch eingetragen und zur Zahlung angewiesen. Dem Handlungsgehilfen Henze war es nun vom ersten Tage seines Antritts in dem Schröderschen Geschäft aufgefallen, daß Posten, die angekreuzt waren, entweder gar nicht oder nur teilweise geliefert wurden. In Rechnung wurden sie aber gebracht. In einem kleinen Privatbüchelchen verzeichnete Henze gewissenhaft alle die Posten, die als bestellt in dem Bestellbuch eingeschrieben bezw. angekreuzt waren, die aber nicht oder nur teilweise durch Minderlieferungen erledigt wurden. Dies Büchelchen sollte dem Sch. zum Verhängnis gereichen und nach mehr als zweijähriger Frist den Militärgerichten als Unterlage für das Prozeßverfahren dienen. Im Juli d. J. kündigte Sch. dem H. die Stellung, weil er angeblich nicht mehr so auf dem Posten war, wie es verlangt werden mußte. H. suchte sich neue Stellung, erhielt aber keine und glaubte, daß die Schuld daran dem Sch. beizumessen sei, da dieser schlechte Auskünfte über ihn bei den betreffenden Firmen gebe. H. stellte seine Aufzeichnungen dem Militärgericht zur Verfügung und daraufhin erfolgte die Verhaftung der drei genannten Angeklagten. T. wurde als der Hauptmissetäter betrachtet. Man nahm an, daß der Kolonialwarenhändler mit den Unteroffizieren unter einer Decke gestanden habe. Es mußte auch schließlich auffallen, daß fast tagtäglich von den bestellten Waren vielfach nur kleine Bruchteile geliefert, das ganze jedoch in Anrechnung gebracht wurde. So wurden z. B. statt 88 Kilogramm Kartoffelmehl nur 32, statt 18 Kilogramm Butter nur ein Kilogramm, statt 22 Kilogramm Zucker nur 10 Kilogramm, statt 7 Kilogramm Majoran nur 1 Kilogramm usw. geliefert. Auch ganze Posten, wie 20 Kilogramm Kaffee usw., erreichten die Kaserne überhaupt nicht, wurden aber angerechnet. Dies ging so über zwei Jahre hindurch. Das Bataillon hatte 436 Personen zu verköstigen, und auf diese täglich 436 Portionen verteilte sich das fehlende und nicht gelieferte Warenmaterial.

Recht eigenartige Manipulationen vollführte der Sergeant Ehlert mit dem fiskalischen Eigentum. So hatte der Kaufmann Schröder eines Tages für das Zuchthaus in Brandenburg Erbsen zu liefern. Es waren fünf Zentner. Sie wurden aber von der Inspektion des Zuchthauses beanstandet, weil sie zu schlecht waren. Sie waren mit Wurmfraß behaftet, grau und teilweise eingetrocknet. Sch. erhielt die Erbsen wieder zurück, und was tat er nun, um sich vor Schaden zu bewahren? Er setzte sich mit dem Menagebuchführer, dem Angeklagten Ehlert, in Verbindung, und dieser ließ sich auch dazu überreden, die Erbsen anzunehmen und dem Sch. dafür die aus dem Proviantamt entnommenen guten Erbsen zu übergeben.

Was also
für die Insassen des Zuchthauses zu schlecht
war, das mußte für die Soldaten — die deutschen Vaterlandsverteidiger, wie sich der Verhandlungsleiter ausdrückte — gut genug sein.

In der gestrigen Verhandlung wurde durch Zeugenaussagen festgestellt, daß vor dem Ausrücken zum Manöver oder zu anderen Uebungen Sch. die Unteroffiziere mit Wein, Kognak und Zigarren versah. Ob die Angeklagten mit Sch. etwa geteilt haben, konnte nicht herausgebracht werden. Die erwähnten Bestellbücher sind heute verschwunden. Nur ein einziges hat sich angefunden. Auch die Lieferzettel, die häufig als Ausweis bei Abholung der Waren benutzt wurden, sind von Sch. vernichtet worden.

Der als Zeuge vernommene Vorstand der Küchenverwaltung, Hauptmann Naumann, bekundete, daß irgendwelche Klagen über das Essen oder den Kaffee seitens der Mannschaften nicht laut geworden seien! Der Unteroffizier Tetzlaff habe sparsam gewirtschaftet und es sei ihm deswegen auch ein Lob zuteil geworden! Der Zeuge Schröder bestritt, sich in irgendeiner Weise strafbar gemacht zu haben. Das Kriegsgericht schenkte seinen Angaben aber offenbar keinen Glauben. Da Sch. als Teilnehmer in Betracht kommt, so wurde von seiner Vereidigung Abstand genommen.

Der Angeklagte Krausewitz war gleichfalls Menagebuchführer in seinem Regiment. Bei einer unerwarteten Kassenrevision durch die Intendantur wurden 50 Kilogramm Kaffee mehr vorgefunden, als nach den Büchern vorhanden sein durften. Es stellte sich heraus, daß ein Posten von 100 Kilogramm Kaffee nicht eingetragen war. Um nun das Manko der fehlenden 50 Kilogramm zu decken, entlieh der Angeklagte von Schröder 50 Kilogramm Kaffee, und ebenso wie Ehlert wirtschaftete er diesen Posten durch „Sparsamkeit" wieder heraus.

Das Oberkriegsgericht verurteilte den Angeklagten Tetzlaff zu sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat der Untersuchungshaft. Außerdem wurde er degradiert und in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt. Ehlert wurde in einem Fall der Unterschlagung freigesprochen, im übrigen zu drei Wochen Mittelarrest verurteilt. Gegen Krausewitz wurde auf eine Woche gelinden Arrest erkannt.

Die deutsch-amerikanischen Zollvertragsverhandlungen.

Noch immer ist die Ansicht weit verbreitet, daß es sich darum handle, nach Ablauf des jetzigen Provisoriums mit den Vereinigten Staaten von Amerika ein neues Abkommen zu schließen. Der Handelsvertragsverein wirft deshalb wiederholt darauf hin, daß das durch das neue amerikanische Tarifgesetz völlig ausgeschlossen ist. Es werden darin dem

Präsidenten im Gegensatz zum Dinglehtarif nicht die geringsten Machtbefugnisse gewährt, um fernerhin noch Tarifverträge oder auch nur Meistbegünstigungsverträge und Provisorien abzuschließen. Solche Vereinbarungen in Zukunft zu verhindern, war ja gerade einer der Hauptzwecke, den die Standpatters mit der neuen Tarifreform verfolgten. Keine Zugeständnisse an das Ausland, weder in Gestalt von Zollvergünstigungen noch von Verzollungsvorschriften, soll der leitende Grundsatz der künftigen amerikanischen Handelspolitik sein! Es werden daher auch keine Vertragsverhandlungen stattfinden, wie vielfach zu lesen ist, sondern es kann sich nur um einen diplomatischen Meinungsaustausch zwischen den Vertretern der beiderseitigen Regierungen handeln.

„Nehmen wir," so schreibt die „Handelspolitische Korresp.", „den günstigen Fall, daß eine Verständigung mit der Union zustande kommt, was gewiß auf das dringendste zu wünschen ist. Dann wird unsere Einfuhr nach den Vereinigten Staaten auch über den 1. April hinaus nach dem neuen amerikanischen Minimaltarif behandelt werden, natürlich unter Fortfall aller bisherigen vertragsmäßigen Einfuhrerleichterungen schon vom 7. Februar n. J. ab, während wir der amerikanischen Einfuhr diejenigen Vergünstigungen einräumen, die von der Tarifkommission und dem Präsidenten als Aequivalent gefordert worden sind. Aber dieser Regelung würde jede vertragliche Grundlage fehlen, sie würde auf der autonomen Gesetzgebung beider Länder beruhen, wie es auch in dem Verhältnis zwischen Deutschland und England seit der Kündigung des deutsch-englischen Vertrags im Jahre 1898 der Fall ist. Infolgedessen entbehrt der gewaltige deutsch-amerikanische Handelsverkehr, der sich im Jahre 1908 nach der deutschen Statistik auf 507 Millionen Mark in der Ausfuhr und 1280 Millionen Mark in der Einfuhr bezifferte, jeder sicheren Basis. Deutschland würde auch, nachdem ihm der Minimaltarif eingeräumt worden ist, darauf keinen Rechtsanspruch haben, sondern diese „Vergünstigung" nur so lange genießen, als die Tarifkommission an ihrer Ansicht festhält, daß sich Deutschland eine „unduly discrimination" gegenüber den Vereinigten Staaten nicht zu schulden kommen läßt. Diese Ansicht kann sich aber in kurzer Frist ändern, und sie wird es sicher, wenn die deutsche Regierung einmal unter agrarischem Druck irgendwelche weitere Erschwerungen an den veterinären und sanitären Einfuhrbestimmungen vornehmen sollte. Ja schon ein bloßer Personenwechsel in der Kommission, die doch ihre Daseinsberechtigung nachweisen muß, könnte möglicherweise genügen, damit auch nachträglich eine ungebührliche Differenzierung entdeckt wird, selbst wenn wir die amerikanische Einfuhr in keiner Weise ungünstiger als früher behandeln. . . . .

Das sind die Segnungen, die sich aus einer strikten Durchführung der „autonomen" Handelspolitik ergeben, ein Ideal, das ja auch jetzt noch die Köpfe der deutschen Agrarier beherrscht. Wir möchten daran erinnern, daß es leider Deutschland war, das zuerst dieses Ideal mit der vielgerühmten „Bismarckschen Steuer- und Wirtschaftsreform" von 1879 unter der Beihilfe des Zentralverbandes deutscher Industrieller in die Wirklichkeit umgesetzt hat. Damals kündigten auch wir sämtliche Handelsverträge, um unsere Zollpolitik ausschließlich nach den Bedürfnissen des eigenen Landes, ohne Rücksicht auf das Ausland, gestalten zu können. Dieses System erwies sich indessen als verhängnisvoll und mußte im Jahre 1892 notgedrungen durch die Caprivischen Handelsverträge ersetzt werden, da wir sonst vor Zollkriegen auf allen Seiten standen. Man darf wohl annehmen, daß dieser auf die Spitze getriebene handelspolitische Egoismus für die Vereinigten Staaten ebensowenig zum Heile ausschlagen wird, wie für Deutschland, und sich ebenfalls auf die Dauer als undurchführbar erweisen wird. Erfreulicherweise sind schon Anzeichen vorhanden, daß die schlimmsten Härten des neuen Tarifgesetzes durch eine neue Tarifrevision beseitigt oder gemildert werden sollen."

Oberschlesischer Polizeiskandal.

Am vergangenen Mittwoch wurde in Bismarckhütte die Gemeindekasse beraubt; entwendet wurden 24 000 M. Mit der Verfolgung der Verbrecher wurde ein aus Berlin telegraphisch herbeigerufener Kriminalbeamter betraut. Am Sonnabend glaubte die Polizei, die Einbrecher entdeckt zu haben. Der Ortskassierer des Zentralverbandes der Maurer, Genosse Karkosz, übergab seinem Bruder 300 M. Silbergeld, damit er es in Gold umwechsele. Auf der Straße wurde der junge Mann von einem Polizisten verhaftet, da seine Angabe, das Geld gehöre dem Maurerverbande, nicht geglaubt wurde.

Zwei Beamte begaben sich nun in die Wohnung des vermeintlichen zweiten Verbrechers, des Genossen Karkosz. Die Frage der Polizeibeamten, ob K. noch mehr Geld besitze, wurde bejaht und das Geld auf Verlangen vorgezeigt. Nunmehr wurde auch der zweite Karkosz verhaftet und das vorgefundene Geld (868 M. 52 Pf.) sowie die Kassabücher des Verbandes beschlagnahmt. Genosse Karkosz konnte aber als Leiter des Verbandes aus den Büchern sehr bald die Herkunft der Gelder nachweisen. Trotzdem gingen die Beamten noch einmal in seine Wohnung und nahmen in der Nacht eine gründliche Haussuchung vor. Die Wohnung glich einem großen Trümmerhaufen. Endlich, am nächsten Tage, schien die Polizei ihren Fehlgriff erkannt zu haben. Ein Beamter holte den Bezirksleiter des Maurerverbandes, den Genossen Boude aus Kattowitz, und nachdem er die Angaben der Verhafteten bestätigt hatte, wurden sie wieder entlassen und das Geld und die Bücher herausgegeben.

Ein sozialdemokratischer Adjunkt in Kaiserslautern.

Für die Adjunktenwahl in Kaiserslautern hatten sämtliche Parteien eine Vereinbarung getroffen, keine Vorschlagsliste einzureichen, und nach dem einfachen Majoritätswahlsystem zu wählen. Der erste Adjunkt sollte der freisinnigen Partei und der zweite den Sozialdemokraten zufallen. Bei der Stimmabgabe brachen die drei Zentrumsvertreter ihr ehrenwörtlich gegebenes Versprechen, indem sie dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme nicht gaben. Dadurch wurden zwei Liberale gewählt, die aber mit den Ersatzleuten die Wahl ablehnten. Der zweite Wahlgang wurde dann nach den Grundsätzen der Proporzwahl vorgenommen. Hierbei wurde der Genosse Landtagsabgeordneter Hoffmann zum ersten Adjunkten und der freisinnige Buchdruckereibesitzer Rohr zum zweiten Adjunkten gewählt. Hoffmann nahm die Wahl an, während Rohr ablehnte.

Kommunalwahlen.

Wahlen in Württemberg.

In Reutlingen standen sechs Gemeinderatsmandate zur Wahl, von denen bisher eins sozialdemokratischer Besitz war. Die Sozialdemokratie behauptete dieses Mandat und eroberte noch ein zweites. Drei Sitze erhielt die Volkspartei und einen die Nationalliberalen. — In Tuttlingen waren vier Mandate zu besetzen, von denen die Sozialdemokratie zwei eroberte. Eins fiel der Volkspartei, eins den Nationalliberalen zu. — In Beinstein, wo drei Mandate frei wurden, eroberte die Sozialdemokratie eins davon. Dort zieht jetzt der erste Sozialdemokrat im Rathaus ein. — In Großgartach wurden ein Sozialdemokrat und zwei Bürgerliche gewählt. — In Güglingen ging ein bisher in sozialdemokratischem Besitz befindliches Mandat verloren. — In Neckarsulm, einer Zentrumsdomäne, und in Lauterbach bei Oberndorf errangen die sozialdemokratischen Kandidaten einen ansehnlichen Achtungserfolg.

Aus einer kleinen Gemeinde.

Die Kommunen um Berlin stehen seit einiger Zeit im Zeichen fortwährender Konflikte. Nicht nur in den großen Orten, wie Schöneberg, Wilmersdorf und Weißensee hat es in den letzten Wochen große kommunale Kämpfe gegeben, sondern auch in einer Reihe kleinerer Orte kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Neuerdings ist in der Gemeinde Rosenthal-Wilhelmsruh ein Streit ausgebrochen.

In einer öffentlichen Versammlung referierte kürzlich ein Vorstandsmitglied des Grundbesitzervereins über die „unhaltbaren Zustände in der Gemeinde". Gegen den Amts- und Gemeindevorsteher Schmidt wurde der Vorwurf erhoben, er habe beim Schulbau und bei der Herstellung der Kanalisation und des Wasserwerkes die Gemeinde um über 100 000 M. durch die Geschäftsführung der Gemeindeverwaltung geschädigt. Ferner führe der Gemeindevorsteher kostspielige Prozesse, ohne die Gemeindevertretung zu fragen; auch habe er der im Orte ansässigen Elektrizitäts-Gesellschaft erlaubt, Gebäude auf einem Streifen Land zu errichten, das nach dem Bebauungsplan zur Herstellung einer wichtigen Verkehrsstraße dienen solle. Die Versammlung beschloß, bei der Regierung um die Amtsentsetzung des Gemeindeoberhauptes einzukommen.

Der beschuldigte Gemeindevorsteher ließ die Vorwürfe nicht ruhig auf sich sitzen. In einem Flugblatt, mit dem er sich an die Bürgerschaft wendet, richtet er scharfe Angriffe gegen den Führer der Opposition, den Schöffen Litzner. Es heißt darin unter anderem:

„Bei der Kanalisation soll ich die Gemeinde geschädigt haben, indem der Unternehmer Exner 48 000 M. zuviel erhalten habe. Zunächst will ich bemerken, daß nicht ich, sondern die Herren Büscher und Litzner Herrn Exner nach hier geholt haben. Nachdem Herr Exner Herrn Litzner ein Stück Ackerland zum hohen Preise von 70 M. pro Quadratrute abgekauft hatte, wurde ersterer von der Kommission, der damals Herr Litzner angehörte, der Gemeinde als Unternehmer vorgeschlagen. Warum hat denn damals, als dies Geschäft ruchbar wurde, Herr Litzner so plötzlich sein Amt als Kommissionsmitglied niedergelegt? Warum sollte, wie sich Herr Litzner Exner gegenüber ausdrückte, erst Gras über die Geschichte wachsen?"

In seinen weiteren Darlegungen sucht der Gemeindevorsteher nachzuweisen, daß nicht er, sondern die Grundbesitzergruppe die Gemeinde dauernd schädige.

Die letzte Gemeindevertretersitzung brachte den endgültigen Bruch. Die Vertreter verließen in ihrer großen Majorität die Sitzung, weil sie den Gemeindevorsteher in Verdacht haben, ihre letzten Beschlüsse, die ihm nicht genehm sein sollen, nicht ausgeführt zu haben. Der Streit wird jedenfalls ein gerichtliches Nachspiel haben.

Indirekte Gemeindesteuern.

Aus Stuttgart wird uns geschrieben:

Unsere Genossen in den bürgerlichen Kollegien Feuerbachs bei Stuttgart haben der Forterhebung der gemeindlichen Biersteuer von 65 Pf. pro Hektoliter zugestimmt. In bürgerlichen Zeitungen wird nun unseren Genossen Programmuntreue vorgeworfen. Zur Erklärung der Haltung unserer Genossen mögen folgende Angaben dienen: Die Gemeindeeinkommensteuer kann nicht mehr gesteigert werden, sie hat den gesetzlich zulässigen Höchstsatz erreicht. Bleibt noch die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer. Diese Steuern sind total veraltet, in ihrer Wirkung äußerst ungerecht. Die Gebäudesteuer pflegt außerdem zu 90 Proz. auf den Mieter abgewälzt zu werden. Eine zu starke Anspannung der letztgenannten Steuern würde das Industriestädtchen, das sich in hartem Konkurrenzkampf mit dem benachbarten Stuttgart und andeern industriereichen Vororten befindet, schwer schädigen. Es bliebe noch ein Ausweg: dringende Gemeindeaufgaben zurückzustellen, die Volksschule zu vernachlässigen, den Ausbau der Straßen zu verlangsamen usw. Unsere Genossen haben in dieser Zwangslage vorgezogen, der Fortsetzung der Biersteuer zuzustimmen, die übrigens von Stuttgarter Brauereien zu tragen ist. Der Bierpreis in Feuerbach wäre bei Fortfall der Steuer nicht herabgegangen, den Stuttgarter Brauereien wäre vielmehr ein Geschenk auf Kosten Feuerbachs gemacht worden.

Diese Erwägungen haben unsere Feuerbacher Genossen bestimmt, der Forterhebung der Biersteuer zuzustimmen. Aufgabe der Sozialdemokratie Württembergs muß sein, den Gemeinden zu ermöglichen, ihre Ausgaben durch direkte Steuern decken zu können. Alle dahinzielenden Anträge unserer Genossen im Landtag sind aber von den bürgerlichen Parteien einschließlich der Volkspartei (auch wohl Demokraten genannt) niedergestimmt worden. Nun stehen unsere Genossen in den Gemeindekollegien vielfach vor der Frage: Sollen wir wichtige Kulturaufgaben der Gemeinde vernachlässigen oder der Forterhebung indirekter Steuern zustimmen? Daß unsere Genossen, durch die staatliche Steuergesetzgebung in diese Zwangslage versetzt, vielfach die Forterhebung indirekter Steuern als das kleinere Uebel ansehen, wer will sie darum schelten?

Wieder eine russische Grenzverletzung.

Wie aus Pleschen gemeldet wird, kamen letzte Woche eine Anzahl mit Gewehren bewaffnete russische Grenzsoldaten in das preußische Dorf Hedlec (Kreis Pleschen), das mehrere hundert Schritt von der Grenze entfernt liegt, betraten das Grundstück des Landwirts Foterek und verlangten die Herausgabe von versteckten Waren, die über die Grenze geschmuggelt werden sollten. Russische Händler hatten die Waren in Deutschland gekauft und wollten sie bei Gelegenheit über die Grenze bringen. Die widerrechtlich eingedrungenen Grenzsoldaten nahmen die Sachen, ohne die geringste Berechtigung dazu zu haben, mit sich. Die Angelegenheit ist zur Anzeige gebracht. Ob's helfen wird? Dergleichen Grenzverletzungen haben sich bekanntlich schon oft ereignet.

Frankreich.

Straßenkundgebungen.

Marseille, 14. Dezember. Gestern abend fand eine Kundgebung der Handelsangestellten statt, welche den Ladenschluß für 8 Uhr verlangten. Sie durchzogen unter Absingung der Internationale die Straßen der Stadt. Es kam zu keinen Zwischenfällen, da zur Aufrechterhaltung der Ordnung bedeutendes Polizeiaufgebot herangezogen wurde.

Belgien.

Annahme der Militärvorlage.

Brüssel, 14. Dezember. Der Senat beendigte heute die Beratung des Militärgesetzes und nahm die Vorlage mit 71 gegen 22 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen an. Hiermit ist die Heeresreform endgültig angenommen.

England.

Das Wahlmanifest der Sozialdemokratischen Partei.

London, 10. Dezember. (Eig. Ber.) Die Sozialdemokratische Partei erließ folgendes Wahlmanifest:

„Die liberale Regierung hat das Haus der Lords herausgefordert, den Etat zu verwerfen, um auf diese Weise an die Wähler erfolgreich apellieren und einen Freibrief für die nächsten sieben Jahre erhalten zu können. Sie hat ihren Zweck erreicht. Dieser Appell wird nun unternommen, — nicht an das ganze Volk, wie dies der Fall wäre, wenn wir allgemeines Wahlrecht und Verhältniswahlen hätten, sondern an die alten, willkürlich eingeteilten Wahlkreise und unter den undemokratischen Formen und mit der ausdrücklichen Absicht, die alte politische Schwindelei aufrechtzuerhalten, deren Hinwegfegung Mr. Asquith und seine Kollegen versprochen hatten. Das Haus der Lords, alarmiert über die verhältnismäßig unbedeutenden Steuern auf Land und Erbschaften, die von den Liberalen vorgeschlagen wurden, hat also absichtlich das althergebrachte Recht der Gemeinden auf finanzielle Oberherrschaft verletzt und den Anspruch erhoben, eine Auflösung des Parlaments so oft es ihm beliebt zu erzwingen. Diese Arroganz kann nicht für einen Augenblick geduldet werden. Die Zeit ist nun gekommen, den absurden Anachronismus einer erblichen Kammer endgültig zu beseitigen. Es ist deshalb beklagenswert, daß die Regierung und ihre Anhänger, indem sie auf Geheiß der Lords die Auflösung des Parlaments beschlossen, sich dem unkonstitutionellen Verlangen unterwarfen, das sie jetzt in heuchlerischer Weise denunzieren.

Der Etat, der den Konflikt zwischen den beiden Kammern veranlaßte, ist ein schlechter Etat, indem er die schwersten neuen Steuern auf die Schultern der Arbeiter legt und absolut keine Entschädigung für die neuen Volkslasten bringt. Er enthält nichts, was die Lords rechtfertigen könnte, ihn zu verwerfen. Das Volk, nur das Volk und seine Vertreter sind berechtigt, mit seinen Ministern und mit seinen Vertretern abzurechnen, die in so schamloser Weise das in sie gesetzte Vertrauen mißbrauchen. Die Sozialdemokratische Partei hat deshalb seit einem Vierteljahrhundert einjährige Parlamente als eine der wichtigsten Reformen unseres Regierungssystems verlangt. Inzwischen wäre es aber politischer Wahnsinn, dem Hause der Lords, der reaktionärsten Kammer Europas, zu gestatten, ihren Einfluß auszudehnen unter dem absurden Vorwand, daß es die Rechte des Volkes verteidige.

Es ist deshalb unser ernstes Bestreben und unsere Pflicht und Schuldigkeit, unser Möglichstes zu tun, der erblichen Autorität ein Ende zu machen und auf diese Weise den Weg zu bereiten für eine vollständige politische Umwandlung im demokratischen Sinne, die allein imstande ist, der ökonomischen Entwickelung und den sozialen Forderungen unserer Mitbürger eine friedliche Form zu geben. Wir haben aber kein Vertrauen zu den Liberalen als Führer in diesem Kampfe. Die liberale Regierung hat mehr Peers ins Oberhaus geschickt, das sie angeblich vernichten möchte, als irgendeine frühere Regierung. Seitdem der Konflikt ausgebrochen ist, wurden noch zwei Peers geschaffen, um über uns zu regieren, und es ist ein offenes Geheimnis, daß eine lange Liste von Peers aus den Reihen der Liberalen aufgestellt wurde und veröffentlicht werden wird, sobald die gegenwärtige fiktive Balgerei zu Ende ist. Trotz der wilden Sprache, die auf liberalen Tribünen und in der liberalen Presse gebraucht wird, sind wir überzeugt, daß geheime Unterhandlungen stattfinden, um ein Kompromiß herbeizuführen. Wir warnen sie deshalb, daß alles nur ein Scheinkampf ist zwischen zwei Cliquen, die unter der Oberfläche permanent mit einander verbunden sind, das Volk zu plündern und es aufzuopfern."

Die Sozialdemokraten stehen diesen oberflächlichen Gegensätzen der politischen Parteien fern und erwarten von den Wahlen nur soziale Ergebnisse. Eine kleine Zahl von entschlossenen Sozialdemokraten im Unterhause würde nicht nur dafür sorgen, daß die Frage des Oberhauses in angemessener Weise behandelt wird, sondern daß auch die sozialen Forderungen der Volksmassen, den von ihnen erzeugten Reichtum zu beherrschen, Beachtung finden und daß die Wahrheiten der revolutionären Sozialdemokratie in machtvoller Weise vor der kapitalistischen Kammer dargelegt werden. Deshalb beschwören wir unsere Mitbürger, die Sozialdemokraten in ihren Wahlkreisen zu unterstützen und keine Gelegenheit zu verlieren, die Kandidaten und die Wähler zu zwingen, den bitteren Klassenkrieg, dessen traurige Resultate überall sichtbar sind, anzuerkennen und ihm durch den endgültigen Sieg der Arbeiter ein zufriedenstellendes Ende zu machen.

Noch nie waren die Lehren des Sozialismus unter dem britischen Volke so verbreitet wie jetzt, noch nie war es so offenbar, daß nur durch den Sozialismus die Schrecken der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung beseitigt werden könnten. Es ist Ihre Pflicht, das Erwachen des Volkes zu benutzen, um für Sie und Ihre Kinder die Macht zu sichern, die Produktion und die Verteilung des Reichtums zu beherrschen."

Die Haltung der Iren.

Dublin, 14. Dezember. Die Leitung des irländischen Nationalverbandes trat heute zusammen und beschloß, die Liberalen bei den Wahlen zu unterstützen, da die von Asquith über das Homerule abgegebenen Erklärungen als befriedigend anzusehen seien.

Aus der Partei.

Aus der badischen Sozialdemokratie.

In Offenbach in Baden fand am Sonntag eine außerordentliche Konferenz der Vertrauensmänner der 14 Reichstagswahlkreise, sowie der Mitglieder der badischen Landtagsfraktion und der Vertreter der badischen Parteipresse statt. Es wurde beschlossen, den badischen Parteitag, der gewöhnlich im Februar oder März abgehalten wird, auf den letzten Sonntag im August zu verlegen. Die Mitgliedschaften, die noch nicht 40 Pf. Monatsbeitrag erheben, sollen dies ab 1. Januar 1910 tun. Ferner wurde die Schaffung eines Wahlfonds beschlossen, und zwar sollen pro Mitglied und Vierteljahr 20 Pf. erhoben werden. Dann wurde den Vertrauensleuten anheimgegeben, in den Wahlkreisen Komitees zu bilden, die aus Vertretern der Partei und Gewerkschaften bestehen und die Unterstützung der wegen der Maifeier Ausgesperrten zu regeln haben.

Zum Internationalen Kongreß in Kopenhagen wurde für Baden der Landtagsabgeordnete Kolb gewählt. — Endlich wurde der Landesvorstand beauftragt, eine Revision des Kommunalwahlprogramms der badischen Sozialdemokratie vorzubereiten.

Der Deutsche Sozialdemokratische Leseklub in Paris, der seit 30 Jahren besteht, hält seine regelmäßigen Versammlungen an jedem Sonnabend um 9 Uhr im großen Saale des Restaurant SENN, 9, rue de Valois (Palais-Royal) ab. Einem Vortrage aus politischem oder wissenschaftlichem Gebiete folgt die Diskussion, an der jeder Anwesende sich beteiligen kann. Eine außerordentlich reichhaltige Bibliothek steht den Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung. Kurse der französischen Sprache für Anfänger und Fortgeschrittene werden abgehalten. Deutsche, österreichische, französische, schweizerische Parteiblätter liegen zur täglichen Benutzung im Klublokal aus. Gesellige Veranstaltungen, Besuche von Museen und anderen Sehenswürdigkeiten werden unternommen. Einen Arbeitsnachweis besitzt der Klub nicht, jede sonstige Unterweisung wird den Zureisenden in brüderlicher Weise geboten. Es ist jedem nach Paris kommenden Genossen zu empfehlen, sich an den Deutschen Sozialdemokratischen Leseklub zu wenden. Allabendlich ist ein Mitglied der Ordnerkommission anwesend. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Gewerkschaftliches.

Ein Gewerberichter als Geschäftsführer eines Unternehmerverbandes.

Die Schiffchensticker im Vogtlande befinden sich bekanntlich in einer Lohnbewegung, durch die vor allen Dingen dem systematischen Betruge durch unterzählige Stichschablonen Einhalt geboten werden sollte. Die Stickmaschinenbesitzer (eine Art Zwischenmeister) zeigten sich den Forderungen der Arbeiter gegenüber nicht völlig abgeneigt, da aber die eigentlichen Unternehmer kein Entgegenkommen zeigten, so kam es, wie wir schon berichteten, bereits zu Kündigungen und zur Arbeitseinstellung. Die Maschinenbesitzer haben ihre eigene Vereinigung, die aber anscheinend wenig nach Wunsch der Fabrikanten geartet ist. Jetzt nun kommt der Fabrikantenverein der Sächsischen Stickerei- und Spitzenindustrie aus Plauen daher und empfiehlt den Maschinenbesitzern die Gründung einer eigenen Organisation. In einem vertraulichen Schreiben erklärt der Vorstand des Fabrikantenvereins sich bereit, die Gründung einer solchen Organisation der Maschinenbesitzer, die ihre eigenen, von denen des Fabrikantenvereins getrennten Ziele zu verfolgen hätten, in die Wege zu leiten. Ob die Maschinenbesitzer auf diese löbliche Absicht hineinfallen wollen, ist ihre Sache. Sehr sonderbar mutet es jedoch an, daß als Geschäftsführer des Fabrikantenvereins der Gewerberichter Mette in dem Zirkular angegeben ist, an den alle die Maschinenbesitzer Mitteilung machen sollen, die Mitglieder des neuzugründenden Vereins werden wollen. Das Amt eines Gewerberichters erscheint uns mit dem eines Geschäftsführers einer Unternehmerorganisation wenig vereinbar. Als Geschäftsführer ist er selbstverständlich verpflichtet, die Interessen dieses Unternehmerverbandes wahrzunehmen. Dadurch besteht doch nun zweifellos die Gefahr, daß der freie, unparteiische Blick, dessen der Gewerberichter absolut in Ausübung seines Amtes bedarf, getrübt wird; er soll bei Lohnstreitigkeitsfragen usw. stets über den Parteien stehen. Wie aber erst, wenn er in Lohnstreitigkeiten als Vorsitzender des Einigungsamtes fungieren soll?

Eine Versammlung der Textilarbeiter legte dagegen Protest ein, und die Organisation beschwerte sich wegen dieser Stellung, die der Gewerberichter einnimmt, bei der Aufsichtsbehörde. Beides war ergebnislos.

Wir meinen, der einfachste Takt sollte Herrn Mette schon veranlassen, von seinem neuen Amte zu lassen. Und der Magistrat sollte nicht zugeben, daß im Stadthaus ein Bureau für eine Unternehmerorganisation etabliert werden kann. Schließlich wird doch auch das Vertrauen der Arbeiter zu der Unparteilichkeit des Gewerbegerichts dadurch nicht gehoben. Die Steuerzahler aber haben endlich auch ein Interesse daran, daß städtische Einrichtungen nicht einseitig für Unternehmerorganisationen benutzt werden dürfen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Werkzeugmacher!

Die Vertrauensmännerkonferenz fällt in diesem Monat aus.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Berlin.

Tarifbewegung der Holzarbeiter.

Am Montag nahm die Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes Stellung zu dem Vertragsentwurf, den die Ortsverwaltung als Grundlage der Verhandlungen mit den Unternehmern ausgearbeitet hat. Dieser Entwurf hat kürzlich einer Vertrauensmännerversammlung vorgelegen. Die Generalversammlung hatte nunmehr einen endgültigen Beschluß über den Entwurf zu fassen. — Glocke begründete die einzelnen Positionen des Entwurfs und bemerkte, die Arbeiter würden bestrebt sein, einen Kampf zu vermeiden, sie könnten aber einen neuen Vertrag von jahrelanger Dauer nicht ohne Verbesserungen abschließen. Wenn deswegen die Unternehmer einen Kampf herbeiführen sollten, dann würden natürlich auch die Arbeiter denselben mit aller Energie durchführen. — Nach einer gründlichen Diskussion genehmigte die Versammlung den Vertragsentwurf mit einigen unwesentlichen Aenderungen und beauftragte die Ortsverwaltung, auf der Grundlage dieses Entwurfes mit den Unternehmern zu verhandeln.

Die hauptsächlichsten Forderungen, welche in dem Entwurf aufgestellt werden, sind folgende: Die Arbeitszeit, welche gegenwärtig 51 Stunden pro Woche beträgt, soll vom 12. Februar 1911 ab um eine Stunde wöchentlich verkürzt werden. Der dadurch entstehende Lohnausfall soll vom Arbeitgeber gedeckt werden. Bei flauem Geschäftsgang soll, um Entlassungen zu vermeiden, nach Verständigung mit dem Arbeiterausschuß die Arbeitszeit verkürzt werden. — Als Lohn soll der in den letzten drei Monaten erzielte durchschnittliche Akkordverdienst gezahlt werden. Die gegenwärtigen Löhne und Akkordpreise sollen mit dem Inkrafttreten des neuen Vertrages um 5 Proz. erhöht werden. Die Mindestabschlagzahlung für Akkordarbeiter, die jetzt 27 M. beträgt, soll auf 30 M. erhöht werden. Bei höheren Akkordverdiensten soll die Abschlagzahlung immer 2 M. unter dem Durchschnittsverdienst betragen. — Für Montagearbeiten wird gefordert, daß, wenn die Arbeitsstelle mehr als 2 Kilometer von der Werkstatt entfernt liegt, der Weg bezw. die Fahrzeit in die Arbeitszeit einzurechnen ist. Der Zuschlag für Montagearbeit, der jetzt 75 Pf. pro Tag beträgt, soll auf 1 M. erhöht werden. Bei Arbeiten, wo der Arbeiter auswärts übernachten muß, sollen Zuschläge von 3,50—4 M. täglich gewährt werden. — Andere Bestimmungen des Entwurfs regeln die Festsetzung des Lohntages, Einführung von Lohnbüchern, die Arbeit an Maschinen, sanitäre Einrichtungen, Ausschluß der Kündigung usw. Eine weitere Bestimmung verpflichtet beide Parteien zur Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz. Auch die obligatorische Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises wird gefordert. Nur für die Branchen, welche dem paritätischen Arbeitsnachweis nicht angeschlossen sind, soll eine Ausnahme zulässig sein. — Ferner enthält der Entwurf eine Festsetzung der Aufgaben der Schlichtungskommission, die in der Weise geregelt werden sollen, daß die Lohnstreitigkeiten in Einzelfällen schneller, als es bisher der Fall war, erledigt werden können, und daß die Schlichtungskommission auch sonst mit möglichst wenig Zeitverlust arbeite. Als Geltungsdauer des Vertrages ist die Zeit bis 12. Februar 1913 vorgesehen.

Achtung, Fliesenleger! Hiermit jedem Fliesenleger und Hilfsarbeiter zur Kenntnis, daß die Geschäftsstunden des Arbeitsnachweises vom Donnerstag, den 16. Dezember an schon abends um 5 Uhr beginnen und bis 7 Uhr dauern.

Sonnabends und Weihnachtheiligabend entsprechend eine Stunde später als der tarifmäßige Arbeitsschluß.

Außerdem muß wiederholt darauf hingewiesen werden, daß jeder entlassene Kollege sich möglichst sofort auf dem Arbeitsnachweis, Schützenstr. 18—19 zu melden hat.

Sonstige Meldungen ergehen auch dahin oder Meininger Str. 8, Sifl. 3 Tr. Waldheim.

Deutsches Reich.

Eine Niederlage der Gelben.

Bei der Wahl der Arbeitnehmerbeisitzer zum Gewerbegericht in Bayreuth erlitten die Gelben, die im Bunde mit den Liberalen eine Liste eingereicht hatten, zu deren Unterstützung und Propagierung Unternehmergeld in ausreichendem Maße zur Verfügung stand, eine vernichtende Niederlage. Der Wahlkampf war von den Gegnern auf rein politisches Gebiet verschleppt worden; die Wahlbeteiligung erinnerte an Reichstagsstichwahlen. Es wurden 2010 Stimmen abgegeben. **Davon erhielten die freien Gewerkschaften 1896, die Gelben 114 Stimmen!** In einem Wahlbezirk wurde nur 1 Zettel der gelben Liste gezählt, obwohl dort 2 Kandidaten der gelben Liste wählten! Da zum erstenmal der Proporz in Anwendung kommt, können die Gelben mit knapper Not noch einen Sitz erhalten. Die übrigen 11 Sitze fallen den freien Gewerkschaften zu. — Bei der Wahl der Arbeitgeberbeisitzer eroberten die freien Gewerkschaften drei Sitze.

Ein rabiater Unternehmer.

Der zur „Berühmtheit" gelangte Malzfabrikant Warendorf in Striegau, der durch die Striegauer Polizei drei Ausländer über die Grenze schaffen ließ, hat sich schnell wieder der Oeffentlichkeit durch eine neue Tat in Erinnerung gebracht. Wir berichteten schon, daß nach viertägigem Streik Herr Warendorf mit dem Brauereiarbeiterverband eine Vereinbarung über Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung traf. Die Streikenden haben danach die Arbeit wieder aufgenommen. Gleich darauf ging Herr Warendorf mit Maßregelungen gegen die Arbeiter vor. Die Differenzen bestehen also von neuem.

Der Streik der Grubenarbeiter in Folschweiler (Lothr.) ist beendet, nachdem die Forderungen der Arbeiter als berechtigt anerkannt worden sind und erfüllt werden sollen.

Ausland.

Der Streik der Maurer und Handlanger in Winterthur, der bereits über sechs Monate dauert, soll allem Anschein nach die Ursache zu einem sich über die ganze Schweiz erstreckenden Kampfe werden. Die Baumeister, nicht mehr in der Lage, den Kampf von sich aus zu führen, oder besser, durch die ihnen zu Gebote stehenden Mittel abzuwürgen, wandten sich an den Gesamtverband der schweizerischen Unternehmer. In einer von zirka 500 Unternehmern besuchten außerordentlichen Generalversammlung wurde beschlossen, daß die Gesamtorganisation der schweizerischen Unternehmer dem Winterthurer Maurerstreik durch alle geeignet erscheinenden Mittel ein Ende bereiten soll. Das heißt mit anderen Worten: Arbeiter anderer Berufe, die mit dem Streik in gar keiner Verbindung stehen, sollen eventuell ausgesperrt werden. Die schweizerische Arbeiterschaft hat demzufolge den Kampf der Winterthurer Maurer zu dem ihrigen gemacht und ist entschlossen, den Fehdehandschuh aufzunehmen, den man ihr vorwirft.

Ihr Gebaren ist den Unternehmern im Augenblick doch etwas zu wagehalsig, denn bis zum Augenblick haben die Herren ihre Drohungen noch nicht wahr gemacht, sondern die Baumeister aufgefordert, nochmals alle Anstrengungen zu machen zur Beschaffung von Arbeitswilligen. Ganz besonders im Auslande wird man sich bemühen, diese nützlichen Elemente zu finden. Es braucht wohl nicht erst besonders betont werden, daß dieser Plan, wie bisher, an der internationalen Solidarität der Arbeiter scheitern wird.

Winterthur muß von jedem Bauarbeiter gemieden werden, und jeder organisierte Arbeiter, jeder Genosse ist ersucht, in seinen Kreisen achtzugeben, daß etwa auftauchenden Streikbrecheragenten der ihnen gebührende Empfang bereitet wird. Mitteilungeen über alle Wahrnehmungen (Arbeitergesuche usw.), die sich auf Winterthur oder die Schweiz überhaupt beziehen, bittet man zu richten an das Arbeitersekretariat Winterthur.

Sklavenkontrakte, so lange es noch Zeit ist!

Die Schwedische Arbeitgebervereinigung sucht sich immer noch den Anschein zu geben, als ob sie ehrlich und rechtschaffen für kollektive Arbeitsverträge, für Tarifgemeinschaften eintrete, und läßt durch „Stockholms Dagblad" wie durch andere Unternehmerblätter verkünden, daß, wenn verschiedene Unternehmer unter Ausschaltung des Vereinigungsrechtes ihrer Arbeiter persönliche Kontrakte einführten, dies gegen den Willen der Arbeitgebervereinigung und ihrer Leitung geschehe. Man wußte von vornherein, daß diese Aeußerungen nur darauf berechnet waren, die Oeffentlichkeit über die brutalen Machenschaften der Arbeitgebervereinigung zu täuschen. Daß sie nichts als Lügen sind, dafür liegt jetzt wieder einmal ein sicherer Beweis vor. „Arbetet", das sozialdemokratische Organ von Malmö, veröffentlichte dieser Tage ein geheimes Zirkular der Arbeitgebervereinigung, durch das die Arbeitgeber in der Konfektionsschneiderei aufgefordert werden, mit ihren Arbeitern „persönliche Kontrakte in der bestmöglichen Weise" abzuschließen. „Diese persönlichen Abmachungen," heißt es weiter, müssen zustande kommen, „bevor die Konjunktur eine solche wird, daß die Arbeiter über die Bedingungen bestimmen." Den Arbeitgebern wird zur Pflicht gemacht, noch dem 11. Dezember keine Arbeiter mehr zu beschäftigen, die sich weigern, die persönlichen Kontrakte zu unterzeichnen. Zum Schluß wird in dem Zirkular bekannt gemacht, daß die unterschriebenen persönlichen Kontrakte der Arbeitgebervereinigung bis spätestens den 31. Dezember eingesandt sein sollen, gleichzeitig mit Angaben darüber, wie viele Arbeiter ihre Unterschrift verweigert haben.

Das Zirkular ist zwar nicht von dem Vorsitzenden v. Sydow der Schwedischen Arbeitgebervereinigung, sondern von dessen Assistenten Larsson unterzeichnet, der aber selbstverständlich nicht aus eigener Macht, lediglich auf Beschluß der Vereinigung oder ihres Vorstandes derartiges unternehmen konnte. Es ist somit klar, daß die Arbeitgebervereinigung sich öffentlich als Freund der Tarifverträge aufspielt, während sie im geheimen ihre Mitglieder nötigt, den Arbeitern persönliche Kontrakte aufzuzwingen und ihnen das Vereinigungsrecht zu rauben.

Mit welcher unverschämten Frechheit dieser Raub des Vereinigungsrechtes hier und da betrieben wird, geht unter anderem daraus hervor, daß die Wollfabrik-Aktiengesellschaft zu Varberg von ihren Arbeitern folgende Verbindlichkeit fordert:

„Der Unterzeichnete verspricht auf Ehre und Gewissen, aus dem Fachverein auszutreten, sowie in keiner Weise an Versammlungen teilzunehmen oder das Volkshaus zu besuchen."

Dieses Schriftstück sollen alle Arbeiter bei Strafe der Entlassung unterzeichnen, und außerdem will es dann die Aktiengesellschaft samt den Unterschriften der Arbeiter in den Zeitungen der Stadt veröffentlichen. Die Arbeiter sollen sich also nicht nur zu Leibeigenen machen lassen, sondern auch noch obendrein öffentlich als solche gebrandmarkt werden. — Daß die Arbeiterschaft sich derartige Niederträchtigkeiten lange gefallen lassen wird, ist ja gänzlich ausgeschlossen. Wenn solche Erpressungsversuche jetzt auch vielleicht hier und da Erfolg haben sollten, so wird doch bald die Zeit kommen, wo das Unternehmertum Schwedens und seine Arbeitgebervereinigung von der Arbeiterschaft wieder einmal zu etwas mehr Anstand und guter Sitte erzogen werden wird.

Aus der Frauenbewegung.

Weihnachtsgeschenke für Dienstboten.

Ueber dieses Thema sprach Genossin Baader in einer zahlreich besuchten Dienstbotenversammlung in den Schöneberger „Neuen Rathaussälen". Rednerin wies in der Einleitung auf das bevorstehende „Fest der Liebe" hin und entwarf in knappen Strichen ein Bild von der Umwandlung aus dem alten heidnischen Sonnenwendfest in ein christliches Weihnachtsfest. Wir wissen, fuhr Rednerin fort, daß kein einziger Mensch die Welt aus Not, Unterdrückung, Ausbeutung erlösen kann, daß jeder einzelne unter uns mitwirken muß, wenn wir dieses hohe Ziel erreichen wollen. Das Weihnachtsfest ist heute ein kapitalistisches Geschäft. Während mancher seinen Nutzen daraus zieht, hungern und darben Tausende am Feste der Erlösung. Auf die Lage des Dienstbotenstandes übergehend, zeigte Rednerin, wie auch hier die wirtschaftliche Entwickelung umwälzend wirkt. Mit dem vielgerühmten patriarchalischen Verhältnis zwischen Familie und Hauspersonal ist es für immer vorbei. Früher hat die große Mehrzahl der Hausfrauen mitgearbeitet, oft standen Dienstbote und Hausfrau am Waschfaß und wuschen gemeinschaftlich. Das Leben der Dienstboten spielte sich mit und in dem Leben der Familie ab. Sie saßen mit der Herrschaft am Tische und aßen aus denselben Schüsseln. An den Festen und Familienfeiern der Familie nahm der Dienstbote innig teil. Nun aber hat sich eine Klassenscheidung vollzogen. Allzu häufig wird heute schon für die Dienstboten extra gekocht, sie erhalten gewöhnlich mindertwertige Kost. Einzelne Stimmen aus dem Bürgertum wenden sich gegen diese Klassenscheidung. Um den Klagen über den Dienstbotenmangel abzuhelfen und die große Kluft zwischen beiden Parteien zu überbrücken, verlangen sie, daß man den krassen aufreizenden Unterschied, der in der ganzen Lebensführung, in Wohnung und Nahrung zwischen der Herrschaft und dem Personal besteht, mildern solle. Damit würde ein erbitterndes Moment ausgeschaltet und die Unzufriedenheit der Mädchen eingedämmt. So sprechen die einsichtigeren Elemente des Bürgertums. Aber auch diese Ansichten sind nur, aber auch nur eine Folge der Agitation und Organisation des Verbandes der Hausangestellten. Früher hörte man nichts von solchen Anschauungen. Ein Arzt hat einmal in einem Vortrage darauf hingewiesen, daß junge blühende Mädchen vom Lande, wenn sie einige Zeit in der Stadt gedient haben, zusammenfallen, bleichsüchtig werden, obgleich doch die Arbeit leichter sei als die harte Landarbeit. Er schrieb das Resultat den veränderten Lebensbedingungen zu. Rednerin ist der Meinung, daß der Herr dabei das ausschlaggebendste Moment nicht berücksichtigt habe: die seelische Vereinsamung! Das Mädchen lebt in der Einsamkeit isoliert, abgesondert für sich. Und gerade Weihnachten fühlt sich ein solches Mädchen einsamer und verlassener denn je. Nun bekomme es ja wohl eine Ecke am Bescherungstische der Herrschaft eingeräumt, aber wie es mit der Bescherung aussehe, wissen die meisten Mädchen nur allzu gut. Die Geschäfte passen sich dem Bedürfnis der Herrschaften schon an, indem sie eigene Verkaufstische für „Dienstbotengeschenke" herrichten. Aber selbst diese Geschenke werden den Mädchen, wenn sie nach Weihnachten den Dienst aufgeben, vom baren Lohn abgerechnet, und wenn es solche waren, für die es gar kein Bedürfnis hatte. Das Richtige wäre, die Mädchen erhielten entsprechende Lohnzulage, dann könnten sie sich selbst kaufen, was sie brauchen. Uebrigens könne von einem „Geschenk" gar keine Rede sein, denn es sei nur ein Teil des Lohnes. Es soll allerdings zugegeben werden, daß es auch Familien gibt, die mit ihrem Personal in einem herzlichen Verhältnis stehen und in ihren Dienstboten auch noch gleichwertige Menschen sehen. Eine geregelte Arbeitszeit ist, trotz des hartnäckigen Widerstandes der Herrschaften, auch heute schon möglich. Die Fessel der Gesindeordnung muß fallen, Bresche hat der Hausangestelltenverband schon hineingelegt. Mehr freie Zeit muß erkämpft werden und die Organisation muß immer noch wachsen, dann werden die Widerstände erfolgreich bekämpft werden, dann kommt eine Zeit, wo das Weihnachtsfest wirklich ein Fest der Liebe und Erlösung sein wird. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Referat setzte eine rege Diskussion ein, in der eine Anzahl Mädchen ihre Erfahrungen bezüglich der Weihnachtsgeschenke zum besten gaben. So befahl eine „Gnädige" einem Mädchen, als es zu Ostern den Dienst aufgab, den Korb zu öffnen. Als das Mädchen arglos dies tat, griff die Dame rasch hinein und nahm den zu Weihnachten „geschenkten" Stoff an sich, indem sie höhnte: „So, nun können Sie gehen!" Die Vorsitzende erklärte hierauf, daß kein Mädchen auf Befehl der Herrschaft den Korb zu öffnen brauche, sondern nur auf Aufforderung und in Gegenwart eines Polizeibeamten. Die wenigen Rechte, die die Hausangestellten noch besitzen, sollten sie auch hochhalten. Zugleich warnte Frl. Baader auch vor dem „blauen" Dienstbotenverein, der von den Herrschaften gegründet ist. Eine andere Rednerin erzählte, eine Dame sei zu ihrer Gnädigen gekommen und habe von dieser im Ramsch alte Blusen von der verstorbenen Tochter gekauft und dabei ausgerufen: „Ach, da habe ich ein feines und billiges Weihnachtsgeschenk für meine Mädels!" — So sehen die Weihnachtsgeschenke aus.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine Familientragödie.

Berlin. In der Mirbachstraße 50 vergiftete sich der 24 Jahre alte Hausdiener Bernhard Maaß mit seiner 22jährigen Ehefrau Martha und sein ein Jahr altes Töchterchen Erika mit Leuchtgas. Gestern mittag um 12 Uhr sahen sie die Hausbewohner zum letztenmal. Eine Nachbarin, Frau Lehmann, nahm einen starken Gasgeruch wahr, schickte zur Schwester der Frau Maaß in der Fruchtstraße. Diese kam dann sogleich mit der Polizei. Maaß lag tot auf dem Fußboden. Seine Ehefrau mit ihrem Töchterchen, welches sie im Arm hielt, im Bett. Ein Arzt, den Hausbewohner herbeiholten, konnte nur noch den Tod feststellen. Der Grund zu der Tat konnte nicht festgestellt werden.

Die „goldene" Jugend.

Köln, 14. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Während die Bonner Borussen, ihre Zylinder mit schwarzen Pelzbaretttchen vertauscht, sich im allgemeinen vergnügtem Stilleben hingeben, machen andere Verbindungen unliebsamerweise von sich reden. Gelegentlich einer Vergnügungsfahrt, die Bonner Studenten mittels Sonderzuges der Trambahn nach Rüngsdorf unternahmen, wurde dieser Zug derart demoliert, daß nunmehr die Staatsanwaltschaft sich ins Mittel gelegt und zwecks Feststellung der Zerstörer entsprechende Recherchen angestellt hat. Gegen sämtliche Bonner Korps, mit Ausnahme der Rhenanen und Borussen, ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Wenn innerhalb einer bestimmten Frist die Schuldigen nicht angegeben werden, soll die Suspension der in Frage kommenden Korps in Erwägung gezogen werden.

Verurteilte Falschmünzer.

Darmstadt, 14. Dezember. (W. H.) Als Falschmünzer hatten sich der 33jährige Tagelöhner Josef Castellani und der 33 Jahre alte Techniker Johann Vogel aus Offenbach vor den Geschworenen zu verantworten. Castellani wurde zu drei Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust, Vogel zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Das österreichische Budgetprovisorium in der Kommission.

Wien, 14. Dezember. (W. T. B.) Der Budgetausschuß begann heute die Verhandlungen des Budgetprovisoriums. Abgeordneter Kotlar erklärte im Namen seiner Partei, daß sie dieser Regierung und auch keiner künftigen Regierung eine einzige Vorlage bewilligen könne, solange nicht volle Parität in der Zusammensetzung des Kabinetts zwischen Deutschen und Nichtdeutschen eintrete. Dabei dürfe das Ministerium des Innern nicht ausgenommen werden, und es müsse bei der Verteilung der Portefeuilles auf deren Umfang und Gewicht auf beiden Seiten Rücksicht genommen werden.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

11. Sitzung. Dienstag, den 15. Dezember, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: Wermuth, Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Nachtragsetats. Berichterstatter

Abg. **Erzberger** (Z.): Die Kommission hat die Unterstützung für die Tabakarbeiter von 2 000 000 M. auf 2 500 000 Mark erhöht.

Abg. **Everling** (natl.): Die Schädigungen der Tabakindustrie sind in der Presse weit übertrieben; freilich, die Sozialdemokratie will die Tabakarbeiter noch mehr schädigen, denn sie will die Heimarbeit abschaffen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Ein sächsischer Heimarbeiter sagte mir: wenn die Sozialdemokratie die Heimarbeit abschafft, schaffen wir in Sachsen die Sozialdemokratie ab! (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Heute sind Sie sehr siegesgewiß, aber die großen nationalen Fragen werden auch wieder in den Vordergrund treten und das wird für Sie wieder zu Niederlagen führen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. **Marcour** (Z.) (auf der Tribüne schwer verständlich) erklärt sich mit der Heraufsetzung der Unterstützung, wie sie von der Kommission beschlossen ist, einverstanden.

Staatssekretär **v. Wermuth**: Von der im ganzen für die Unterstützung ausgeworfenen Summe von 4 Millionen sind bis jetzt etwa 1¼ Million verausgabt; es liegt aber kein Anlaß vor, zu erörtern, was nach Erschöpfung des Fonds zu geschehen hat, umsoweniger, als Anregungen in dieser Richtung bisher nur ohne Rücksicht auf die eventuelle Deckung erfolgt sind.

Abg. **v. Richthofen** (k.): Wir haben gegenwärtig nur zu prüfen, ob das bestehende Gesetz wohlwollend ausgeführt wird. Das ist der Fall. Auf alles andere Beiwerk brauche ich daher nicht einzugehen.

Abg. **Geyer** (Soz.):

Es ist höchst bedauerlich, daß unsere Interpellation über die Unterstützungen der Tabakarbeiter nicht schon vor Weihnachten zur Verhandlung kommen, denn Tag für Tag laufen Klagen über Mißstände bei der Auszahlung der Unterstützungen ein. Die vorläufige Regelung, wie sie in der Budgetkommission dargelegt ist, genügt keineswegs. Leider ist das eingetroffen, was wir in der Finanzkommission vorausgesagt haben. Das Unglück ist sogar noch größer geworden. Als wir damals sagten, 20 Proz. der Arbeiter werde arbeitslos werden, beschuldigte man uns der Uebertreibung. Jetzt sind aber bereits

34 000 Gesuche um Unterstützung

eingegangen und diese umfassen keineswegs die gesamte Arbeitslosigkeit. Unter allen möglichen und unmöglichen Gründen sind die Arbeiter mit ihren Gesuchen abgewiesen und zahlreiche Arbeiter veranlaßt worden, überhaupt kein Gesuch um Unterstützung einzureichen.

Der Abg. Everling hat sich mit dem Zentrum über die Priorität des Gedankens der Unterstützung der arbeitslosen Tabakarbeiter gestritten. Wenn Sie die Akten des Reichstags nachsehen, so müssen Sie diese Priorität den Sozialdemokraten zuerkennen. Denn als 1906 die Zigarettensteuer auftauchte, haben wir bereits in der Kommission verlangt, daß die dadurch arbeitslos werdenden Arbeiter entschädigt werden. Auch früher haben wir das schon bei anderen Gelegenheiten gefordert, und auch in der Finanzkommission dieses Jahres haben wir darauf hingewiesen, daß sie um so eher eine Entschädigung auswerfen können, wenn Sie glauben, daß das Unglück nicht so groß sein wird. Dann haben die Arbeiterabgeordneten im Zentrum den Gedanken aufgegriffen und ihre Haltung zur Tabaksteuer damit zu drapieren gesucht. (Widerspruch und Unruhe im Zentrum.) Jawohl, **Sie wollten Ihre Haltung bei der Tabaksteuer vertuschen!** (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Vorher hatte das Zentrum gegen die Tabaksteuer agitiert. Ihre ganze Presse hallte davon wider, daß die Industrie diese Steuer nicht tragen könne. Dann aber haben Sie hier den Wertzuschlag durchgedrückt und ihn sogar im Handumdrehen von 30 Prozent auf 40 Prozent heraufgesetzt. Dadurch haben Sie das Unglück erheblich vergrößert — und wollen sich nun als Wohltäter der Arbeiter aufspielen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Man sagt, im Februar wird die Krise zu Ende sein, **aber das ist** nicht wahr, sie wird bis tief in den April hineindauern. Selbst in Regierungskreisen ist man erstaunt, daß das Gesetz eine so schwere Wirkung gehabt hat. Als wir es voraussagten, glaubte man uns nicht, jetzt ist das Unglück fertig, und wenn das Weihnachtsgeschäft erst vorüber ist, wird der Rückschlag noch größer sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Schatzsekretär erklärte, man wolle die Angelegenheit wohlwollend behandeln! Daran hätte man nur früher denken sollen. Als die Ausführungsbestimmungen kamen, hat sich kein Mensch gerührt, um die Arbeiter vor Erlaß derselben zu hören, bis die Arbeiter selbst um eine Audienz nachsuchten. Der Schatzsekretär hat dann eine Konferenz herbeigeführt und auf Grund derselben die Ausführungsbestimmungen erlassen, nach denen eine Besserung der Zustände eintreten soll. Wenn das aber der Fall sein soll, müssen Sie (zum Schatzsekretär gewendet) ganz andere Maßnahmen gegenüber den Zoll- und Unterbehörden ergreifen. Andauernd noch gehen Klagen ein, daß Unterstützungsgesuche noch nicht erledigt sind, die bereits vor einem Vierteljahr eingereicht sind; das ist doch

eine Lodderigkeit sondergleichen.

Man hätte doch erwarten sollen, daß die Finanzminister und der Schatzsekretär strenge Anweisung geben, mit solcher Lodderigkeit aufzuräumen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ein großer Mangel der neuen Ausführungsbestimmungen ist, daß die ganze Zigarettenindustrie ausgeschlossen ist. Wie können Sie eine ganze Kategorie von den Wohltaten des Gesetzes ausschließen, wenn Sie von „Wohltaten" des Gesetzes reden! Der Unternehmerverband in der Zigarettenindustrie hat bereits eine Eingabe an den Schatzsekretär gerichtet, worin er sich über diese Abtrennung beklagt.

Im Gesetz ist für diese Ausschließung kein Grund vorhanden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man bestreitet, daß das Unglück so groß ist, so wäre es doch auch notwendig, daß eine Statistik über die Wirkung des Tabaksteuergesetzes aufgemacht würde, und nicht bloß die Zahlen der arbeitslosen Arbeiter müßten hierin erscheinen, sondern auch die Zahl der zugrunde gerichteten Unternehmer. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Eine Anzahl dieser Leute hat

zum Selbstmord gegriffen,

um dem Unglück zu entgehen! Davon weiß man aber nichts in den Kreisen, welche die Tabaksteuer bewilligt haben. Würden die Unterstützungen gerecht ausgezahlt werden, so wäre der Fonds von 4 Millionen schon jetzt erschöpft. Der Reichstag hat daher die Verpflichtung, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, um das Elend zu mildern. Denn die 4 Millionen werden noch in diesem Jahre völlig draufgehen.

Herr Everling hat erklärt, die Sozialdemokratie gebe vor, den Leuten zu helfen, in Wahrheit aber wolle sie das Elend noch vergrößern durch Abschaffung der Heimarbeit! Sie wollen

die Heimarbeit

beibehalten, weil sie der Profitsucht der Unternehmer dient. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Hausarbeit ist das beste Mittel zum Lohndruck. Die Arbeiter werden aus der Fabrik herausgedrängt, weil man bei der Hausarbeit die Löhne niedriger halten will. Die Tabakarbeiter wissen zu gut, daß die Beseitigung der Heimarbeit zu ihrem Vorteil ist, weil dann auch die elenden Löhne beseitigt werden. Durch die elenden Löhne der Heimindustrie sind die Arbeiter in die Lage gekommen, auch elende und ungesunde Wohnungen zu haben, in denen sie von der Schwindsucht befallen werden. Dazu kommt die

Kinderarbeit

in der Heimindustrie! — Sie kommen mit dem Märchen: wie Sie bei der Heimarbeit ein altes Mütterchen gesehen haben, das zu Hause in reinlicher Stube und reinlicher Kleidung mit einem Häubchen arbeitet. Aber gerade die Arbeiterinnen, gerade diese armen Wesen werden in der Heimindustrie unermeßlich ausgeschunden von den Unternehmern. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Gerade diese armen Leute, die nur wenig verdienen können, werden zum Lohndruck benutzt. (Zuruf bei den Nationalliberalen: Sie übertreiben!) Wir haben selber als Arbeiter unter diesen Uebeln gelitten. Wir wissen, wie es dort aussieht! Sie nicht! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie sagen, mit diesem Argument werden Sie in Sachsen die Sozialdemokratie schädigen, so irren Sie sich sehr. Wenn Sie auch jetzt Ihre Wahlrede gehalten haben, Herr Everling, so wollen wir doch abwarten, ob wir Sie nach den nächsten Wahlen wiedersehen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Lachen bei den Nationalliberalen.) Wenn Sie glauben, Sie können die Sozialdemokratie mit Ihren verrosteten Waffen schlagen, so frage ich: sind Sie etwa nicht mit schuld an der Tabaksteuer? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Nationalliberalen haben diese ganze Steuerpolitik mit dem Fürsten Bülow machen wollen, und der Schnapsblock konnte mit Recht sagen, daß Sie 400 Millionen Mark indirekter Steuern bewilligen wollten. Bezüglich der Tabaksteuer wissen Sie ja, wie die Dinge gelaufen sind. Herr Weber hat den Wertzoll aufgebracht und der Schnapsblock hat ihn aufgenommen.

Präsident Graf **Stolberg**: Wenn Sie hier vom „Schnapsblock" sprechen, nehme ich an, daß Sie damit kein Mitglied des Hauses meinen. (Stürmische anhaltende Heiterkeit im ganzen Hause.)

Abg. **Geyer** fortfahrend: Die Nationalliberalen, die sich jetzt für die Tabakarbeiter ins Zeug werfen, sind also Schuld daran. Sie wissen ja, daß die Unternehmer in der Tabakindustrie gemeinsam mit den Arbeitern Stellung dagegen nahmen. Aber als Sie in Gefahr waren, aus dem Bülow-Block hinausgeworfen zu werden, machten Sie Ihren Einfluß auf die Unternehmer geltend. Die Regierung wollte 80 Millionen aus der Tabaksteuer haben. Sie sagten den Unternehmern, sie sollten doch mit einer Steuer von 42 Millionen zufrieden sein, und da kam es zu jener Generalversammlung in Berlin, in welcher die Unternehmer über 40 Millionen zugestanden haben. Das brachten die Nationalliberalen zustande, indem sie der Regierung sagten, wir wollen Euch alles bringen, was Ihr wollt, nur laßt uns im Block! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Unruhe und Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Sie haben diese Beeinflussung geübt und damit der Tabaksteuer den Boden bereitet. Sie sind die Schuldigen an dem Unglück und nun spielen Sie sich als die Wohltäter der Arbeiter auf! Das ist eine Demagogie, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf **Stolberg**: Auch der Ausdruck „Demagogie" ist nicht auf Mitglieder des Hauses anzuwenden.

Abg. **Geyer**: Ich bitte den Schatzsekretär noch einmal, schnell einzugreifen, denn die Not ist groß. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Pachnicke** (frs. Vg.): Davon kann keine Rede sein, daß die Liberalen aus dem Block „herausgeworfen" wären. Wir sind vielmehr freiwillig ausgetreten, als unsere Bedingungen nicht erfüllt wurden. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Ein Verbot der Heimarbeit, wie es die Sozialdemokraten wiederholt beantragt haben, würde in der Tat schwer schädigend wirken. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) — Was die Sache selbst anlangt, so ist ein schnelles Eingreifen vor allem nötig. Zu begrüßen ist es, daß in dieser Frage auch die Arbeiterorganisationen vom Reichsschatzamt gehört worden sind. Hoffentlich findet dieses Beispiel Nachahmung in den anderen Ressorts. (Bravo! links.)

Reichsschatzsekretär **Wermuth**: Ueber die Einbeziehung der Zigarettenindustrie in die Unterstützung kann ich keine endgültige Erklärung abgeben, da der Bundesrat darüber noch nichts beschlossen hat. Ich kann aber nicht bestreiten, daß für die Auffassung des preußischen Finanzministers der Wortlaut des Gesetzes spricht. Ich bin auch im Zweifel darüber, ob eine innere Notwendigkeit vorliegt, die Zigarettenindustrie einzubeziehen, ob überhaupt dort wesentliche Arbeiterentlassungen vorgekommen sind. Daß ein Konsumrückgang eingetreten ist, muß ich lebhaft bestreiten. — Dann noch ein Wort zugunsten der Lokalbehörden und Zollbehörden. Zweifellos sind Mißstände und Verzögerungen eingetreten, aber im großen und ganzen haben sich die Behörden dieser Aufgabe mit größtem Eifer angenommen. Es war für sie eine ungewöhnlich schwierige Aufgabe, denn in den Hauptbezirken, z. B. Westfalen, sind täglich Hunderte von Gesuchen eingegangen, die genaue Prüfung erforderten. (Bravo!)

Abg. Dr. **Burckhardt** (Wirtsch. Vg.): An der Annahme der Tabaksteuer ist die Sozialdemokratie auch schuld. Sie haben ja selbst die Priorität für den Gedanken der Unterstützung in Anspruch genommen, und gerade durch die Tatsache der Unterstützung sind viele veranlaßt worden, für die Steuer zu stimmen.

Abg. **Erzberger** (Z.): Die früheren Prophezeiungen der äußersten Linken über die Folgen der Zigarettensteuer haben sich als ganz falsch erwiesen. Sie (zu den Sozialdemokraten) haben gegen den Antrag Giesberts gestimmt, nachdem Ihr undurchführbarer Antrag abgelehnt war. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Gegen die Beschränkung des Fonds auf 4 Millionen!)

Herr Everling hat von den schädigenden Wirkungen der Tabaksteuer gesprochen. Dabei war die Grundlage der Form, die sie erhalten hat, ein Antrag Dr. Weber! (Hört! hört! im Zentrum.) Ja, die Nationalliberalen wollten der Tabakindustrie sogar das Doppelte auferlegen! Also, wenn die Nationalliberalen jetzt uns Vorwürfe machen, so gehört das in das Kapitel der politischen Heuchelei. (Bravo! im Zentrum.)

Die Angriffe des Herrn Everling auf die Sozialdemokratie wegen ihrer Stellung zur Heimarbeit waren gewiß berechtigt, aber warum haben denn die Nationalliberalen in der Gewerbeordnungsnovellekommission gegen die Schaffung amtlicher Lohnämter gestimmt? Das ist der wichtigste Schutz für die Heimarbeiter! (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. **Weber** (natl.): Meinen Vorschlag des Wertzuschlags habe ich sofort zurückgezogen, als mir die Undurchführbarkeit von den Interessenten nachgewiesen war. Aber die Mehrheit hat sich um die einstimmigen Wünsche des Tabakgewerbes nicht gekümmert. (Sehr richtig! links.) Wir sind nicht aus dem Block herausgeworfen, sondern wir sind aus dem Block herausgegangen, und die Herren Sozialdemokraten sind hinter uns hergelaufen. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen; Lachen bei den Sozialdemokraten.) Auch die Sozialdemokratie könnte, wenn sie am Ruder wäre, nicht mit direkten Steuern allein auskommen, das hat auch Kautsky 1902 in dem Buche „Am Tage nach der sozialen Revolution" zugegeben. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.):

Ich muß doch einige Legenden zurückweisen, die hier aufgetaucht sind. Bekannt ist das Flugblatt der München-Gladbacher, in welchem es heißt, daß die Sozialdemokraten schuld daran sind, daß die Tabaksteuer angenommen ist; dadurch nämlich, daß die Frage der Entschädigung der Arbeiter von den Sozialdemokraten aufgeworfen wurde, habe sich überhaupt erst eine Mehrheit für die Tabaksteuer gefunden! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Der Abg. Erzberger hat erklärt, die Sozialdemokraten hätten gegen den Antrag Giesberts gestimmt. Dieser ist in der zweiten Lesung mit 341 gegen 12 Stimmen angenommen worden. Unter denjenigen, die dagegen stimmten, waren Fürst Dohna, Herr v. Heydebrand, Fürst Hohenlohe, Graf Kanitz, Herr v. Kröcher, Herr Siebenbürger, Graf Stolberg, Herr v. Oldenburg, alles keine Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten haben vielmehr sämtlich für den Antrag gestimmt. Zur dritten Lesung brachte dann Herr Giesberts einen Verschlechterungsantrag ein. Gegen diesen Antrag haben wir gestimmt. Wäre er — nach unserem Willen — abgelehnt worden, so wäre damit nicht die Entschädigung der Tabakarbeiter gefallen, sondern es wäre der Antrag in der Fassung der zweiten Lesung angenommen worden, und das nennt Herr Erzberger nun: wir hätten die Entschädigung abgelehnt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei haben meine Parteigenossen damals ausdrücklich hervorgehoben, daß wir für den Antrag in der Fassung der zweiten Lesung stimmen werden. Mit solchen Unwahrheiten werden Sie nur Geschäfte machen, wo Sie es mit ganz dummen Leuten zu tun haben, nicht aber hier im Reichstage. Daß Sie es auch hier vorbringen, geschieht vielleicht nur, um später sagen zu können: es ist hier so gesagt worden, ohne daß die Sozialdemokraten widersprochen haben. . . . (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Regierung kann ich den schweren Vorwurf nicht ersparen, daß sie ein Gesetz, durch welches so und so viele Arbeiter brotlos werden, in Kraft hat treten lassen, ohne die Entschädigungsfrage vorher zu regeln. Die Regierung hatte zwar Vorschläge gemacht, die aber ganz ungeeignet waren. Es hieß in den Vorschlägen, daß keine Entschädigung erhalten wird: wer aus einem Betriebe entlassen wird, in welchem zur Zeit der Entlassung mehr Arbeiter beschäftigt sind als im Durchschnitt des Vorjahres. Nach dieser Bestimmung würde wohl überhaupt kein Arbeiter Entschädigung erhalten, denn da die Zahl der Tabakarbeiter in den letzten 12 Jahren andauernd erheblich gestiegen ist, so werden wohl in jedem Betriebe mehr Arbeiter beschäftigt gewesen sein als im Durchschnitt des Vorjahres. Nun hat man es so dargestellt, als ob nach den neuen Bestimmungen allen berechtigten Anforderungen Genüge geleistet ist. Das ist aber keineswegs der Fall. Es heißt z. B. in den neuen Bestimmungen, daß als Arbeiter auch solche gelten, die mit Kistenkleben und ähnlichen für den Betrieb erforderlichen Hilfsarbeiten beschäftigt sind. Es fallen also auch die Kistenmacher darunter. Nun werden in den Großbetrieben allerdings die Zigarrenkisten auch hergestellt. Aber für die kleinen Betriebe ist das unmöglich. Da gibt es ganze Fabriken, in denen Zigarrenkisten lediglich für die kleinen Betriebe hergestellt werden. Hier werden diese Hilfsarbeiten also nicht im Betriebe selbst ausgeführt, und daher sollen alle diese Arbeiter nicht unterstützungsberechtigt sein! Anfangs hatte man sie für unterstützungsberechtigt erklärt, später hat man diese Erklärung abgeändert und von denen, die schon Unterstützung bekommen hatten, sie zurückgefordert und den anderen gesagt: ihre Gesuche könnten nicht bewilligt werden.

Weiter heißt es im § 4 der Ausführungsbestimmungen: Nichtberechtigt zum Bezuge der Unterstützung ist, wer aus einem der im § 123 der Gewerbeordnung bezeichneten Gründe entlassen wurde. Neben anderen Gründen führt dann die Ziffer 8 des § 123 der Gewerbeordnung an, daß jemand entlassen werden kann, wenn er zur Fortsetzung der Arbeit unfähig oder mit abschreckender Krankheit behaftet ist. Wenn der Arbeiter also wegen Krankheit entlassen ist, hat er keinen Anspruch auf Unterstützung! Nun ist aber nach § 124 der Gewerbeordnung der Arbeiter berechtigt, die Arbeit aufzugeben, wenn er krank und dadurch unfähig zur Fortsetzung der Arbeit wird. Wenn er also wegen Krankheit die Arbeit aufgibt, so ist er unterstützungsberechtigt, wenn er aus demselben Grunde entlassen wird, ist er es nicht! — Das ist doch ein Widerspruch. Eine Frau, welche vier Kinder zu ernähren hat, wurde am 6. Mai krank und entlassen. Im Juli war sie wieder gesund und meldete sich zur Arbeit, aber ihre Stelle war bereits besetzt, und der Unternehmer sagte ihr, er würde sie nicht einstellen können, weil er wegen des Tabaksteuergesetzes die Arbeit würde reduzieren müssen! Nun wandte sie sich an die Behörden um Unterstützung, doch ist sie überall abschlägig beschieden worden, weil sie wegen Krankheit entlassen sei! Wenn Sie dieses Unrecht beseitigen wollen, so dürfen Sie doch höchstens im § 4 der Ausführungsbestimmungen sagen: „Wer aus einem der im § 123 der Gewerbeordnung, Ziffer 1 bis 7, bezeichneten Gründe entlassen ist. . . ." Nehmen Sie den ganzen § 123 hinein, so entstehen zweifellos eine Reihe von Härten, die Sie vielleicht nicht einmal beabsichtigt haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auf die sonst in der Debatte vorgebrachten Einzelheiten, speziell bezüglich der Hausarbeit, will ich heute nicht eingehen; dazu wird später noch Gelegenheit sein. Erwähnen will ich nur noch einen Fall, der einen sogenannten Fabrikanten betrifft, einen Mann, der für sich selbst arbeitet und die Produkte verkauft. Auch dieser ist, wie viele seinesgleichen, arbeitslos geworden, hat aber keinen Anspruch auf Entschädigung. Die Regierung sollte doch erwägen, ob sie nicht anerkennen will, daß in den meisten Fällen, wo Tabakarbeiter arbeitslos geworden sind, ein Grund zutrifft, der nach der Absicht des Gesetzes für die Berechtigung zum Bezuge der Unterstützung maßgebend sein soll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Noch eine andere Ausführungsbestimmung zu dem Tabaksteuergesetz muß ich hier besprechen. Es ist eine Ausführungsbestimmung, wonach geradezu eine höhere Steuer erhoben wird, als sie vom Reichstage beschlossen ist. Es kauft z. B. jemand im Freihafengebiete Tabak für 1000 M. Was meinen Sie wohl hat dieser Mann an Zoll zu bezahlen? Nach dem Gesetz 400 M., der Zollbeamte aber verlangt 430 M.! (Allgemeine Verwunderung.) Ja, der § 2 der Ausführungsbestimmungen setzt fest, daß als Wert dasjenige gilt, was der Käufer 6 Monate nach der Erwerbung zu zahlen hätte. Bei Barzahlung werden pro Monat ein Halb vom Hundert zugefügt, nach 6 Monaten also 3 Proz., das heißt: es werden 43 Proz. statt der vom Gesetz vorgeschriebenen 40 Proz. erhoben! Das ist eine Steuer, die der Reichstag nicht bewilligt hat, sondern die der Bundesrat allein beschlossen hat! Wo soll das hinführen? Wenn das gestattet ist, hat der Bundesrat ebensogut das Recht, statt ½ Proz. 1 Proz. oder 10 Proz. oder auch 100 Proz. der Steuer hinzuzufügen! Jetzt ist er noch bescheiden gewesen und hat 3 Proz. zugeschlagen. Es können aber Zeiten kommen, wo er mehr nimmt. Ebenso gut wie er als Wert festsetzt, was der Käufer nach sechs Monaten zu zahlen hätte, kann er das nehmen, was nach sechs Jahren zu zahlen wäre. Der § 2 des Gesetzes sagt: „Als Wert gilt der Preis des Tabaks beim Uebergange". Ist der Tabak also bar bezahlt, so gilt der Kaufpreis allein als Wert. Ich glaube, hier liegt eine Budgetfrage vor, mit der die Herren Juristen sich noch zu beschäftigen haben werden. Wenn der Bundesrat in dieser Weise allein Steuern festsetzen kann, so ist das Geldbewilligungsrecht des Reichstages durchbrochen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Erzberger** (Z.): Herr Molkenbuhr hat bestätigt, daß die Sozialdemokraten in der dritten Lesung gegen den Antrag Giesberts gestimmt haben. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten, Zurufe: Unerhört!) Die Tatsache steht fest, daß Sie in der dritten Lesung gegen den Antrag gestimmt haben. (Abg. Fischer [Soz.]: Gegen das Zentrum haben wir gestimmt!) Sie sagen nun, der Antrag bedeute eine Verschlechterung gegenüber dem Antrag zweiter Lesung. (Abg. Stadthagen [Soz.]: Jawohl! man hat den Arbeitern mehrere Millionen geraubt!) Aber es handelt sich nicht darum, sondern lediglich darum, daß sich hier eine Uebereinstimmung mit dem Bundesrat bildete, um überhaupt etwas für die Tabakarbeiter zu erreichen. (Schallende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Abg. Stadthagen ruft: Wäre die Steuer abgelehnt, dann um so besser!) Dann wäre aber keine Mehrheit für das ganze Tabaksteuergesetz vorhanden gewesen! (Sehr gut!

und Bravo! b. d. Soz. Rufe: **Hätten Sie es nur abgelehnt!**) Meine Partei aber wollte das Tabaksteuergesetz zustande bringen und damit die ganze Finanzreform, und deshalb war sie genötigt, von dem Beschluß zu zweiter Lesung zurückzutreten und das große nationale Werk der Finanzreform zustande zu bringen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ihnen aber ist es unangenehm, daß das, was heute im Gesetz steht, von den Sozialdemokraten abgelehnt ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Burckhardt** (wirtsch. Vgg.) **wirft den Nationalliberalen verlogene Agitation vor.**

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.): **Wenn es richtig sein sollte, daß die Tabaksteuer gekommen ist, weil wir die Entschädigung der Arbeiter in Anregung gebracht haben; dann müßten ja unsere Anträge eher gekommen sein als der Gesetzentwurf über die Tabaksteuer!** (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

In Minden ist die niederträchtige Verleumdung fabriziert worden, die Sozialdemokraten hätten im Reichstage gegen die Entschädigung der Arbeiter gestimmt. Diese Verleumdung (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) wird dort jetzt systematisch verbreitet. Und nun erklärt Herr Erzberger auch hier, wir hätten gegen den Antrag Giesberts gestimmt! Er sagt nicht, welchen Antrag Giesberts. Es lagen nämlich zwei Anträge Giesberts vor: der erste auf Auszahlung der Unterstützung und ein zweiter Antrag, der den ersteren verschlechtern wollte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben für den ersten Antrag gestimmt, aber natürlich gegen den zweiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt erklärt Herr Erzberger: diese Verschlechterung war nötig, weil sonst das ganze Tabaksteuergesetz zu Fall gebracht worden wäre. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also das Zentrum hat für die Verschlechterung der Arbeiter gestimmt, weil es unter allen Umständen die Tabaksteuer retten wollte! Wenn das im Lande bekannt wird, wird das Zentrum in den Augen der Tabakarbeiter kaum gewinnen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das beleuchtet sehr schön die ganze Sozialpolitik des Zentrums: daß es bereit ist, die Lage der Arbeiter zu verschlechtern, lediglich um ein Steuergesetz zu retten. Ich danke Herrn Erzberger für das offene Bekenntnis. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. **v. Gamp** (Rp.) **stellt fest, daß die erste Anregung zur Entschädigung der Tabakarbeiter bei der ersten Lesung der Finanzreform von seinen Freunden, speziell von ihm ausgegangen sei und zunächst bei keiner Partei Gegenliebe gefunden habe.** (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wir haben das schon 1906 angeregt.)

Abg. Dr. **Weber** (natl.): **Ich kann dies nur bestätigen. Herr Everling hat es auch bereits festgestellt.** Uebrigens wurde damals von den meisten Parteien als Grund angegeben, die Sache erscheine momentan noch nicht spruchreif.

Abg. **Vogel** (natl.) bestreitet, **die vom Abg. Burckhardt angeführte Aeußerung getan zu haben.**

Abg. **Erzberger** (persönlich): **Herrn Molkenbuhr gegenüber stelle ich fest, daß ich nur gesagt habe, wir hätten in dritter Lesung den neuen Antrag Giesberts eingebracht, weil nach Lage der Verhältnisse das Scheitern der Tabaksteuer auch das Scheitern der Finanzreform zur Folge gehabt hätte.**

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.): Ich habe nicht gegen Ausführungen des Herrn Erzberger gesprochen, sondern nur festgestellt, daß Herr Erzberger hier kundgetan hat, **daß der Verschlechterungsantrag Giesberts nur gestellt wurde, um das Zustandekommen der Steuergesetze zu sichern.** Daher war seine persönliche Bemerkung ziemlich überflüssig.

Der Antrag der Budgetkommission wird angenommen; ebenso der ganze Nachtragsetat und eine Resolution der Kommission, wonach der Reichskanzler anordnen soll, daß die im Tabaksteuergesetz vorgeschriebene Beglaubigung ausländischer Rechnungen gebührenfrei erfolgt.

Es folgt die Besprechung der **Interpellationen über**

die Arbeitsnachweise,

zu deren sofortiger Beantwortung sich der Staatssekretär des Innern Dr. **Delbrück** bereit erklärt.

Die Interpellation des **Zentrums** lautet:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß Arbeitgeber-Verbände, insbesondere im Bergbau des Ruhrreviers, durch einseitige Organisation des Arbeitsnachweises mit Zwangscharakter die Rechte der Arbeiter, namentlich die Vertragsfreiheit und die Freizügigkeit gefährden? — Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler demgegenüber zu ergreifen?"

Die Interpellation der **Sozialdemokraten** hat folgenden Wortlaut:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Bergwerksbesitzer im Ruhrrevier am 1. Januar 1910 einen einseitigen Arbeitsnachweis zwangsweise einzuführen gedenken, und daß die Arbeiter, davon große wirtschaftliche Nachteile befürchtend, sich der Einführung widersetzen, so daß ein ungeheurer wirtschaftlicher Kampf zu erwarten ist?

Ist der Herr Reichskanzler, um diese arbeiterschädliche Maßnahme des Zechenschutzverbandes zu verhindern, bereit, baldmöglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der Arbeitsnachweis von Reichswegen einheitlich und auf paritätischer Grundlage geordnet wird?"

Abg. **Giesberts** (Z.): **Bei der Interpellation über die schwarzen Listen im vorigen Jahre konnten Listen mit 5—6000 Ausgesperrten vorgelegt werden, ebenso Geheimverträge, wonach Arbeiter auf sechs Monate von allen Zechen ausgesperrt werden sollten.** Die Debatten hierüber scheinen bewirkt zu haben, daß die Großkapitalisten sich dieser Praktiken schämen; sie haben aber nun einen Zwangsarbeitsnachweis eingerichtet, der am 1. Januar ins Leben treten soll. Der Handelsminister stellt den geplanten Arbeitsnachweis als sehr harmlos dar. Wäre er wirklich so harmlos gedacht, so wäre es unbegreiflich, daß man diese Sache nicht im Verein mit den Arbeitern gemacht hat, die gern ihre Hand dazu bieten. (Sehr richtig! im Zentrum.) Gewiß ist der Wechsel der Arbeitsstellen im Ruhrgebiet sehr groß, aber dazu tragen die Arbeitsverhältnisse sehr bei. Die bei weitem meisten Arbeitswechsel vollziehen sich mit regulärer Kündigung. Daß der Kontraktbruch ein Gewohnheitsrecht der Bergleute im Ruhrgebiet sei, ist eine ganz ungerechtfertigte Behauptung. Zu dem unregelmäßigen Verlassen der Arbeit trägt viel bei die vollständige Zerfahrenheit des Gedingewesens im Bergbau. Sehr stark ist der Zuzug aus den vorwiegend landwirtschaftlichen Provinzen Preußens und aus dem Auslande. Diese Entwickelung wird durch den zentralisierten Arbeitsnachweis keineswegs gehemmt, weit eher gefördert. Fast allgemein, auch bei der Sozialdemokratie, hat der Gedanke des paritätischen Arbeitsnachweises Anklang gefunden. Nur die großindustriellen Unternehmer halten an dem einseitigen Arbeitsnachweis fest, und sie haben ihre Gründe dafür! Wenn der paritätische Arbeitsnachweis sich noch nicht in der wünschenswerten Weise durchgesetzt hat, so liegt die Schuld auch daran, daß die Regierung nicht rechtzeitig diesem paritätischen Arbeitsnachweis das nötige Interesse entgegengebracht hat (Sehr richtig!), obwohl es an Anregungen aus dem Reichstage nicht gefehlt hat.

Die Tendenz der einseitigen Unternehmernachweise geht vor allem dahin, eine **Kontrolle über streikende und ausgesperrte Arbeiter zu erhalten und so die Macht der Unternehmer zu verstärken.** Diese Nachweise sind also

systematische Maßregelungsbureaus!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Am gefährlichsten ist dabei das Streben nach einer Zentralisierung und Kartellierung der einseitigen Unternehmernachweise. Die Praxis des Arbeitsnachweises der Unternehmer in Mannheim z. B. beweist, daß er ein fein ausgeklügeltes System bedeutet, um unliebsamen Arbeitern nach Möglichkeit die Arbeit im Industriebezirk zu verweigern. Ihnen ist eine Broschüre darüber zugegangen. In einem schwarzen Buche werden alle Arbeiter aufgeführt, die dem Nachweis von den Unternehmern mit irgend einem Merkmal signalisiert werden. **Ich habe die Abschrift dieses schwarzen Buches, in dem**

1300 Arbeiter aufgeführt

sind, hier. Die Firma Lanz in Mannheim führt neben diesem schwarzen Buch **noch eine besondere schwarze Liste.** Ein besonders niederträchtiges System dieser Firma ist, daß sie die Arbeiter selbst ihr Unglück zum Arbeitsnachweis tragen läßt, indem sie **bei Arbeitern, die sie nicht wünscht, an Stelle eines länglichen einen**

runden Stempel

auf den Entlassungsschein drückt. (Hört! hört! **bei den Sozialdemokraten.**) Ein Zirkular des Mannheimer Arbeitsnachweises weist die Mitglieder an, bei Einstellung von Arbeiterinnen auch nach dem

Vor- und Zunamen des Vaters

zu fragen (Hört! hört!), weil die Erfahrung gezeigt habe, daß bei Streiks und Aussperrungen die Arbeiterinnen in den Fabriken Arbeit fänden und so die Streikenden unterstützten! **Also auch die Frauen und Töchter der Arbeiter will man durch diese Nachweise kontrollieren!** Gegen eine solche Erdrosselung der Arbeitsfreiheit müssen wir uns zur Wehr setzen. Der preußische Handelsminister ist, glaube ich, in seinem Urteil stark durch die

einseitige Information der Unternehmer

beeinflußt. Der Arbeitgebernachweis beabsichtigt, die Gewerkschaften zu boykottieren; weiter will er die Persönlichkeit des Arbeiters völlig beseitigen und ihn zu einer bloßen Nummer im Journal herabdrücken. Ferner besteht die Gefahr, daß dieser Arbeitsnachweis zu politischen Zwecken ausgenutzt wird. An seine Harmlosigkeit glauben wir nicht, so lange er nicht unter paritätischer Kontrolle steht. Alle Arbeiterorganisationen, auch die evangelischen und katholischen Knappenvereine, haben gegen diesen Arbeitsnachweis protestiert. Unsere Unternehmer wollen ein Herrentum, wobei der Arbeiter zum Industrieiklaven herabgedrückt wird. Was können uns da alle Bemühungen nützen, den Arbeiter mit der bürgerlichen Gesellschaft zu versöhnen. Wenn die Zechenbesitzer die Arbeitsvermittelung nicht auf paritätische Grundlage stellen, trifft sie die volle Verantwortung für die Folgen. Einseitige Arbeitsnachweise müssen, wenn sie überhaupt zugelassen werden, unter gesetzliche Kontrolle gestellt werden. (Bravo! im Zentrum.) Der Staatssekretär möge alles aufbieten, um die Arbeitsnachweise in paritätische Bahnen zu lenken. (Beifall im Zentrum.) Jedenfalls muß der Reichstag zum Ausdruck bringen, daß er das wünscht. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. **Bömelburg** (Soz.):

Durch den geplanten Arbeitsnachweis des Zechenverbandes im Ruhrgebiet werden ernste Gefahren über Hunderttausende deutscher Arbeiter heraufbeschworen. Als die Arbeiter von der Absicht des Zechenverbandes hörten, entstand in ihren Kreisen mit Recht eine große Erregung. Sie wußten, daß dieser Arbeitsnachweis für sie

eine Zuchtrute

sein sollte. Die Vorstände aller Bergarbeiterorganisationen setzten sich sofort mit dem Zechenverband in Verbindung, damit dieser von der Gründung des Arbeitsnachweises Abstand nähme oder ihn mit den Arbeiterorganisationen gemeinsam schaffe. Der Zechenverband lehnte das ab. Auch der Verband deutscher Arbeitsnachweise ersuchte den Zechenverband, den Arbeitsnachweis auf paritätische Grundlage zu stellen. Eine Antwort ist hierauf noch nicht erteilt, jedenfalls wird auch sie ablehnend lauten. Die Bergherren wollen eben keine Parität. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie lehnen es ab, mit den Arbeiterorganisationen gemeinsam über wichtige Fragen des Arbeitsverhältnisses zu beraten. Die Arbeiter werden von den Kapitalprotzen des Bergbaus nicht als Mitbürger und Mitmenschen betrachtet, sondern als Objekte, welche ihnen aus den Erdschätzen Riesengewinne herauszuholen haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Arbeiter haben sich nun hilfesuchend an den preußischen Handelsminister gewandt und dieser hat sich dann, wie es scheint, mit den Bergherren in Verbindung gesetzt. Ob er ihnen geraten hat, von ihrer Absicht bezüglich des Arbeitsnachweises Abstand zu nehmen, geht aus seiner Antwort nicht klar hervor. Die Antwort des Zechenverbandes hat er den Arbeiterorganisationen mitgeteilt, und dann weiter hinzugefügt:

„Eine Vermittelung zum Zwecke der Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises vorzunehmen, scheint mir nach Lage der Sache untunlich (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.), weil im Ruhrgebiet die Voraussetzungen für ein vertrauensvolles Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht vorliegt; ohne dieses wechselseitige Vertrauen vermag ich mir auch von einer zwangsweisen Einrichtung eines solchen Arbeitsnachweises keinen Erfolg zu versprechen. Aehnlich liegt die Sache bei den Tarifverträgen, deren zweckmäßiger Ausgestaltung bei den eigenartigen Verhältnissen des Ruhrkohlenbergbaues besonders Schwierigkeiten entgegenstehen."

Diese Antwort ist bezeichnend für unsere Verhältnisse! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein Minister hat doch die Aufgabe, ernste Gefahren für weite Volkskreise abzuwehren; er lehnt es aber einfach ab, irgend etwas hierzu zu unternehmen. Wer unsere Zustände kennt, wundert sich darüber nicht; das Großkapital beherrscht alles, auch die Minister. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wehe dem Minister, der gegen den Stachel zu löken wagt! Im Ministerstürzen leisten unsere Großkapitalisten schon viel mehr als die Junker, daraus erklärt sich ja auch das bekannte Ministerwort: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!" (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In seiner Antwort an die Arbeiterorganisationen und den Handelsminister stellt es der Zechenverband so dar, als ob er nichts Uebles gegen die Arbeiter im Sinn habe. In Wirklichkeit liegt die Sache anders, auch wenn man nur die für den Arbeitsnachweis veröffentlichten Satzungen in Betracht zieht. Als einziger Zweck wird angegeben, den Werkverwaltungen Arbeitskräfte zu vermitteln. Selbst wenn das richtig wäre, ergibt sich für die Arbeiter eine wesentliche Verschlechterung der gegenwärtigen Verhältnisse, denn es wird ihnen die Freiheit, den Arbeitsplatz nach Belieben zu wählen, genommen, was zugleich ein Stück

Einschränkung des Rechtes auf Freizügigkeit

ist. Es sind 18 Vermittelungsstellen, die durch eine Zentrale verbunden sind, für den ganzen rheinisch-westfälischen Kohlenbezirk vorgesehen. Die Arbeitsuchenden müssen dort nachweisen, daß sie ihr Arbeitsverhältnis ordnungsmäßig gelöst haben. Nur dann können sie Arbeit nachgewiesen erhalten. Bisher war das anders. Wenn ein Bergmann seinen Arbeitsplatz wechseln wollte, suchte er sich erst andere Arbeit, und erst wenn er sie gefunden hatte, kündigte er. So konnte er den Arbeitsplatz ohne Unterbrechung der Arbeitstätigkeit wechseln. Das fällt in der Zukunft fort. In der Antwort des Zechenverbandes an den Handelsminister wird allerdings gesagt, dieses Umschauen nach Arbeit solle nach wie vor zulässig sein. Das ist aber

eine Täuschung der Behörden und der Allgemeinheit.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ausdrücklich heißt es in den Satzungen und in den dazu gegebenen Anweisungen:

„Arbeitsuchende, die sich unmittelbar an ein Werk wenden, sind an die zuständige Arbeitsnachweisstelle zu verweisen."

Es ist auch tatsächlich beabsichtigt, nur noch auf solche Arbeiter zu reflektieren, die zuvor gekündigt haben. Das ist auf der Zeche „Kaiserstuhl" in einer Arbeiterausschußsitzung von dem Betriebsführer ausdrücklich zugegeben worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Noch andere gefährliche Bestimmungen für den Arbeiter sind in den Satzungen enthalten. Der § 9 bestimmt, daß einem Arbeiter, dem Arbeit nachgewiesen wurde, wenn er diese innerhalb zwei Werktagen nicht antritt, in den nächsten zwei Wochen keine Arbeit mehr nachgewiesen werden darf! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ferner sind die Arbeiter an den Arbeitsnachweis gebunden. Ohne seine Vermittelung gibt es für sie keine Arbeit! Die Zechen dagegen sind nicht gezwungen, nur Arbeiter durch Vermittelung des Arbeitsnachweises einzustellen. Sie können auch dann, wenn Arbeitsuchende in genügendem Maße eingezeichnet sind, ganz nach Belieben Arbeiter aus dem Auslande heranziehen und einstellen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie sind dann nur verpflichtet, die Personalien dieser Arbeiter dem Arbeitsnachweis mitzuteilen. Der Zweck dieser Bestimmung ist offensichtlich; man will sich stets einen hohen Stamm Arbeitsloser behalten, um auf die Arbeiter drücken zu können. Ihre ausländischen Arbeiter haben die Unternehmer ja vollständig in der Hand. Ueber diesen armen Teufeln schwebt stets das Damoklesschwert der Ausweisung, das noch verschärft ist durch die Kontrolle, welche die preußische Regierung eingeführt hat, und zwar eingeführt aus Liebe zu den Zechenbesitzern. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Viel größere Gefahren für den Arbeiter aber liegen noch auf einem anderen Gebiete. Die Arbeitsvermittelung soll gar nicht der Hauptzweck des Arbeitsnachweises sein. Die von den Arbeitgeberorganisationen errichteten Arbeitsnachweise sollen vielmehr

Knebelungsinstitute für die Arbeiterorganisationen

sein. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Muster dafür ist der Arbeitsnachweis der Metallarbeiter in Hamburg. Ebenso bestehen in Bayern solche Arbeitsnachweise der Metallindustriellen. Auf einer Versammlung des Großindustriellenverbandes hat neulich der bekannte Aussperrungs-Menk angekündigt: die Großindustrie werde ganz allgemein mit der Gründung von Arbeitsnachweisen vorgehen! Der Arbeitgeberverband im Baugewerbe verlangt jetzt sogar bei den Tarifverhandlungen, daß die Arbeiterorganisationen einen einseitig gegründeten Arbeitsnachweis tariflich anerkennen sollen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das werden die Arbeiter des Baugewerbes nie tun, nie wird es geschehen, daß solche einseitigen Arbeitsnachweise anerkannt werden, selbst auf die Gefahr hin, daß das Tarifverhältnis, das sich in den letzten Jahren im Baugewerbe so erfreulich entwickelt hat, darüber vollständig in die Brüche geht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Daß die Arbeitsnachweise Kampfmittel gegen die Arbeiterorganisationen sein sollen, liegt heute klar zu Tage. Die Errichtung von Arbeitsnachweisen geht in neuerer Zeit von zwei Unternehmerorganisationen aus: der **Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände** und dem **Verband deutscher Arbeitgeberverbände.** Beide umfassen Organisationen der Unternehmer aus den mannigfaltigsten Berufen, auch die baugewerblichen Unternehmer sowie die des Bergbaus sind ihnen angeschlossen. Im § 3 des genannten Vertrages heißt es:

„Als wichtige Aufgabe betrachten die Vertragschließenden die gemeinsame Förderung der Arbeitsnachweise.

Jährliche Arbeitsnachweiskonferenzen werden gemeinsam abgehalten. Auf der Konferenz im September 1908 in München hat man sich dahin geeinigt, den Nachweis der Metallindustrie in Hamburg für die Neugründung zum Muster zu nehmen."

In einem vertraulichen Rundschreiben an die Arbeitgeberverbände heißt es:

„Der Arbeitsnachweis ist für die Unternehmer in allen Fällen von ungeheurer Wichtigkeit. Es ist keine Phrase, wenn gesagt wird, daß derjenige, der einen gut ausgebauten Arbeitsnachweis in der Hand hat, die Arbeitsbedingungen regulieren kann. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es muß unbedingt dahin getrachtet werden, daß in Streikfällen den Arbeitgebern Arbeitswillige in genügender Anzahl und von ausreichender Qualität zugewiesen werden. Das ist nur durch den Arbeitgeberarbeitsnachweis möglich. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun, die Durchführung dieser Maßregel wäre ein Kampfmittel ersten Ranges." (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

In dem geheimen Rundschreiben wird bezüglich des Hamburger Systems gesagt:

„In Hamburg wird der Arbeitgeber verpflichtet, alle offenen Stellen beim Nachweis anzumelden, und zwar mit präzisen Angaben über verlangte Fachkenntnisse, gewünschtes Alter sowie über Lohn und Arbeitszeit, die der Arbeiter zu erwarten hat. Der Arbeitsuchende muß einen Ausweis über Kranken- und Invalidenversicherung, etwaige Zeugnisse und den Entlassungsschein vom letzten Arbeitgeber vorlegen. Alle Meldungen werden in ein Meldejournal eingetragen. Aus ihrer Zahl suchen die Beamten für jede gemeldete Stelle einen geeigneten Arbeiter heraus, geben ihm einen auf die betreffende Stelle lautenden, nur einen Tag geltenden Ausweisschein und senden ihn zu dem Unternehmer. Die großen Erfahrungen, über welche der Nachweis namentlich auf Grund des Personalkartensystems verfügt, ermöglichen in der Regel eine so vortreffliche Auswahl, daß der Arbeitgeber den ihm zugesandten Arbeiter ohne weiteres einstellt. Lehnt er dies aber ab, so macht er einen entsprechenden Vermerk auf den Nachweisschein, und der Arbeiter gilt weiterhin als arbeitslos. Arbeiter, die ausnahmsweise ohne Schein angestellt sind, müssen nachträglich zur Abholung eines solchen den Nachweis aufsuchen. Wird er ihnen versagt, so müssen sie wieder entlassen werden." (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das wichtigste dabei ist das Personalkartensystem. In dem Rundschreiben ist bemerkt, daß der Nachweis im Besitze von

200 000 Personalkarten

ist! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) **Auf diesen Karten sind nicht nur die Personalien der Arbeiter angegeben, nein, alles, was die Unternehmer gegen sie haben, wird eingetragen! Diese Personalkarte ist gewissermaßen**

das Sündenregister des Arbeiters.

Den Beamten ist es streng verboten, etwa einem Arbeiter zu sagen, daß er auf der schwarzen Liste steht, sondern sie dürfen ihm als „Grund" der Nichteinstellung nur sagen:

„Wir haben keine Arbeit!"

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch zur

Erdrosselung von Sperren

werden die Arbeitsnachweise benutzt. Besteht eine Sperre, so soll der Nachweis so lange für alle anderen Unternehmer gesperrt bleiben, bis der gesperrte Unternehmer genügend Arbeiter hat; **Arbeiter, die nicht nach dem gesperrten Betriebe gehen wollen, werden wie Streikende behandelt!** (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn schon die Stimmen aus Unternehmerkreisen klar erkennen lassen, wohin der Weg geht, so wird die Sachlage erst recht geklärt durch

die Praktiken des Mannheim-Ludwigshafener Nachweises,

auf die Herr Giesberts bereits hingewiesen hat. Die Unternehmer haben bestritten, daß das schwarze Buch 1300 Namen enthalten soll. Herr Giesberts hat von der Tribüne des Reichstages aus gesagt, daß er eine Abschrift des schwarzen Buches in Händen hat, und er kann bestätigen, daß alles, was über die Praktiken dieses Nachweises in die Oeffentlichkeit gekommen ist, voll der Wahrheit entspricht. Es wird eingetragen in das schwarze Buch Geburtsort, Datum, Alter, Militärverhältnis, die Wohnung, die letzte Arbeitsstelle, besondere Fähigkeiten des Arbeiters. Und dann! wie die Papiere sind! Dabei wird unterschieden zwischen „mittelgut", „sehr gut" und „schlecht"! Wer entscheidet nun, ob die Papiere die eine oder die andere Eigenschaft haben? Das kann doch nur eine ganz untergeordnete Person tun. Mit diesen Bemerkungen im Buche wird den Arbeitern bereits ein Brandmal aufgedrückt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Für eine weitere Rubrik besonderer Bemerkungen gilt eine

Zeichensprache.

Also nur Eingeweihte können wissen, **was die Bemerkungen bedeuten.** Wenn z. B. ein

„Oh"

eingetragen ist, dann heißt das „Sperren bis auf Gegenbefehl!" Der Schalterbeamte ist verpflichtet, genau zu prüfen, ob der Arbeiter in einer der schwarzen Listen steht, die dem Arbeitsnachweis von den Unternehmern zugesandt werden. Ist das der Fall, dann wird er ohne weiteres abgelehnt werden. Steht er nicht drin, so muß der Arbeiter erst noch an einen

anderen Schalter, wo geprüft wird, ob er etwa in dem berühmten schwarzen Buch steht. Und bekommt er schließlich den Zulassungsschein, so hat er damit noch keineswegs die Gewähr, daß er Arbeit bekommt, sondern es ist immer noch in das Ermessen des Arbeitgebers gestellt, ob er ihn anstellen will. Ist das nicht der Fall, so muß der Arbeiter innerhalb zweier Tage den Zuweisungsschein dem Nachweis zurückliefern. Tut er das nicht, so bekommt er

zur Strafe 14 Tage lang keine Arbeit!

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es wird angenommen, daß der Arbeitsnachweis von Mannheim-Ludwigshafen für zirka 4000 bis 5000 Arbeiter gesperrt ist. In dem schwarzen Buch sind als Gründe für die Nichtanstellung verzeichnet: Pfuscherei, Krankheit, Betrug, Faulheit, Schwindelei, Trunksucht, minderwertige Arbeit, Simulation, persönliche Differenzen, Kontraktbruch, zu hohe Lohnansprüche (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten).

„Hauptagitator", „Anarchist", „Parteifunktionär".

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Einer wird als „stiller Heyer" bezeichnet (Heiterkeit und Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), einer hat in Versammlungen geprahlt, zehn sollen „Rädelsführer bei Streiks" sein, drei stehen im Buch, weil sie „eine soziale Tätigkeit entfaltet" haben (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), acht weil sie „Streikposten gestanden" haben! Wie gesagt, stehen auch einige wegen Krankheit darin, so einer wegen Leistenbruchs! (Pfuirufe bei den Soz.) Ein anderer steht im schwarzen Buch, weil er einen Herzfehler hat! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Innere des Menschen muß sich empören, wenn man so etwas liest. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das ist

der Inbegriff aller Niedertracht und Schlechtigkeit.

Strolche und Wegelagerer, die ahnungslose Menschen hinterrücks überfallen, werden hier von deutschen Kapitalisten in den Schatten gestellt. (Erneute lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Genau dasselbe Bild würde der Nachweis in Hamburg bieten, wenn wir die Akten hätten, und der Nachweis, der für den Bergbau errichtet werden soll, soll genau so eine

Menschenfalle

werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Formulare, die ich in Händen habe, beweisen klar, daß auch dort das Personalkartensystem angewandt werden soll.

In der Presse hat man gesagt, die schwarzen Listen sollen beseitigt werden. Der preußische Handelsminister muß furchtbar weltfremd sein (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), denn er hat gesagt, er sehe darin eine ganz wesentliche Verbesserung, weil danach die Arbeiter nicht mehr 6 Monate wie jetzt, sondern nur noch 14 Tage mit Hunger bestraft würden! Nun, die schwarzen Listen werden nicht verschwinden, sondern sie bleiben noch wie vor bestehen. Nur insoweit tritt eine Aenderung ein, als sie nicht mehr den einzelnen Unternehmern, sondern dem Arbeitsnachweis zugestellt werden. Dadurch soll aber der Gedanke, der ihnen zugrunde liegt, überhaupt erst richtig zur Durchführung gebracht werden. Die Unternehmer haben nämlich die Erfahrung gemacht, daß manche Arbeitgeber die schwarzen Listen überhaupt nicht ansehen, und deshalb soll dem einzelnen Unternehmer die Kontrolle genommen und dem Arbeitsnachweis übertragen werden, also Beamten, die unter der Fuchtel der Unternehmer stehen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten!) So soll jene Knebelung erreicht werden, die man durch die schwarzen Listen seit Jahren versucht hat. Die schwarzen Listen sollen für die Bergherren ein Mittel sein, um die Gesetze zum Schutze der Arbeiter zur weißen Salbe zu machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Durch sie kann man unbequeme Arbeiter leicht loswerden. Damit aber sind die Unternehmer noch nicht zufrieden, sie wollen nicht nur Arbeitsnachweise lokal und für einzelne Berufe in abgeschlossenen Wirtschaftsgebieten, sondern die Arbeitsnachweise sollen zentralisiert werden. Der Zentralisierungsgedanke, mit dem sie sich seit langem tragen, steht kurz vor der Verwirklichung. Ueber den Zweck dieser Maßnahme wurde auf einer Konferenz der Unternehmer gesagt:

„Wir müssen unsere Nachweise eng aneinander schließen, damit wir ein Netz bilden, in dem wir die Streiker fangen können." (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Arbeitsnachweis richtet sich

direkt gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter!

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die gewaltige Entwickelung der gewerkschaftlichen Organisation, die Ausbreitung der Tarifidee und die damit verbundene Zurückdrängung des Despoten aus dem Arbeitsverhältnis war den Unternehmern schon lange ein Dorn im Auge. Das Großkapital will bei uns herrschen, die Arbeiter sollen Knechte sein. In einer Versammlung des zentralen Unternehmerverbandes wurde gesagt:

„Einer schrecklichen Zukunft gehen wir entgegen, wenn nicht bald andere Wege eingeschlagen werden und es dem Arbeiter deutlich gemacht wird, daß er als Knecht geboren ist (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und auch als solcher sein Leben zu verbringen hat. Das, was er sich einbildet, als seinen rechtmäßigen Arbeitsverdienst zu betrachten, ist eine ihm in Gnaden gewährte Zuwendung, für die er sich dankbar zu erweisen hat."

(Lebhaftes Hört! hört! und Pfuirufe bei den Sozialdemokraten.) Solche Ausdrücke beweisen, daß der Kapitalismus bereits vom

Cäsarenwahn

befallen ist. Alles soll sich seinem Willen beugen: Regierung, Reichstag, das ganze Volk. Ich erinnere an

die Geheimkonferenz im Palasthotel,

wo der Geh. Rat Uthmann sagte: „Wir sind Herren im Hause, wir lassen die Arbeiter nicht hineinreden." — Und Geheimrat Hilger sagte: „Wenn wir dem Herrn Minister immer wieder das Rückgrat stärken, indem wir treu auf unserem Standpunkt beharren, und es geht vielleicht der zweite, der dritte, der vierte, der fünfte Minister, so wird sich das Blättchen schließlich zu unseren Gunsten wenden; ich glaube, wir sind schon im Uebergang begriffen." (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Die Minister, besonders die in Preußen, waren schon von jeher in Abhängigkeit von den Junkern, und heute sind sie es auch vom Großkapital. Auch der Reichstag soll nach dem Willen jener Herrschaften nach der Pfeife der Kapitalsprotzen tanzen.

Der „Julisturm" der Unternehmer

ist ja zu diesem Zweck errichtet worden. Auf Konto seiner Finanzen sollen Knechte für das Kapital geworben werden nicht nur auf der rechten Seite des Hauses und bei den Nationalliberalen, nein — man hat auf dieser Konferenz gesagt: Vor allem auch im Zentrum sind brave Kerle, wenn es sich darum handelt, die Interessen des Großkapitals zu wahren! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Kapital will durch Aufrichtung seiner Herrschaftsmacht die Gesetze illusorisch machen, vor allem das Koalitionsrecht und die Freizügigkeit. In neuerer Zeit maßen sich die Kapitalisten sogar das Recht zum strafen an und verhängen Strafen von einer Schwere, wie sie unsere Gesetzbücher auch für die schwersten Verbrecher nicht kennen. Wir kennen in Deutschland keine kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs, der Bergarbeiter aber wird dafür mit 14 Tagen Hunger bestraft, und nicht bloß mit Hunger für seine Person, sondern für seine ganze Familie! Diejenigen, die sich dem Willen und der Herrschaft des Kapitals nicht beugen, bestraft man mit Aechtung und macht es ihnen unmöglich, Arbeit zu erhalten. Kann es geduldet werden, daß eine Handvoll heutegieriger Kapitalisten weite Volkskreise in der Weise schädigen? (Mit der Faust auf den Tisch schlagend) Ich sage nein! Das ist nicht nur die Meinung der Sozialdemokraten, sondern auch in der bürgerlichen Presse ist dies zum Ausdruck gekommen. Soll Unglück verhütet werden, so muß die Gesetzgebung einschreiten, und zwar muß schnelle Arbeit gemacht werden! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Versäumt die Gesetzgebung ihre Pflicht, so droht dem deutschen Volke großes Unheil. Die Knebelung der Arbeiter durch die Zuchtrute des Arbeitsnachweises muß zu einem gewaltigen Ringen zwischen Kapital und Arbeit führen, zu Kämpfen, die das gesamte wirtschaftliche Leben erschüttern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Würde das arbeitende Volk sich solche Unterdrückung gefallen lassen, so würde es in die elendeste

Sklaverei

verfallen. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und mit der Vorwärtsentwicklung wäre es vorbei! Darüber herrscht in Arbeiterkreisen nur eine Meinung.

In der „Germania" hat der christliche Arbeiterführer Effert ausgeführt, daß der Kampf notwendig ist zur Selbsterhaltung der Bergarbeiter. Er sagt, ein Kampf muß beginnen, wie ihn Deutschland noch nie gesehen hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht nicht am 1. Januar, aber sobald die nächste Hochkonjunktur sich zeigt. Und er schließt: Der Kampf wird von einer Arbeiterschaft geführt werden, die sich bewußt ist, daß es die höchsten Güter gilt, die Ehre und die Freiheit! (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn selbst christliche Führer eine solche Sprache führen, so zeigt das den Ernst der Situation. Weiter zeigt sich darin, daß, wenn es sich um die Wahrung von Arbeiterinteressen handelt, die Arbeiter, gleichgültig, welcher Religion und welcher Partei sie angehören, in erster Reihe Arbeiter und klassenbewußt sind. Dann muß alles Trennende schwinden und die Arbeiter werden den Kampf um ihre gemeinsamen Rechte

bis zum Weißbluten

führen. Die Notwendigkeit des gemeinsamen Zusammenstehens lernen die Arbeiter von den Herren des Großkapitals. Nicht auf der Rechten und bei den Nationalliberalen allein sitzen diese, sondern auch im Zentrum! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und es wäre sehr interessant, zu erfahren, wie diese über den Knebelungsversuch der Arbeiter denken. Wenn der Arbeitsnachweis eingeführt wird, werden wir wohl feststellen können, daß die Bergherren des Zentrums sich an dieser Arbeiterknebelung genau so beteiligen wie alle anderen. Wenn es gegen die Arbeiter geht, sind alle Unternehmer einig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dies Beispiel muß aber auch die Arbeiter zusammentreiben.

Wir ständen heute schon im Bergbau vor einem gewaltigen Streik, wenn die Führer der Organisationen nicht alles aufgeboten hätten, ihn zu verhindern. Im Vertrauen auf die Gesetzgebung und im Bewußtsein, daß den Bergherren im Augenblick ein Streik sehr angenehm wäre (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.), haben die Arbeiter von dem Streik Abstand genommen. Sie haben damit taktisch klug gehandelt. Der Gesetzgebung soll jetzt Gelegenheit gegeben werden, etwas zu tun. Und den Bergherren dürfte nicht die Möglichkeit gegeben werden, während eines Streiks die Vorräte an Kohlen zu beseitigen, um dann die Konsumenten von neuem schröpfen zu können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Taktisch klug müssen die Arbeiter auch in der nächsten Zukunft handeln. Sie dürfen nicht in einen Kampf gehen zu einer Zeit, die dem Unternehmertum angenehm ist. Die Zeit muß vielmehr so gewählt werden, daß die Möglichkeit für die siegreiche Durchführung des Kampfes im Interesse der Arbeiter gegeben ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter haben Vertrauen auf die Gesetzgebung gezeigt, hoffentlich werden sie nicht getäuscht. Der Reichstag und die Regierung haben eine große Verantwortlichkeit; wenn sie in diesem Moment nicht das tun, was nötig ist, sind sie mitschuldig an dem, was kommen wird. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Gedanke läge nahe, die Bergherren zu expropriieren. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das wäre das beste!) Aber wir wollen nur das Nächstliegende nehmen, wir müssen in allernächster Zeit ein Gesetz bekommen, durch das die Arbeitsnachweisfrage geregelt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daher fragen wir den Reichskanzler, ob er willens ist, eine solche Vorlage dem Reichstage in allernächster Zeit zugehen zu lassen.

Auf die Dauer kommen wir nicht um die reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung herum, die erste Voraussetzung hierfür ist aber ein Arbeitsnachweis, der nicht in den Händen der Unternehmer liegt, sondern von einem Unparteiischen geleitet oder auf paritätischer Grundlage aufgebaut ist. Diese Sache ist heute nicht mehr schwer, in dem englischen Vorgehen haben wir ja ein ganz herrliches Beispiel. Die übergroße Mehrzahl des Volkes wünscht solche paritätischen Arbeitsnachweise. Die Regierung schlägt ja auch vor, den Verband deutscher Arbeitsnachweise zu subventionieren, und bringt damit denselben Gedanken zum Ausdruck. Auch in den Arbeitskammergesetzentwurf haben wir eine Bestimmung hineingearbeitet, die den Arbeitskammern das Recht zur Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise gibt, und soweit es bekannt geworden ist, ist die Regierung dem beigetreten. Dazu kommt, daß es sich bei den heute bestehenden Arbeitsnachweisen in der Hauptsache schon um solche handelt, die unter unparteiischer Leitung stehen oder eine paritätische Grundlage haben. Die notwendigen Erfahrungen sind also vorhanden, und an dem guten Willen darf die Sache nicht scheitern. Der gute Wille muß vorhanden sein. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Arbeitsnachweis muß als Kampfobjekt dem wirtschaftlichen Kampf entzogen werden. Es darf nicht geduldet werden, daß von einer Handvoll Leuten Arbeiter in Acht und Bann getan werden. Wo sind denn beim einseitigen Arbeitsnachweis Garantien gegen willkürliche Denunziationen gegeben, gegen unwahre Anschuldigungen in den Personalakten der Arbeiter? Durch die subjektive Auffassung eines sogenannten Vorgesetzten können zahllose Arbeiterexistenzen an den Rand des Abgrundes gebracht werden. So etwas ist schrecklich; das kann nur begreifen, wer es kennt. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Geächtete läuft mit einem Brandmal umher und geht körperlich und seelisch zugrunde. Daher muß die Gesetzgebung eingreifen und schnelle Arbeit machen. Millionen von Arbeitern erwarten, daß der Reichstag

ein beruhigendes Wort

sprechen wird und daß die Regierung das Notwendige tut. Mögen die Regierenden die Harrenden und Hoffenden nicht täuschen. Sollte es wider Erwarten doch geschehen, so können Sie sicher sein, daß die Zeit kommt, in der das Volk sagt:

„Eine Grenze hat Tyrannenmacht!"

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie die Unterdrückung der Arbeiter nicht auf gesetzlichem Wege beseitigen, so tragen Sie die Mitverantwortung für alles, was daraus entsteht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück:

Nach meiner Ueberzeugung ist die Frage für eine Regelung, wie sie die Interpellanten wünschen, heute zum mindesten noch nicht reif. Den Anlaß zu der Interpellation hat der Umstand gegeben, daß im Ruhrrevier vom Zechenverband ein Arbeitsnachweis mit Zwangscharakter für die Zechenbesitzer und dementsprechend auch mit indirektem Benutzungszwang für die Arbeiter eingerichtet worden ist. Ich habe zu prüfen, ob diese Einrichtung mit den bestehenden Reichsgesetzen im Einklang steht. Ich habe zu prüfen, ob die Vorgänge im Ruhrrevier Anlaß zu einem alsbaldigen Eingreifen der Gesetzgebung bieten. Nun ist die erste Frage, ob der Arbeitsnachweis im Ruhrrevier und ähnliche Einrichtungen im Einklang mit den bestehenden Gewerbegesetzen steht, von den beiden Rednern nur gestreift worden. Ich möchte aber doch mit wenigen Sätzen daran erinnern, daß weder das Gesetz über die Freizügigkeit, noch die Bestimmung des § 152 der Gewerbeordnung über die Koalitionsfreiheit, die gleichmäßig für Arbeitgeber und für Arbeitnehmer besteht, ein Hindernis bilden für die Einrichtung eines derartigen Arbeitsnachweises! Der Arbeiter hat das Recht, sich seinen Wohnsitz zu suchen und zu sehen, ob sich ihm dort Arbeitsgelegenheit bietet. Ein Recht auf Arbeit an einem bestimmten Orte und bei einem bestimmten Unternehmer hat er nicht. Es steht dem Unternehmer frei, sich seine Arbeiter auszuwählen, es steht dem Unternehmer und seinen Organisationen frei, die Beschäftigung bestimmter Arbeiter abzulehnen. Ebenso wie es dem Arbeiter und seinen Organisationen freisteht, bestimmte Betriebe und Arbeitgeber von der Verwertung ihrer Arbeitskraft auszuschließen, d. h. zu sperren.

Ist es nun richtig, daß die Einrichtungen im Ruhrgebiet, die heute Gegenstand der Kritik gewesen sind, mit den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen im Einklange stehen, nicht bloß mit dem Buchstaben, sondern auch mit dem Sinn und Geist der Gesetze, so habe ich mich heute nicht weiter zu beschäftigen mit dem, was der preußische Handelsminister in dieser Angelegenheit getan hat. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Was die Regierungen und Bundesstaaten und die verantwortlichen Minister der Bundesstaaten im Rahmen der Reichsgesetzgebung tun und lassen, entzieht sich verfassungsmäßig der Einflußnahme des Reichskanzlers und dementsprechend auch der Erörterung dieses Hauses. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Der preußische Handelsminister wird aber

im Abgeordnetenhause

(Aha! bei den Sozialdemokraten.) Gelegenheit haben und gern bereit und imstande sein, diejenigen Angriffe zu widerlegen, die man hier und anderwärts gegen sein Verhalten in der Angelegenheit vorgebracht hat.

Nun zur zweiten Frage: Der Abg. Giesberts hat zutreffend mitgeteilt, was in dem Statut des Zechenarbeitsnachweises enthalten ist. Wenn man diese Bestimmungen objektiv ansieht, so wird man sagen können:

Wenn

sie dem Buchstaben nach loyal gehandhabt werden, so würden eigentlich keine Bedenken dagegen zu erheben sein. Man könnte nun fragen: Ist die reine Möglichkeit, daß dieser Arbeitsnachweis der Zechenverwaltung nicht loyal, nicht entsprechend dem Wortlaut gehandhabt wird, ein hinreichender Grund, heute schon mit der Gesetzgebung vorzugehen? Sollte man nicht warten, ob die Befürchtungen, die man hegt, sich tatsächlich bestätigen werden? Demgegenüber kann man mit einem gewissen Recht einwenden: Das ist richtig, aber dieser Arbeitgebernachweis ist nichts Neues, er ist errichtet nach Maßgabe des Hamburger Systems! Nun mag es sein, daß der Arbeitsnachweis im Ruhrrevier dem sogenannten Hamburger System nachgebildet ist. Ich möchte aber feststellen, daß mir ein Vertreter des Zechenverbandes gesagt hat: Wir denken gar nicht daran, den Arbeitsnachweis nach Hamburger System ohne weiteres in das Ruhrrevier zu übertragen; unser Arbeitsnachweis ist milder organisiert als das nach dem Hamburger System möglich ist. (Abg. Hué ruft: Glauben Sie das?) Ich habe keine Veranlassung, es nicht zu glauben, so lange ich nicht in der Lage bin, das Gegenteil zu beweisen.

Der Vertreter des Zechenverbandes hat mir versichert, wer den Streik von 1905 mitgemacht habe, seine Schrecken, seine schlimmen Folgen für Unternehmer und Arbeiter, der werde alles unterlassen, was einen derartigen Streik neuerdings heraufbeschwören könnte. (Abg. Hué ruft: Sind auch Arbeiter gehört worden?) Ich kann nur mitteilen, was mir mitgeteilt worden ist. Wenn Sie es nicht glauben wollen, dann lassen Sie es. (Abg. Hué: Das ist keine Antwort auf meine Frage!)

Nun hat man auf eine Reihe von Vorkommnissen hingewiesen, die sich unter der Herrschaft ähnlicher Arbeitsnachweise abgespielt haben sollen, und man hat insbesondere Bezug genommen auf Vorgänge in Mannheim und Ludwigshafen. Ich kann die Richtigkeit dieser Angaben nicht nachprüfen. Das ist aber auch meiner Ansicht nach für die Entscheidung der Frage gar nicht notwendig. Denn darüber kann sich ja ein unbefangener Mensch nicht täuschen, daß derartige Arbeitsnachweis-Einrichtungen gemißbraucht werden können, daß sie zu Mißständen führen können. Es fragt sich nur: Sind diese Mißstände derartig und so groß, daß man noch ein Gesetz über die Koalitionsfreiheit machen soll oder nicht?

Mein Vorgänger hat sich im Anfang dieses Jahres über die Koalitionsfreiheit und die Zweckmäßigkeit eventueller weiterer gesetzlicher Bestimmungen hier geäußert. Er ist zu dem Ergebnis gekommen, daß es nicht notwendig ist, zu einer Aenderung dieses Gesetzes jetzt zu kommen. Diese Auffassung teile auch ich. Es würde sich im vorliegenden Falle um eine Einschränkung der Koalitionsfreiheit handeln. Halten Sie sich immer gegenwärtig, daß im § 153 der Gewerbeordnung nicht nur von Arbeitern und Gewerbegehilfen, sondern auch von Gewerbetreibenden die Rede ist, und daß gerade in dieser Parität der Gewerbetreibenden und ihrer Arbeiter die einzige gesetzliche Rechtfertigung für die schrankenlose Freiheit liegt, die die Gewerbeordnung hinsichtlich der Koalitionsfreiheit statuiert hat. (Sehr richtig! rechts.) Und das Verbot einer bestimmten Art einseitiger Arbeitsnachweise würde zweifellos ein Eingriff in die Koalitionsfreiheit sein. (Zuruf b. d. Soz.: Ach keineswegs.) Die Herrschaft auf dem Arbeitsmarkt, d. h. um den Arbeitsnachweis, spielt sich ab in dem Rahmen der Koalitionsfreiheit, wie sie der § 152 der Gewerbeordnung gewährleistet. Und wenn Sie an eine Beschränkung dieser Koalitionsfreiheit gehen, so werden Sie keinen Gesetzgeber der Welt finden, der diese Koalitionsfreiheit einseitig festlegt, sondern wir werden unter allen Umständen daran festhalten müssen, daß das, was wir rechts geben, auch links gegeben, und was wir rechts nehmen, aus links genommen wird. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben sich des Arbeitsnachweises bedient mit vollem Bewußtsein als eines Machtmittels im Kampfe hinsichtlich der Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Nicht die Arbeitgeber haben den Arbeitsnachweis mit Zwangsbenutzung erfunden, sondern es ist eine Erfindung der Arbeitnehmer, und ein großer Teil der Arbeitnehmer hat auf dem Standpunkt gestanden, daß der obligatorische paritätische Arbeitsnachweis abzulehnen sei (Sehr richtig! rechts), so lange sie glaubten, daß der einseitige Arbeitnehmernachweis mit Benutzungspflicht für ihre Zwecke vorteilhafter war. (Sehr wahr! rechts.) Ich glaube, noch im Jahre 1907 hat der Textilarbeiter-Verband einen Arbeitsnachweis mit der ausgesprochenen Absicht begründet, dadurch einen Einfluß auf den Arbeitsmarkt zu ungunsten der Unternehmer zu erlangen. (Hört! hört! rechts.) Das ist Ihr gutes Recht. Ich frage nur: Ist es zweckmäßig, heute anzufangen mit einer Beschränkung der Koalitionsfreiheit bei den Unternehmern, der sehr bald auch einmal eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit bei den Arbeitern folgen könnte? Ich halte daran fest: Das Koalitionsrecht des § 152 der Gewerbeordnung ist eine absolut paritätische Einrichtung. Sie kommt den Arbeitnehmern wie den Arbeitgebern gleichmäßig zugute. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Maschinengewehre!)

Nun verlangen Sie, daß von drei möglichen Formen des Arbeitsnachweises der paritätische, öffentliche Arbeitsnachweis obligatorisch und der einseitige Arbeitgeber- und Arbeitnehmernachweis durch die Gesetzgebung ausgeschlossen werden soll. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: beiderseitig!) Hat denn aber wirklich die Entwickelung der Dinge dazu Veranlassung gegeben? Ich habe eine große Anzahl von Tarifverträgen durchsehen und feststellen lassen, wie die Frage des Arbeitsnachweises geregelt ist. Es ergibt sich aus diesen Zahlen, daß der paritätische Arbeitsnachweis sich keineswegs der Verbreitung erfreut, die man voraussetzen müßte, wenn er wirklich so vortrefflich wäre, wie unsere Sozialtheoretiker im allgemeinen annehmen. Es ergibt sich ferner, daß in einer großen Zahl von Fällen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf den Nachweis der einen oder anderen Partei geeinigt haben. An dem einseitigen Arbeitsnachweis wird auch jetzt noch in vielen Fällen von beiden Teilen festgehalten. Im paritätischen, öffentlichen Arbeitsnachweis liegt eine gewisse technische Schwerfälligkeit. Es ist für einen großen paritätischen, öffentlichen Arbeitsnachweis sehr viel schwieriger, sowohl besondere Wünsche der Arbeitgeber zu befriedigen, als auch den einzelnen Arbeiter seiner Fähigkeit entsprechend zu placieren. Es ergeben sich aber auch noch eine Reihe anderer gewichtiger Bedenken. Was soll werden, wenn Arbeitgeber es ablehnen, in den paritätischen Nachweis einzutreten, oder wenn beisitzende Arbeitnehmer aus irgend einem Grunde die Geschäfte im Nachweis niederlegen? Sie verweisen auf die unbeteiligte Spitze in der Person eines Staats- oder Kommunalbeamten. Dieser wird dann sehr häufig in die unbequeme Lage kommen, in schwierigen Fragen allein entscheiden zu müssen, und dann wird wieder die Klage über den jetzt schon so sehr bekämpften Bureaukratismus

laut werden. Trotz aller dieser Bedenken stehe ich aber keineswegs auf dem Standpunkte, daß man die Idee des Arbeitsnachweises als solche von der Hand weisen soll. Ich meine nur, daß die Zeit dazu noch nicht gekommen ist, daß wir wohl sogar noch lange werden warten müssen, bis wir zu der Möglichkeit eines obligatorischen Arbeitsnachweises gelangen.

Es ist an sich wohl erstrebenswert, zu einem öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweis zu kommen. Es wird bereits in diesem Sinne gearbeitet. In dem Entwurf über das Stellenvermittelungswesen ist auch die Bestimmung enthalten, das gewerbsmäßige Stellenvermittler die Konzessionen nur erhalten, wenn ein wirkliches Bedürfnis vorliegt, und daß das Bedürfnis zu verneinen ist, wenn ein öffentlicher Arbeitsnachweis in hinreichender Weise für die Vermittelung sorgt. Dem Reichstag werden demnächst auch im Arbeitskammergesetzentwurf weitere Mittel zur Erreichung dieses Zieles an die Hand gegeben werden, allmählich zu einem paritätischen und obligatorischen Arbeitsnachweis zu gelangen. Ich bin der Meinung, daß die Verhältnisse bei uns heute nicht derartig sind, daß wir schon jetzt durch ein Gesetz den öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweis obligatorisch vorschreiben können. Das wird erst allmählich erreicht werden können und müssen.

Persönlich möchte ich gegenüber dem Abg. Bömelburg, der uns völlige Abhängigkeit von den Zechenherren zum Vorwurf gemacht, bemerken: Wir wissen uns völlig frei von einer unberechtigten Abhängigkeit, wir fühlen uns völlig frei von dem Streben, der einen oder der anderen bestimmten Gruppe zu gefallen. (Lachen b. d. Soz.) Wir sind lediglich bestrebt, im Widerstreit der Interessen die Linie zu finden, die uns die Möglichkeit gibt, das nach Lage der Dinge Erreichbare und Zweckmäßige zu schaffen. Das ist der Grund, warum wir so selten in der Lage sind, in diesem hohen Hause zu sprechen, ohne daß wir eigentlich auf allen Seiten mehr oder weniger Widerspruch finden.

Wenn der Abg. Bömelburg der Ansicht ist, daß wir bei dieser Gelegenheit das Interesse der Massen der deutschen Arbeiter nicht hinreichend gewahrt haben gegenüber dem eng begrenzten Interesse einer kleinen Unternehmerschaft, so ist er in einem Irrtum begriffen. Man darf doch nicht vergessen, daß die Zechenherren nur zum kleinen Teil Eigentümer des Kapitals sind, das in den Zechen arbeitet. Dieses Kapital ist über das ganze deutsche Volk verbreitet: in den Händen kleiner Rentner, armer Witwen usw. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wir erfüllen nur unsere Pflicht, wenn wir ernstlich bestrebt sind, ausgleichende Gerechtigkeit zu üben an all' denen, die an den großen Betrieben unmittelbar beteiligt sind. (Beifall rechts.)

Auf Antrag des Abg. Frhr. **v. Hertling** (Z.) und **Singer** (Soz.) findet eine

Besprechung der Interpellation

statt.

Abg. **Beuchelt** (k.): Ich kann nicht finden, daß auch nur durch einen Paragraphen des geplanten Nachweises die Vertragsfreiheit und die Freizügigkeit beschränkt werde. Bei objektiver Untersuchung wird man finden, daß den Arbeitern kein Recht, das sie besitzen, genommen wird. Paragraph 6 schreibt ausdrücklich vor, daß den Wünschen der Arbeiter nach Möglichkeit Rechnung getragen werden muß. Nur die Einhaltung der Kündigungsfrist und die Unterlassung des Kontraktbruchs wird von den Arbeitern verlangt. Dem kostspieligen Umschauen wird ein Ende gemacht, dadurch werden den Arbeitern materielle Vorteile geboten. Es geht jetzt alles in voller Oeffentlichkeit vor sich. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Unfaire Handlungen werden wir auch verurteilen. Das Kohlensyndikat hat ausdrücklich erklärt, daß etwaige Mängel, die sich herausstellen, abgestellt werden sollen. Wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln. (Sehr richtig! rechts.) Gegen eine gesetzliche Regelung sind wir entschieden. (Bravo! rechts.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr; vorher dritte Beratung des Nachtragsetats.

Schluß 1/2 7 Uhr.

Jugendbewegung.

Polizeikampf gegen die Jugendorganisationen.

Zum Montag hatte die freie Jugendorganisation in Steglitz und Umgegend eine öffentliche Jugendversammlung in Lankwitz einberufen. Die Besucher fanden aber am Versammlungsabend den Eingang des Saales von Polizei besetzt, die dem Einberufer mitteilte, daß sie vom Amtsvorsteher des Törschens den Befehl erhalten hätte, die Versammlung unter keinen Umständen stattfinden zu lassen, da das Programm ein offenkundig politisches sei. Ein anwesender Gendarm war ferner so liebenswürdig, dem Einberufer mitzuteilen, daß dies auf Anordnung der Regierung geschähe. Derselbe Beamte erklärte dem letzteren, daß, wenn er die Versammlung im Amtsblatt publiziert hätte, er ohne weiteres eine Bescheinigung erhalten hätte und die Versammlung mit Ueberwachung ruhig hätte stattfinden können. Da dies aber nicht geschehen sei und die Polizei für die Durchführung der Gesetze Sorge zu tragen hätte, müßte diese Versammlung auf jeden Fall verhindert werden. Der Vorsitzende forderte den Beamten kraft seines Hausrechtes auf, den Saal zu verlassen; dem Beamten erschien das unbegreiflich. Er drohte, Gewalt anzuwenden, der die Anwesenden natürlich weichen mußten. Zur „richtigen" Durchführung der Gesetze war anscheinend die ganze Polizeimacht von Lankwitz aufgeboten, als da waren ein Kommissar, zwei Amtsdiener, zwei Gendarmen und ein Nachtwächter. Der Vorsitzende ließ, nachdem der Eintritt in den Saal mit Gewalt verwehrt worden war, eine Mitgliederversammlung stattfinden, der nach dreiviertelstündiger Tagung von den wiedererscheinenden Beamten gerade in dem Moment ein Ende bereitet wurde, als der Redner, Kollege Pötsch, die Heldentat des Kriminalbeamten Palm beleuchtete, der einen Jugendlichen zum Diebstahl und Verrat an seine Kameraden verleiten wollte. Vom Vorsitzenden und Redner darauf hingewiesen, daß dies eine Mitgliederversammlung und sein Vorgehen ungesetzlich sei, konnte der Beamte weiter nichts erwidern. Nach Feststellung des Redners forderte der Kommissar, der in der Versammlung eine Hintergehung des Gesetzes erblickte, den Vorsitzenden auf, nicht weiter tagen zu lassen, widrigenfalls er mit Gewalt den Raum räumen lassen würde. Die Leiter der Organisation werden Beschwerde erheben.

Aus Industrie und Handel.

Schwarzblauer Block-Segen.

Die Wirkungen der feudal-klerikalen Finanzreform machen sich auch in der Zündholzindustrie in Schlesien in der Habelschwerdter Gegend in peinigender Weise besonders für die Arbeiter bemerkbar. Daß davon noch nichts an die Oeffentlichkeit gedrungen ist, erklärt die Tatsache der dortigen Zentrumsherrschaft. Die Zeitungen dürfen es nicht wagen, von dem Elend der Arbeiter etwas zu berichten. Als die ultramontan-konservative Steuer beschlossen war, beeilte sich das Publikum, Zündhölzer zu kaufen, und bald waren bei den Krämern die Vorräte verschwunden. Darauf hielten die Fabriken und ihre Lagerhalter in den Städten die Ware zurück, so daß überhaupt keine Streichhölzer zu haben waren. Dann lieferten die Fabriken wieder, aber mit einem gewaltigen Aufschlag, und das Publikum kaufte. Auch aus dem Auslande wurden Zündhölzer in Massen eingeführt und zu erhöhten Preisen verkauft. Die Folge davon ist, daß jetzt der Absatz stockt und zahlreiche Arbeiter entlassen werden.

Die Zündholzfabrikanten der Grafschaft Glatz lassen nur noch vier Tage in der Woche arbeiten und noch größere Einschränkungen stehen bevor. Da für die Zündholzfabrikarbeiter Schlesiens bei regulärer Arbeitszeit ein durchschnittlicher Wochenverdienst von 13,12 Mark festgestellt worden ist, kann von einem menschenwürdigen Leben nicht die Rede sein. Auch Arbeitgeber anderer Branchen benutzen das durch die Krise in der Zündholzindustrie von Habelschwerdt geschaffene Ueberangebot von Arbeitskräften ebenfalls, um die Löhne ihrer Arbeiter zu kürzen. Wie die „Volkswacht" berichtet, schrieb die Firma W. Hagedorn in Habelschwerdt einem Arbeiter, der bisher einen Tagelohn von zwei Mark bei ihr verdiente, folgenden Brief:

Habelschwerdt, den 21. 11. 09.

Ab Montag, den 22. November 1909 zahle ich einen Tagelohn von 1,60 M. Stundenlohn ausgeschlossen. Arbeitszeit früh Punkt 7 Uhr antreten. Abends 6 1/2 Uhr: abtreten; späteres Antreten, früheres Abtreten hat 50 Pf. Strafe für jeden Fall zur Folge.

Ich stelle Ihnen vollständig anheim, ob Sie unter diesen Bedingungen die Arbeit behalten oder aufgeben. Versicherungskarte folgt anbei.

Ergebenst

(gez.) Georg Hagedorn.

„Antreten", „Abtreten"! Eine prächtige Illustration zu dem Kapitel von der Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit. An aufreizender Wirkung kann sie durch keine „Hetzrede" übertroffen werden. Und das alles dankt man den zentrümlichen und konservativen Arbeiterfreunden.

Neues Stahlwerk. Wie berichtet wird, hat sich unter Führung der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt und der Süddeutschen Diskontogesellschaft Mannheim eine Aktiengesellschaft gegründet zwecks Errichtung eines Stahlwerkes in Torgau. Das Aktienkapital beträgt 1 Million Mark.

Submissionsergebnis. Die königl. Eisenbahndirektion Berlin hatte für den 8. d. M. in öffentlicher Submission die Ausführung der Erdarbeiten für die Herstellung des Chausseekörpers der neu anzulegenden Strecke der Chaussee Spandau—Pichelsberg sowie die Herstellung des Bahnkörpers der Teilstrecke Bahnhof Rennbahn—Spandau ausgeschrieben. Für diese Submission sind im ganzen 49 Angebote auswärtiger Firmen eingegangen. Die Angebote bewegen sich in den Grenzen von 197 886 M. bis 886 180 M. Die Berliner Firmen haben ziemlich übereinstimmende Angebote abgegeben und zwar in Höhe von 250 000—280 000 M.

Eingegangene Druckschriften.

Süddeutsche Monatshefte. Heft 1. 1910. 1,50 M. München.

Die Hauskatze. Von W. Schuster. (Monographien unserer Haustiere. 2. Bd.) 1,40 M. Franckhsche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.

Die konstitutionelle Fabrik. Von H. Freese. 170 Seiten. G. Fischer, Jena.

Aus dem Tagebuch eines römischen Priesters. Von E. Smigelski-Atmer. 172 Seiten. F. W. Grunow, Leipzig.

Das Freudenhaus. Roman von A. Kuprin. Deutsch von S. Brauner. 171 Seiten. E. Murawkin, Berlin, Friedrichstr. 136.

Robinson Crusoe. Jugendbücherei 16—18. Von Daniel de Foe. 30 Pf. H. Hilger, Berlin W. 9.

Wie werde ich moralisch? Oder die Kunst sich sittlich zu entrüsten. Von K. Hauer. 26 Seiten. B. Sutter, München.

Der tolle Hund. Ein Weihnachtsbuch von F. Brupbacher und M. Todler. 113 Seiten. Arbeiterunion, Zürich, Sihlstr. 43.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft flau, Preise unverändert. Wild: Zufuhr nicht ganz genügend, Geschäft rege, Preise gut. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft still, Preise gedrückt. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft schleppend, Preise niedriger. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft etwas reger, Preise wenig verändert.

Adreßbuch

für

Berlin und seine Vororte

1910

ist erschienen

und wird in der Haupt-Expedition des „Berliner Lokal-Anzeigers", SW Zimmerstraße 36—41, zu den bekanntgemachten Preisen ausgegeben.

August Scherl.

181/9

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Darf ein Zechenarbeitsnachweis ein Maßregelungsbureau sein?

In der gestrigen Reichstagssitzung hat der Staatssekretär Delbrück sich als Manchestermann und Beschützer des in Bergwerksaktien investierten Kapitals in einer die Grundsätze des Koalitionsrechtes und der Notwendigkeit des Schutzes der Arbeitskraft völlig verkennenden Weise zu erkennen gegeben. Durchaus zu Unrecht hat der Staatssekretär sich auf eine angebliche Verletzung des Koalitionsrechts der **Arbeitgeber** berufen, falls den unter der Flagge von Arbeitsnachweisen eingerichteten Maßregelungsbureaus entgegengetreten würde. Es mag heute nur darauf hingewiesen werden, daß grundsätzlich ein klarer Unterschied zwischen dem Koalitionsrecht der **Arbeiter** und dem der **Arbeitgeber** besteht. **Die Maßregelungsbureaus haben mit dem § 152 der Gewerbeordnung und den durch diese Vorschrift aufgehobenen früheren landesrechtlichen Bestimmungen nicht das geringste zu tun.**

Die Maßregelungsbureaus und die von den Werksbesitzern geplanten Arbeitsnachweise enthalten einen ganz klaren **Eingriff in das Recht des Arbeiters, seine Arbeitskraft nach bester Möglichkeit zu verwenden.** Der **Gesetzgeber** hat die **Rechtswidrigkeit** des Vorgehens der Zechenbesitzer bereits **anerkannt.** Wir erinnern an den unter dem 17. März 1904 durch das Reichsgericht entschiedenen Prozeß eines Gußputzers gegen die Eisengießerei-A.-G. Keyling u. Thomas. Diese Firma war Mitglied des eingetragenen „Verbandes Berliner Metallindustrieller“. Die Mitglieder des Verbandes waren statutarisch verpflichtet, von besonders bestimmten Ausnahmefällen abgesehen, aus dieser Stelle ihren Bedarf an Arbeitern zu entnehmen. Der Arbeitsnachweis wurde für den Kläger auf Betreiben der beklagten Firma gesperrt. Der Arbeiter verlangte Schadenersatz, weil das Vorgehen der Firma **gegen die guten Sitten verstößt** und diese daher nach § 826 B.-G.-B. schadenersatzpflichtig sei. **Das Reichsgericht gab der Klage statt.** In den Gründen dieses Reichsgerichtsurteils (abgedruckt in den Entscheidungen Band 57 Seite 418) wird u. a. folgendes ausgeführt:

„Es kann mit Grund die Frage aufgeworfen werden, ob nicht eine Einrichtung, die einem Unternehmerverbande **einen so eminenten Eingriff in die Betätigung** der Arbeitskraft eines anderen ermöglicht, und bezw. die Betätigung der dadurch gegebenen Gewalt als **gegen das Gesetz** verstoßend anzusehen sei.

Nach § 113 Abs. 1, 2, 3 Gewerbeordnung ist der Arbeitgeber verpflichtet, dem Arbeiter beim Abgang ein **Zeugnis** über die Art und Dauer seiner Beschäftigung zu erteilen; es ist ihm aber verboten, wider dessen Willen darin ausdrücklich oder versteckt ein Urteil über ihn auszusprechen (vergl. Jurist. Wochenschrift 1897, Seite 350, Nr. 27), und er macht sich strafbar, wenn er gegen das Verbot im dritten Absatz des § 113 handelt (§ 146, Ziffer 3, Gewerbeordnung — Versehen mit Merkmalen). Nach diesen Vorschriften soll danach der Arbeitnehmer in die Lage versetzt werden, sich bei Aufsuchung neuer Arbeitsgelegenheit über Ort, Dauer und Art seiner früheren Beschäftigung auszuweisen; **es soll aber verhindert werden, daß ein etwaiges abfälliges Urteil des bisherigen Arbeitgebers denjenigen, bei denen der Arbeiter sich um Beschäftigung bewirbt,** ohne weiteres, d. h. ohne daß sie besondere Erkundigungen einziehen, zur Kenntnis gebracht werde. **Es liegt auf der Hand, daß der Erfolg dieser Bestimmungen, die dem Arbeitnehmer die Gewinnung neuer Arbeitsgelegenheit erleichtern sollen, und sich daher als zu dessen Gunsten getroffene Schutzvorschriften darstellen, durch eine Einrichtung, wie sie der oftgenannte Arbeitgeberverband in seiner Arbeitsnachweisstelle geschaffen hat, in weitgehender Weise beeinträchtigt wird,** und es liegt gewiß nicht fern, solche Einrichtungen als **Umgehungen jener gesetzlichen Vorschriften** anzusehen.

Es bedarf indes für den vorliegenden Fall keiner Beantwortung der oben erwähnten Frage. Denn auch wenn man sie verneint, wofür man sich auch auf den Umstand berufen könnte, daß bei Beratung der Novelle zur Gewerbordnung vom 1. Juni 1891, durch welche die Vorschrift des § 113 Abs. 3 eingeführt ist, der Antrag, zu bestimmen, es sei als verbotene Kennzeichnung der Zeugnisse „auch die von Unternehmerverbänden usw. ausgehende Ausstellung von Arbeitsbüchern und Arbeitsscheinen für die von ihnen beschäftigen Arbeiter zu betrachten,“ abgelehnt worden ist. (vergl. den Bericht der 8. Kommission des Reichstages, 8. Legislaturperiode, 1. Session 1890/91, Nr. 190, S. 37), so müßte doch jedenfalls die Art, wie der Verband von der selbstgeschaffenen Einrichtung Gebrauch gemacht hat, als gegen die guten Sitten verstoßend erachtet werden.

Wie das Reichsgericht mehrfach ausgesprochen hat, muß auch in den Kämpfen, die der gewerbliche Wettbewerb und in besonderer Schärfe der Interessen- und Klassengegensatz zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im gewerblichen Großbetriebe mit sich bringt, bei Verfolgung an sich erlaubter Zwecke die Einhaltung von Schranken in der Weise verlangt werden, daß als unzulässig nicht bloß Kampfmittel, die in an sich rechtswidrigen Handlungen bestehen, sondern auch solche eine Schädigung des Gegners mit sich bringende Maßregeln anzusehen sind, die nach den allgemeinen bestehenden Sittenanschauungen schlechthin oder doch unter den gegebenen Umständen als unbillig und ungerecht erscheinen.“

Die weiteren Gründe interessieren hier nicht.

Es ist also vom **Reichsgericht ausdrücklich anerkannt, daß die Beschränkung des Arbeiters in der Verwertung seiner Arbeitskraft gegen die guten Sitten verstößt,** daß solche Arbeitsnachweisstellen, wie sie jetzt die Zechenbarone beabsichtigen, zum mindesten **gegen den Geist des Gesetzes** verstoßen und eine Umgehung der zum Schutz des Arbeiters getroffenen Maßnahmen sind, ja, daß die Frage aufgeworfen werden kann, ob nicht schon nach dem bestehenden Gesetz ein solches planmäßiges Vorgehen gegen die Absicht des Gesetzes **strafbar** ist.

Die gleiche Schutzvorschrift, wie sie der § 113 den gewerblichen Arbeitern gibt, haben im verstärkten Maße die im Bergwerke beschäftigten Arbeiter zu beanspruchen, weil die monopolartige Stellung der Zechenbaronie doppelten und dreifachen Schutz erheischt. Die Einrichtung von Zwangsarbeitsnachweisen ist eine klare **Behinderung** des reichsgesetzlich gewährleisteten **Rechts des Arbeiters, seine Arbeitskraft nach bestem Vermögen verwerten zu dürfen.** Zwangsarbeitsnachweise widersprechen schon den bestehenden Gesetzen. Sollte aber darüber irgend ein Zweifel sein, so ist es dringend erforderlich, diesen Terrorismus gegen Arbeitswillige, diese offene **Umgehung** der Straftat, die der § 113 der Gewerbeordnung mit **Gefängnis bis zu sechs Monaten** bedroht, **ausdrücklich** unter Strafe zu stellen. Dazu ist das Reich ebenso berechtigt wie verpflichtet.

Der Totschlag in dem Scheunenviertel.

In dem Prozeß gegen den des Totschlages an seiner Ehefrau angeklagten Schlächtergesellen Theodor **Grabowski** wurde als erste Zeugin in der gestrigen Sitzung die **Näherin Rödler** vernommen, bei welcher die getötete Frau Grabowski in der Rückerstr. 6c gewohnt hatte. Die Zeugin bekundete, daß die G.schen Eheleute sich **fast täglich zankten und schlugen.** Die Frau G. erzählte ihr wiederholt, daß ihr Mann stets zum Spiel Geld von ihr verlange und sie eine kleine Summe, die sie sich gespart habe, ständig bei sich tragen müsse. Etwa vierzehn Tage vor der Tat äußerte die Frau G., daß sie in steter Furcht lebe und sie stets gewärtig sein müsse, daß ihr ihr Mann noch einmal etwas antun werde. In der **Nacht zum 24. September** habe es, wie die Zeugin bekundet, an ihrer Wohnungstür geklopft. Sie habe geöffnet und die Frau Grabowski in die Wohnung hineingelassen. Ob dann später noch eine zweite Person in die Wohnung gekommen sei, könne sie nicht sagen. Die Zeugin gibt der **Frau G. die Hauptschuld** an den ehelichen Zerwürfnissen, da diese sehr stark trank und ihren Mann ständig mit Redensarten reizte. — Die Vernehmung dieser Zeugin zog sich über 4 Stunden hin, da seitens der Rechtsanwälte **Morris** und **Bahn**, sowie von dem Staatsanwaltschaftsrat **Merschberger** zahlreiche Fragen an die Zeugin gerichtet werden. Hierbei kommt es zu einem kleinen **Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden und dem Rechtsanwalt Morris,** da dieser die Zulässigkeit der Verlesung einer früheren protokollarischen Aussage der Zeugin bestreitet. — Die Zeugin bekundet dann weiter, daß sie erst durch ein heftiges Gezänk darauf aufmerksam geworden sei, daß sich die Frau Grabowski nicht allein in der Wohnung befand. Sie (Zeugin) habe sich jedoch nichts weiter dabei gedacht, da sie glaubte, es handele sich um eine der üblichen Streitigkeiten und Prügeleien in der Grabowskischen Wohnung. Sie habe nur die Stimme der Frau G. gehört, eine Männerstimme habe sie nicht vernommen. Das **Gezänk** sei dann plötzlich durch einen **Aufschrei** unterbrochen, dem ein **dumpfer Fall** und eine vollständige Stille folgte. **Nach längerer Zeit verließ, wie die Zeugin angibt, eine Person die Grabowskische Wohnung.**

Der Geheime Medizinalrat Professor **Straßmann,** der seinerzeit mit dem inzwischen verstorbenen Medizinalrat Dr. **Mittenzweig** die Obduktion der Leiche der getöteten Frau Grabowski vorgenommen hatte, gibt an, daß nach seiner Ansicht sich die Tat in der Weise abgespielt hat, daß der Täter vermutlich **erst durch Würgen** am Halse sein Opfer betäubt und **dann mit einem Messer die Kehle durchschnitten hat.** Die eigentliche fast völlig durchgeführte Abtrennung des Kopfes habe jedoch erst nach dem Tode stattgefunden. Als Todesursache komme Erwürgung und Verblutung infolge der Halsschnitte in Frage. Der Täter selbst müsse in großer Erregung und Wut gehandelt haben, da vor allen Dingen das Gesicht zahlreiche Nebenverletzungen aufgewiesen habe. — Auf eine Frage eines Geschworenen, ob bei der Durchtrennung der Knochenwirbel nicht mit einer gewissen Kunstfertigkeit, wie sie z. B. Schlächter besitzen, vorgegangen sei, erklärte der Sachverständige, daß die Durchtrennung ziemlich glatt stattgefunden habe.

Der **Gerichtschemiker Dr. Jeserich** gab in längeren Ausführungen eine recht interessante Darstellung der verschiedenen Methoden, deren sich die Wissenschaft bei **Blutuntersuchungen** bedient. Der Sachverständige hat an einer dem Angeklagten gehörenden Weste **Blutspritzer** konstatiert. An der Kleidung des Grabowski habe er dagegen Blutspuren nicht konstatieren können. Die Rechtsanwälte **Bahn** und **Morris** machen darauf aufmerksam, daß die blutbefleckte Weste diejenige sei, welche, wie auch aus den am Tatort aufgenommenen Photographien hervorgehe, nach der Tat in unmittelbarer Nähe der Leiche hängend vorgefunden worden sei.

Es wurden hierauf **mehrere Zeugen** vernommen, **die am 24. September,** am Abend vor der Bluttat, mit der Frau Grabowski zusammen gewesen waren. Die Zeugen bekunden sämtlich nichts Wesentliches. Die Getötete wird von ihnen **als eine sehr arbeitsame Frau** geschildert.

Der Kriminalwachtmeister **Barthel** wird hierauf nochmals vernommen, und zwar über folgenden Punkt, den die Anklage als schwerwiegendes **Belastungsmoment** verwendet. Der Angeklagte Grabowski behauptet, um sich einen **Alibibeweis** zu schaffen, daß er sich zu der Zeit, in welcher die Tat verübt worden war, bei dem Schlächter Zaremba aufgehalten habe. In einer Vernehmung vor der Kriminalpolizei behauptete Grabowski, daß er sich den ganzen Donnerstag über bei Zaremba aufgehalten habe. Als der Zeuge Barthel zufällig in das Vernehmungszimmer trat, erklärte der Angeklagte sofort, daß er diesen **am Mittwoch,** als er gerade zu Zaremba ging, in der Linienstraße getroffen habe. Der Kriminalbeamte habe sich in Begleitung einer kleinen korpulenten Frau befunden. So unbedeutend diese Angabe anfänglich schien, so bedeutungsvoll wurde sie später, als Grabowski einen Alibibeweis antrat. Der Kriminalbeamte stellte fest, daß er zwar mit seiner Frau durch die Linienstraße gegangen sei, jedoch nicht am Mittwoch, sondern **am Donnerstag,** als sich Grabowski angeblich in der Wohnung des Zaremba befunden haben will. — Der **Angeklagte** behauptet, daß dieses Zusammentreffen tatsächlich schon **am Mittwoch** stattgefunden habe. Der **Zeuge** hat jedoch durch Umfragen bei fünf verschiedenen Personen festgestellt, daß er nur am Donnerstag mit seiner Frau durch die Linienstraße gegangen ist. — Es wurden noch mehrere Zeugen vernommen, deren Bekundungen jedoch belanglos waren. Die Verhandlung wurde schließlich in später Abendstunde auf heute 9½ Uhr vertagt.

Soziales.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung, wie wir dem „Reichsanzeiger“ entnehmen, unter dem 8. Dezember zwei Verordnungen erlassen. Die erste bezieht sich auf

die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter bei der Bearbeitung von Faserstoffen, Tierhaaren, Abfällen oder Lumpen.

Ihr Inhalt geht dahin:

I. In Hechelräumen, in Räumen, in welchen Maschinen zum Oeffnen, Lockern, Zerkleinern, Entstäuben, Anfetten oder Mengen von rohen oder abgenutzten Faserstoffen, von Tierhaaren oder von Abfällen im Betriebe sind, sowie in Räumen, in welchen Tierhaare durch Handarbeit entstäubt oder gelockert (gefacht) werden, darf jugendlichen Arbeitern während des Betriebes eine Beschäftigung nicht gewährt und der Aufenthalt nicht gestattet werden.

Die Karden (Krempel) für Wolle und Baumwolle fallen unter die vorstehende Bestimmung nicht.

Kleines Feuilleton.

In Afrikas Wildkammern Im wissenschaftlichen Theater der Urania gab Montag abend Dr. Artur Berger eine sehr interessante, lehrreiche und stellenweise durch einen feinen Humor gewürzte Schilderung seiner Reise durch Afrikas Wildkammern und illustrierte sie durch eine Fülle anschaulich wirkender Lichtbilder. Die Reise war wohl ursprünglich mehr als Jagdexpedition geplant. Den Jagdexpeditionen haftete bisher in der wissenschaftlichen Welt ein böses Odium an, weil sie in nichts anderem als in dem zwecklosen Niederschießen möglichst vieler und seltener Tiere bestanden, dem man erst in letzter Zeit durch Erlaß strenger Jagdgesetze in den Kolonien zu begegnen sucht. Seit einigen Jahren — Schillings hat hier bahnbrechend gewirkt — scheint sich ein Umschlag vorzubereiten. Die Jäger ziehen erst nach gründlicher wissenschaftlicher Vorbereitung und nicht allein mit der Büchse, sondern mit der Kamera als wichtigster Waffe aus; erlegt soll möglichst nur werden, was zum täglichen Bedarf dient oder zu wissenschaftlichen Präparaten notwendig ist. Dieser Grundsatz ist auch von Berger verfolgt worden. Die Reise führte nach Aequatorialafrika durch ein besonders naturwissenschaftlich äußerst interessantes Gebiet, das nördlich an den Viktoria-Nyansa angrenzende Land, wo Kongostaat und Britisch-Ostafrika aneinander stoßen. Hier führt die sogenannte afrikanische Grabenversenkung durch, die in Kleinasien ihren Anfang nimmt, eine der gewaltigsten Bruchlinien unserer Erde. Sie wird von erloschenen Riesenvulkanen begleitet, wie der Mount Elgon, zu dessen Umwanderung die Reisenden einen Monat gebrauchten. Steppen mit bis vier Meter hohem Graswuchs, über den Kakteen und Flötenakazien emporragen, wechseln mit fruchtbarem Ackerland und steinigem Bergland, in dem wie in Tirol gemsartige Klippspringer klettern und frische Jodler aus den Kehlen der Eingeborenen dringen. Mit Recht nennt Berger das Land die Wildkammer Afrikas. Er traf wiederholt Herden von Hunderten von Elefanten, Giraffen, Zebras, Antilopen usw., einige Seen waren geradezu erfüllt von Flamingos, die, aufgescheucht, sich als riesige, rosige Wolken in die Luft erhoben. Häufig fanden sich Zebra, Antilope und Giraffe zu großen Rudeln vergesellschaftet, das Zebra mit dem feinen Gehör, die Antilope mit ihrer guten Witterung und die Giraffe mit ihrem scharfen Gesicht. Viele beiläufige Bemerkungen zeigen die feine Naturbeobachtung. So fiel es stets auf, daß der Schakal oft meilenweit in gerader Richtung auf gefallene Tiere seinen Weg nimmt; er äugt nämlich stets nach oben, nach dem Flug der Geier und richtet sich danach. Die Bilder zeigten u. a. verschiedene reizende Idyllen aus dem Tier- und Pflanzenleben, wie den Frühstückstisch der Reisenden unter einem Leberwurstbaum, mit dessen übrigens nur äußerlich wurstähnlichen, ungenießbaren, harten Früchten sie die Wege einsäumten; ein überaus liebenswürdiges Nashorn, das dem Kameraschützen wie eine Brettldiva in allen möglichen Stellungen posierte; dazu Erstaufnahmen vom weißen Nashorn, das seinen Beinamen zu Unrecht führt, und diverse charakteristische Typen von afrikanischen Fürstenhöfen. **og.**

Ein Ausweg in der Bodeaffäre? Die Bodeclique hat wiederholt behauptet, der englische Kunsthändler Murray Marks sei bereit, die Wachsbüste zum Verkaufspreis von 180 000 M. zurückzunehmen. Wir haben dies Angebot bisher nicht für ernst genommen. Inzwischen gehen aber auch Gerüchte in Berlin um, daß einige der großen Kapitalisten, die Herr Bode mit viel Geschick um einen Teil des von ihnen akkumulierten Mehrwertes für das Kaiser-Friedrich-Museum zu schröpfen versteht, geneigt seien, die liebliche Flora (ob mit oder ohne das Bettuch, wird nicht gesagt) zu einem weit höheren Preise zu übernehmen. Sollten diese Gerüchte auf Wahrheit beruhen, so würde Herr Bode unverantwortlich handeln, wenn er nicht darauf einginge. Die Sachverständigen-Kommission würde sicherlich dem Verkauf ebenso bereitwillig zustimmen, wie früher dem Ankauf. Wir verpflichten uns in diesem Falle, jede weitere Polemik einzustellen. Denn es hat für die Oeffentlichkeit kein Interesse, wie dieser oder jener Privatmann sein Geld anlegt.

Man erinnert sich, daß die Bode-Presse zu Beginn der großen Entdeckung Herrn Bodes Findertalent gar gewaltig pries, weil er dieses herrliche Werk aufgestöbert habe. Jetzt da der hohe Preis bekannt ist und die Unechtheit nur noch mit gewaltsamen Mitteln zu bestreiten ist, sucht man schon die Höhe des Preises zu rechtfertigen durch den Hinweis auf die hohen amerikanischen Angebote, die dem glücklichen Kunsthändler gemacht seien. Also Herr Bode hat die Büste keineswegs „entdeckt“, denn sonst hätte er die im Juni 1904 mit noch anderen Werken von Lucas für fünf Schilling versteigerte Rarität wohl billiger erstanden. Der Ruhm der „Entdeckerschaft“ gebührt dem sehr gewandten Kunsthändler Marks.

Die „Dokumente“, auf die die Bodemänner und Frauen (auch die weiblichen Angestellten der Berliner Museen fangen jetzt an, ihrem Chef zu Hilfe zu eilen) sich für die Palmerston-Theorie berufen, erscheinen in noch merkwürdigerem Lichte, als wir am Sonntag darlegten. Der Berliner „Times“-Korrespondent, der sie zum Teil einsehen konnte, charakterisiert den Gewährsmann Bodes, Mister Tolfree, als einen für einen Buchhändler ziemlich ungebildeten Menschen. Und diese famose Stütze der neuesten Hypothese sagt in einem Briefe, der als Hauptdokument gilt: „Ich stehe unter dem Eindruck, daß die Büste Lord Palmerston gehört“. Zu diesem Eindruck glaubt er sich berechtigt, weil er 1884 bei einer Auktion geholfen haben will, die gar nicht stattgefunden hat. Es soll aber noch ein Brief existieren, den man nicht sehen ließ, der aber auch als Dokument gilt. Herr Bode scheint also ein Geheimdossier zu besitzen, das wie alle Geheimdossiers einen sehr fatalen Eindruck macht.

Die neue Reichsmünze. In dem bereits jetzt versandten Januarheft der „Süddeutschen Monatshefte“, die immer mehr zu einer unserer besten literarischen Revuen wird, behandelt H. Konsbrück den Jammer unserer neuen 25 Pf.-Münze. Er schreibt u. a.: „Recht betrachtet — es genügt, wenn ein Staat sich auf dem Gebiete der Monumentalkunst lächerlich macht. Man kann sich helfen und an schlechten Kirchen, Parlamentsgebäuden — man kann an elenden Monumenten vorbeigehen und dummen Brückenornamenten vorbeigehen, ohne sie zu beachten. Aber man ist wehrlos, wenn man tagtäglich von schlechten Münzstücken attackiert wird — deren Annahme man nicht verweigern kann — da sie ihren Kurswert haben. . . . Fragt man sich, ob diese neue Münze etwas vom Zeitgeist verrät, dann protestiert man sofort. . . . Derselbe Staat, der heute elende Münzen prägen läßt, hat nicht nur die größten Münzsammlungen, er hat auch hohe und andere Schulen und Anstalten, an denen jahraus, jahrein — sogar von tüchtigen Kräften — die Elemente der Flächen- und Reliefkunst gelehrt werden.“

Und trotzdem dies Resultat: „Die den Reichsadler und die Worte: „Deutsches Reich 1909“ tragende Seite zeigt wenigstens das Streben in der Richtung des Guten. Typisch modern und unstreng gedacht ist es aber auch hier, wie die Krone mit ihren flatternden Bändern in den Schriftkreis hineinragt. Das gleiche gilt von dem ornamentalen Schwanz des deutschen Aars. . . . Es bedarf nicht des Nachweises, daß Bild, Schrift und Zahl wesentlich wirkungsvoller, monumentaler sein könnten: das Relief ist zu flach, zu schwächlich, aber diese Reversseite ist Gold, vergleicht man sie mit dem Avers der Münze. Die Wertangabe (25) ist in gewöhnlicher Plakatschrift gezeichnet; sie betont nicht den Mittelpunkt des Stückes und steht auch sonst in keinem Verhältnis zur Kreisfläche. Das Wort „Pfennig“ — es müßte „Pfennige“ heißen — unterstreicht lediglich die Zahl, hat gleichfalls keine Beziehung zur Rundung und ist sehr unglücklich, ordentlich mühsam — zusammengedrängt durch die vier Aehren, die, angeblich, den Rand schmücken. Diese Aehren, die sich an der Peripherie herumdrücken, sind das Fröhlichste der ganzen Leistung. Schönere „Vertiefungsornamente“ lassen sich weder aus landwirtschaftlichen noch aus sonstigen Produkten erfinden — es ist aber leicht möglich, daß ein Kurzsichtiger oder Boshafter diese Aehren für stilisierte Fischrückenwirbel mit Gräten oder für Zahnbürsten hält.“

Kurzum: ein wohlgelungenes abschreckendes Beispiel!

Notizen.

— **Ein Fresko von Rodin.** Aus Paris wird berichtet: Rodin, der große Meister des Meißels, wird binnen kurzem der Welt auch ein umfangreiches Freskogemälde von seiner Hand schenken. Der französische Unterstaatssekretär der schönen Künste hat Rodin den Auftrag erteilt, einen der großen Säle des künftigen Luxemburg-Museums, das in den Räumen des alten Seminars von Saint-Sulpice seinen Platz finden wird, mit Freskomalerei zu schmücken. Die kürzlich in Paris ausgestellten Zeichnungen und Aquarelle Rodins, die eine überraschende Verwandtschaft mit altertümlichen Wandmalereien zeigten, haben den Unterstaatssekretär veranlaßt, Rodin diesen Auftrag zu erteilen.

— **Nobelpreis und Weltsprache.** Prof. Ostwald — das war vorauszusehen — will einen Teil des Nobelpreises allgemeinen Zwecken dienstbar machen, und zwar beabsichtigt er nach schwedischen Meldungen ihn für die Verbreitung des verbesserten Esperanto zu verwenden. — Der Schöpfer des Esperanto, Dr. Zamenhof, begeht demnächst seinen 50. Geburtstag.

— **Buchanzeigen.** Die wissenschaftlichen Ergebnisse von Shackletons Südpolarexpedition, die in den kürzlich erschienenen zwei Bänden seines Reisewerkes nicht mitenthalten sind, um das Werk für das Laienpublikum nicht unnütz zu verteuern, erscheinen Anfang Januar 1910 in einem besonderen Bande im Verlage von W. Süsserott in Berlin.

Auf Anlagen, in denen in der Regel weniger als zehn Arbeiter beschäftigt werden und durch elementare Kraft (Dampf, Wind, Wasser, Gas, Luft, Elektrizität usw.) bewegte Triebwerke nicht oder bloß vorübergehend zur Verwendung kommen, findet die Bestimmung des Abs. 1 keine Anwendung.

II. In Räumen, in denen Lumpen geöffnet, getrennt, zerrissen, entstäubt, angefettet, gemengt, sortiert oder gepackt werden, darf jugendlichen Arbeitern während des Betriebs eine Beschäftigung nicht gewährt und der Aufenthalt nicht gestattet werden.

Die höhere Verwaltungsbehörde kann gestatten, daß in solchen Räumen, in welchen geeignete, mechanisch wirkende Staubsaugevorrichtungen vorhanden sind, jugendliche Arbeiter beim Oeffnen, Trennen, Zerreißen, Entstäuben und Mengen der Lumpen, sofern dies von Hand geschieht, sowie beim Sortieren und Packen von Lumpen beschäftigt werden.

III. In Betrieben mit Räumen der unter I Abs. 1, II fallenden Art muß in denjenigen Räumen, in welchen jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, eine Abschrift oder ein Abdruck der Bestimmungen unter I, II an einer in die Augen fallenden Stelle aushängen.

IV. Die vorstehenden Bestimmungen treten am 1. Januar 1910 in Kraft und an die Stelle der durch die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 27. Februar 1903 (Reichsgesetzbl. S. 39) verkündeten Bestimmungen.

Auf jugendliche Arbeiter, die gegenwärtig beim Oeffnen, Trennen, Zerreißen, Entstäuben oder Mengen der Lumpen sowie beim Sortieren oder Packen von Lumpen beschäftigt sind, findet die Bestimmung unter II Abs. 1 keine Anwendung.

Die zweite Verordnung ist eine

Einschränkung des Verbots der Frauenarbeit in Steinbrüchen und Steinmetzbetrieben.

Sie geht dahin:

„Dem § 10 der Bekanntmachung, betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Steinbrüchen und Steinhauereien (Steinmetzbetrieben), vom 31. Mai 1909 (Reichsgesetzblatt S. 471) wird als Abs. 4 folgende Bestimmung hinzugefügt:

Die höhere Verwaltungsbehörde kann für ihren Bezirk oder Teile desselben gestatten, daß Arbeiterinnen, die vor dem 1. Juli 1909 bei Abräumungsarbeiten sowie beim Transport oder Verladen von Abraum oder Abfall (Abs. 1, 3) verwendet wurden, bis zum 31. Dezember 1911 mit diesen Arbeiten beschäftigt werden."

Die Ablehnung des Richters geht der Ablehnung des Prozeßvertreters vor.

In der interessanten Rechtsfrage, ob ein Gericht einen Prozeßvertreter ablehnen kann, wenn dieser unmittelbar vorher gegen den Vorsitzenden einen Ablehnungsantrag wegen Besorgnis der Befangenheit gestellt hat, liegt jetzt ein hochbedeutsamer Entscheid des **Kammergerichts** vor. In einem vor dem Berliner **Kaufmannsgericht** schwebenden Rechtsstreit hatte im Termin der Prozeßvertreter des Klägers gegen den Vorsitzenden der zuständigen 4. Kammer, Assessor Dépène, einen Ablehnungsantrag wegen Besorgnis der Befangenheit gestellt, weil er in einem früheren Prozesse zu dem Vertreter äußerte: „Das nächste Mal lasse ich Sie nicht zu." Assessor Dépène ignorierte diesen Antrag, weigerte sich auch, ihn protokollieren zu lassen und führte statt dessen unter seinem Vorsitz einen Gerichtsbeschluß herbei, nach welchem der Prozeßvertreter wegen gewerbsmäßiger Ausübung der Vertretung in Rechtssachen **nicht zugelassen** wurde.

Die von dem Prozeßvertreter erhobene Beschwerde wurde vom **Landgericht** wegen Unzulässigkeit zurückgewiesen, das **Kammergericht hob** aber nicht nur den Zurückweisungsbeschluß des Landgerichts auf, sondern es kam auch zur **Aufhebung** des Beschlusses des **Kaufmannsgerichts**. In der Begründung heißt es: Die in Theorie und Praxis umstrittene Frage, ob § 157 Abs. 2 bezw. Abs. 3 der Zivilprozeßordnung auf das Verfahren vor den Kaufmanns- und Gewerbegerichten Anwendung findet, ist zu **verneinen**. Es ist davon auszugehen, daß § 157 Abs. 2 und 3 durch den § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes ersetzt ist; darin ist eine Vorschrift über den Ausschluß der Beschwerde nicht enthalten, sie ist darum nach der allgemeinen Regel des § 567 der Zivilprozeßordnung **zuzulassen**. Ist demgemäß in die sachliche Würdigung des kaufmannsgerichtlichen Beschlusses einzutreten, so ergibt sich aus der dienstlichen Aeußerung des Vorsitzenden, daß nach Aufruf der Sache der Beschwerdeführer alsbald sein Ablehnungsgesuch anbrachte. Nach § 47 der Zivilprozeßordnung durfte demnach die Kammer mit dem **abgelehnten** Vorsitzenden **nicht** über die Zulassung des Vertreters entscheiden. Der Beschluß des Kaufmannsgerichts ist daher gleichfalls **aufzuheben**.

D. Lechner
Brunnenstr. 7
am Rosenthaler Tor.
Auf Kredit
Herren-, Damen-, Kindergarderobe, Pelz-Stolas, Betten.
Sprechmaschinen.
Kronen, Grätzin-Hängelicht
von 1 Mk. wöchentliche Teilzahlung an.
Anzahlung von 5 Mk. an.
MÖBEL
jeder Art.
Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an.
Liefere auch nach auswärts.
Teppiche, Portieren, Bilder, Kinderwagen, Kronen usw.
Vorzeiger dieses Inserats erhält nach Einkauf 3 Mk. gutgeschrieben.
Täglich bis abends 10 Uhr geöffnet.

WEIHNACHTS PRÄMIEN
Knaben-Manchester-Anzüge
Blusenform, hochgeschlossen, zweireihig, braun und modefarben .... Größe 1 3.50 M.
Jede weitere Größe je 10 Pf. mehr.
Phantasie-Westen für Herren
dunkel und farbig, in karierten und gestreiften Mustern. Verschiedenste schöne, elegante Dessins. In Normalweiten 2.— M.
Herren-Stoffhosen
kammgarnartiger Stoff in modernen, schönen Streifen. Sehr haltbar .... In Normalgrößen 4.50 M.
Rockbügel (mit Stoff-Bezug) u. Hosenstrecker
mattgelb lackiertes Holz. Sehr praktische Konstruktion .... zusammen 40 Pf.
Herren-Wäsche-Kragen
vierfach. Vorzüglich im Gebrauch. Stehkragen oder Umlegekragen in 12 Formen .... das halbe Dutzend 1.75 M.
Baer Sohn
Spezial-Haus größten Maßstabes für gute Herren- und Knaben-Kleidung
Chausseestraße 29-30 — 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstr. 20 — Schöneberg, Hauptstr. 10
Winterkatalog Nr. 38, Moden 1909, kostenlos und portofrei
Sonntag bis 8 Uhr abends geöffnet

Allen werten Bekannten und Genossen zur gefälligen Kenntnis, daß ich die Badeanstalt, Hohenzollernplatz 9, übernommen habe. — Lieferant sämtlicher Krankenkassen. 28795
Um geneigten Zuspruch bittet Hochachtungsvoll Herm. Glückselig.

Sporket's Weltstiefel

Einheitspreis 7.50 Mark
für Herren und Damen. 2880L*
Garantie für Haltbarkeit.
Direkter Fabrik-Verkauf ohne jeden Zwischenhandel.
Verkaufsstellen in größeren Städten Deutschlands:
Davon: Berlin:
1. Prinzenstraße 79
2. Oranienstraße 184
3. Wilsnacker Straße 18
4. Badstraße 42/43
5. Chausseestraße 77
6. Andreasstraße 46a.
7. Wrangelstraße 89
8. Frankfurter Allee 127
9. Brunnenstraße 182
10. Turmstraße 51
11. Schönhauser Allee 106
Rixdorf: Bergstraße 135
Weißensee: König-Chaussee 52
Charlottenburg: Wilmersdorfer Straße 52, Spandauer Straße 25
Schöneberg: Pallasstraße 21
Spandau: Breite Straße 60
Schuh-Fabriken, Burg bei Magdeburg.

Damen-Konfektion
direkt aus der Fabrik.
Kein Laden.
Auch Einzelverkauf

enorm billig!
Uebergangs-Paletots
Blusen
Abendmäntel
Kostüme
Kostüm-Röcke
Mädchen-Paletots
Pelz-Stolas
Robert Baumgarten
Hausvogteiplatz 11, I. Etg.
schräg über Untergrund-Bahnhof.
Bei Vorzeigung dieses Inserates an der Kasse werden 5 % Rabatt vergütet.
Sonntag bis 8 Uhr abds. geöffnet.

„Aste" vorzüglichste Sprechmaschinen-Schallplatte.
Wunderbare Tonfülle, reine Wiedergabe, lange Brauchbarkeit. Doppelseitige bespielte „Aste"-Platten, 25½ cm Durchmesser, pr. Stück Mk. 2.00 (10 Stück Mk. 13.50 franko.)
„Teutonia-Rekord"-Schallplatte.
Gute, dabei preiswerte doppelseitig bespielte Platte, 25½ cm groß. Stück Mk. 1.50, 10 Stück Mk. 12.50 franko. Reichhaltige Verzeichnisse gratis.
Sprechmaschinen in großer Auswahl zu sehr vorteilhaften Preisen.
AUGUST STUKENBROK, EINBECK
Leistungsfähigste Bezugsquelle für Sprechapparate und Schallplatten.

Bärenfelle
sind nicht schöner als meine Heidschnuckenfelle. Nur echt mit Schutzm. „Eskimo". Herrlich schöne Salonteppiche 7½ M. Dicke wollige Vorlagen 6 M. bis 125 cm lang. chem. gereinigt, geruchlos, gegen Motten geschützt, blendend weiß, silbergrau, dunkelgrau. Brautkatalog frei. Fußsäcke, Schlittendecken u. v. a.
Fr. Heuer Rückgauer weißer Rethem (Aller) 47
Gegründet 1880. Heinste Zeugn. h. Herrsch. Postscheckkonto Nr. 2058. Amt Hannover.

Gelegenheitskauf!
Schlafdecken
in Wolle, extra schwer à 3.50 4.50 5.00 – 20.00 M.
Pferdedecken
à 2.50 3.50 4.50 – 7.00 M.
Reisedecken
Tiger-Muster 4.85 6.00 8.00 – 18.00 M.
Versand per Nachnahme.
Emil Lefèvre
Berlin S., Oranienstr. 158
Weihnachts-Extraliste und Katalog
enorm billiger Geschenkartikel (600 Abbild.) gratis u. franko.

Bei Husten, Heiserkeit nehmen Reichels Hustentropfen
überraschend schnell und sicher
Nur echt, wenn mit Marke „Medico" Fl. 50 Pf. u. 1 M.
Vor Nachahmungen jeder Art sei jedoch dringend gewarnt.
Erhältl. in d. meisten Drogerien u. bei Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Gegründet 1864

21 Pelz-waren.
Engros—Export.
S. Schlesinger
Neue Königstr. 21 (Ordonnanzhaus)
Kein Laden! II. Etage.
Einzelverkauf
wie alljährlich zu billigsten Preisen
Pelz-Stolas
Muffen
Eislaufbaretts.
Sonntags geöffnet. 21

Chocoricin
Wohlschmeckendes Chocoladen-Rizinusöl-Präparat. — Milde, aber sicher wirkendes Abführmittel.
Zu haben in Apotheken und Drogerien. 10215*

Das schönste Weihnachts-Geschenk
sind meine orthozentrischen Original-Kneifer gel. geschützt v. M. 2.—
Amerik. Double-Pincenez M. 3.—
Im feinst. Gold-Double M. 5.50
Operngläser u. Reisegläser M. 6.—
Barometer, bestes Werk M. 5.50
A. Läckemäcker, Optiker.
I. Schönhauser Allee 136.
II. Kommandantenstraße 32.
Vorzeiger d. Inserats erhält 5% Rab.

Reste
Damentuche, schwarz und farbig, Costumes-Stoffe, neueste Muster, Tricot-Stoffe, Seiden-Plüsch, Flanelle, Seide etc.
Confection
Paletots, Jacketts, Staubmäntel, Costume und Costumröcke in grosser Auswahl
C. Pelz, Kottbuserstr. 5.

Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum
in nächster Nähe des Schillerparks und des Schäfersees vorzüglich gelegene billige 3-, 2- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhause, mit auch ohne Bad, Balkon pp. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-Promenade, Brienzer Straße, Rütli-Straße, Holländer- und Thuner Straße

Enorm billiger Verkauf
elegant. Monatsgarderoben früher 50—90 M., jetzt 12—28 M.
Deutsches Bekleidungshaus, Große Frankfurterstraße 89. Nur 1 Treppe, kein Laden.
Fahrgeld wird vergütet.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Wegen Auflösung unseres Fabriklagers
verkaufen wir zirka 2 Millionen Zigaretten an jedermann bei Mindestentnahme von 100 Stück zum Engrospreise von 70 Pf. pro 100 Stück an. Verkauf findet werktägl. v. 4—7 Uhr statt.
Zigarettenfabrik Schlichting & Opelt, Kochstr. 5, 1. Hof Quergebäude. 3053L*

Steppdecken
kauft man nur am besten und billigsten direkt in der Fabrik Bernhard Strohmandel, Berlin, 72 Wallstr. 72, Zweiggesch. Joachimsthalerstr. 35-36. Alte Steppdecken werden umgearbeitet. Preiskatalog gratis.
Praktische Weihnachts-Zugabe!

Sanatorium Bilz
Dresden-Radebeul, 3 Ärzte, Prospekte frei. Zu Winterkuren sehr geeignet!

Frack-Verleih-Institut: Friedrichst. 115/I, a. Oranienburger Tor. Eleg. Frack, Gehrock 1,50, Hose 1,00, Weste 50 Pf.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 5 II. (Stadtb. Börse).

Unserem lieben Genossen
Karl Scherkowski
genannt Säge-Schreiner
die herzlichsten Glückwünsche zum 60. Geburtstage. 2874b
Die Genossen der Bez. 240/241.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Revolverdreher

Karl Gladosch

am 13. Dezember an Leberleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

—

Ferner starb unser Mitglied, der Klempner

Hermann Schönfisch

am 11. Dezember an Lungenleiden.

Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 15. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Markus-Kirchhofes in Wilhelmsberg aus statt.

Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
131/8 **Die Ortsverwaltung.**

Todes-Anzeige.

Am 12. d. M., morgens 2½ Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden mein innig geliebter Mann, unser guter Vater, Bruder und Onkel, der Tischler

Franz Schrock

im 43. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet morgen Donnerstagnachmittag 3 Uhr von der Halle des neuen Rixdorfer Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt.

Die trauernden Hinterbliebenen

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Franz Schrock

am 12. Dezember verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Friedhofs, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
93/15 **Die Ortsverwaltung.**

Todes-Anzeige.

Am Montag, den 13. Dezember, früh 2½ Uhr, verstarb nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau

Renate Melcher
geb. **Kleine.**

Dies zeigt tiefbetrübt an
Der trauernde Gatte
Ernst Melcher.

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 16. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Zionsgemeinde, Nordend, aus statt. 2875b

---

Sozialdemokratisch. Wahlverein Nieder-Barnim
(Bezirk Reinickendorf-Ost.)

Am Sonntag den 12. Dezember, nachmittags 2 Uhr, verstarb nach langem, schwerem Leiden unsere Genossin

Anna Hoffmann

Regirstraße 12.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute nachmittag 3 Uhr vom Gemeinde-Friedhof, Humboldtstraße, aus statt. 239/5

Die Bezirksleitung.

Danksagung.

Für die zahlreiche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben, unvergeßlichen Mannes, des Schmiedes **Adolf Schilling**, sage allen Beteiligten hiermit herzlichen Dank.

Witwe A. Schilling nebst Kindern.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes

Otto Rösche

sage ich dem Deutschen Buchbinderverband sowie dem Personal der Firma Bunke und allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.

Die trauernde Hinterbliebene.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Charlottenburg.)

Donnerstag, den 16. Dezember 1909, abends 8¼ Uhr, im Volkshause, Rosinenstraße 3:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur Kündigung des Vertrages in der Holzindustrie. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.

93/14 **Die Ortsverwaltung.**

METZNER

Grösstes Spezial-Haus!

Wenn Sie bisher vergebens nach einem gut passenden und preiswerten Stiefel gesucht haben, so wählen Sie den Salamanderstiefel. Er sitzt schön, sieht elegant aus, ist haltbar und kostet

für Damen und Herren . . M. 12.50
Luxusausführung . . . . . M. 16.50

Fordern Sie Musterbuch. V

Salamander

Schuhges. m. b. H., Berlin

W. 8 Friedrich-Strasse 182	NW. Wilsnacker Strasse Ecke Turm-Strasse 9
C. König-Strasse 47	W. Tauentzien-Strasse 15
SW. Friedrich-Strasse 221	N. Bad-Strasse 20
C. Rosenthaler Tor	Spandau, Breite Strasse 30
W. Potsdamer Strasse 5	

Für das
Weihnachtsfest
empfehlen wir
als **Prämie** für die Leser des „Vorwärts"

Shakespeares
sämtliche dramatische Werke.

in drei eleganten Leinenbänden geb.
(ca. 2800 Seiten umfassend)
Uebersetzt von **A. W. v. Schlegel** und **L. Tieck**
Mit einer
biographischen Einleitung von **Rudolph Genée**

Preis nur 3,50 M.

Expedition des „Vorwärts"
Berlin SW. 68 147/17*
Lindenstr. 69, Laden

Echte Weichselpfeifen.

Spezialität: 85538
Gesundheitspfeifen, Meerschaumspitzen, Regenschirme

Hintze,

Drechslermeister,
Chausseestraße 38, vis-a-vis Kesselstr.

Plüsch u. Pelz-Confection

zu Inventurpreisen!

Inventur am 27. Dezember 1909
Bis dahin möglichst
Räumung des gesamten Lagers
Westmanns Konfektion

I. Geschäft: **Berlin W., Mohren-Strasse 37a,** kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemer Strasse,
II. Geschäft: **Berlin NO., Gr. Frankfurterstr. 115,** kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreas-Strasse.

Plüschmäntel, Plüschjacken,
Verkaufspreis { früher bis 40.— bis 75.— bis 150.— bis 250.—
{ jetzt teilweise 11.— 27½ 62.— 84.—

Abendmäntel
Persianer-Jacketts, echt und imitiert, Nerz, Nerzmurmel, Grenburger etc., Stolen, Muffen
Verkaufspreis { früher bis 80.— bis 180 bis 400 usw. —1001.—
{ jetzt teilweise 25.— 72.— 160.— usw jetzt 400

Theatermäntel
Kostüme, Kleider, Röcke, Blusen
Verkaufspreis { früher bis 30.— bis 60.— bis 95.— bis 168.—
{ jetzt teilweise 12½ 23.— 30.— 52.— usw.

Passend zu Geschenken:
Uebergangsmäntel früherer Pr. M. 29.—, **jetzt M. 9.—**
Kostümröcke früherer Pr. M. 15.—, **jetzt M. 4½**

Gratis: 2½ m Rockstoff auf Wunsch bei Einkauf von 12 Mark an.

Abend- u. Theatermänt l
zu jedem annehmbaren Preise

Pilsener Brauhaus (G. m. b. H.)

Ringfreie Brauerei

Amt IV, 4562 **Rungestr. 18a** Amt IV. 4562

empfiehlt ihre
erstklassigen Biere
zu **billigen Preisen.**

2970L*

Westmanns Trauer-Magazin
Extra-Abteilung
I. Geschäft: Berlin W., Mohren-Straße 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße).
II. Geschäft: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Sehr gr. Auswahl fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. vom einfachsten bis zum hochelegantesten Genre zu äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Spezialgeschäft f. Uhren
in größter Auswahl,
gut gehend, genau regulliert:
Kapal.-Remt.-Uhren p. 5 M.
Silberne Remt.-Uhren 7 M.
Goldene Remt.-Uhren 12 M.
Schlagw.-Repert.-Uhren 9 M.
Fgh.-Wecf.-Uhren p. 2 M. an
Reelle schriftliche Garantie.

E. Möbis,
14 Beuth-Straße 14
n. Café Aschinger a. Spittelmarkt

Gelegenheitskauf!

Sprechmaschinen 2.25, 5.50, 6.75, 7.50, 10.—, 12.—, 15.— M. usw., ca. **50.000 Schallplatten 5 Pf., 10 Pf., 20 Pf.,** große doppelseitige **Massenplatten** 35 Pf., 45 Pf. 55 Pf., 75 Pf., 1.— M., doppelseitige **Bekaplatten 1.50** M., doppelseitige **Zonophonplatten** (grünes Etikett) statt 3 M. nur 2 M. **Gr. Post. neuer Fahrräder** m. Doppelglockenlager u. Bneumatik, Stck. **32.—** M., neue Damenfahrräder, Stck. **45.—** M., Luftschläuche 1.—, Laufdecken 1.— an, Azetylenlaternen 1.— usw. **Kinder-, Knaben-, Mädchenräder** in großer Auswahl. Hocharmige **Familiennähmaschine 36.—.** Leser des „Vorwärts" erhalten 5 % Rabatt. Verl. Sie grat. u. fr. Katalog Nr. 5 über Sprechmasch., Schallpl., Uhren Goldw., Lederw., Waffen usw. sowie Katalog Nr. 10 üb. Fahrräd. u. Nähmasch.

Ernst Machnow, **Größtes Fahrradhaus Berlins,** Jahresumsatz ca. 15,000 Fahrräder. Hauptgeschäft: Berlin O. Weinmeisterstr. 14, Filialen: Rosenthaler Straße 48, Rosenthaler Straße 33.

Preisliste 18 gratis.

Wäscherollen, Wasch- u. Wringmaschinen liefert als **Spezialität** in neuester, praktischer Ausführung zu außerordentlich **billigen** Preisen
Rudolf Knapke, Berlin SW. 19, Seydelstr. 7, a. Spittelmarkt

Nützliche Weihnachtsgeschenke!

Barometer

mit feinsten, präzis zeigenden Werken.

Thermometer
Hygrometer

in großartiger Auswahl, zu reellen, niederen Preisen.
Garantie für jedes Instrument.

Barometer mit Thermometer
in jeder Stilart, Holz- oder Metallausstattung
M. 8.50 10.50 12.50
bis zu den allerfeinsten Ausführungen.

Alle zu Geschenken gekauften Instrumente werden, wenn nicht konvenierend, jederzeit gern umgetauscht.

Optisch-okulistische Anstalt
Josef Rodenstock
Wissenschaftliches Spezial-Institut für Augengläser

Berlin W.	Charlottenburg
Leipziger Str. 101-102	Joachimsthaler Str. 44

Neue, reich illustrierte Preisliste gratis!

Jandorf's

Extra-Weihnachts-Vergünstigung

Wir verabfolgen auf Wunsch bei Einkäufen am:

Geöffnet bis 10 Uhr abends

Sonntag geöffnet von 12 bis 8 Uhr

Die **Doppelte Anzahl Rabattmarken**

Von dieser Vergünstigung sind nur wenige Artikel ausgeschlossen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Durch Rauch beschädigte Gardinen, Stores werden zu fabelhaft billigen Preisen verkauft. 3001R*

Durch Rauch beschädigte Tüllbettdecken, Rouleaux spottbillig. E. Weißenbergs Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Tuchportieren, komplette Garnitur, 2.65 2.95, 3.45, 4.80, 5.75, 6.75, 7.85 usw.

Plüschportieren, komplette Garnitur, 5.85, 6.75, 7.50, 8.85, 9.50, 11.—, 12.— usw. Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Durch Rauch beschädigte Tischdecken, Stück 0.65, 0.85, 0.95, 1.25, 1.85, 2.25 usw.

Durch Rauch beschädigte Plüschdecken, jetzt bedeutend unter Preis. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Durch Rauch beschädigte Steppdecken in allen Farben, staunend billig.

Durch Rauch beschädigte Diwandecken, weit unter Preis. Große Frankfurterstraße 125.

Durch Rauch, Brand und Wasser beschädigte Teppiche, Bettvorleger zum vollständigen Ausverkauf, jetzt für die Hälfte des Preises. Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Durch Rauch beschädigte Felle, weit unter Preis.

Durch Brand und Wasser beschädigte Linoleum- und Läuferstoffe fabelhaft billig. Große Frankfurterstraße 125.

Beschädigte Schlafdecken 1.45, 1.95, 2.45, 2.85 usw.

Möbelstoffreste, Wolle und Plüsch, spottbillig. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Pfandleihhaus Krebber, Küstrinerplatz 7, spottbilliger Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Deckenverkauf, Schmucksachen, Goldsachen, Silbersachen, verfallene Pfänder. 2192R

Teppichhaus Lefèvre, Oranienstraße 158, die neu erschienene Weihnachts-Extraliste gratis. 2071R*

Leihhaus Schmidt, Rosenthalerstraße 48, an der Warschauerstraße. Uhren, Ketten, Gold-, Silberwaren, Verkauf verfallener Pfänder billigst.

Leihhaus Schmidt, Rosenthalerstraße 48. Betten, Leib-, Tisch- und Bettwäsche billigst. 2992R*

Leihhaus Schmidt, Rosenthalerstraße 48. Herrengarderoben billigst.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

7.50. Jackettanzüge, Winterpaletots, Hosen, Joppen kauft man zu staunend billigen Preisen im Monatsgarderoben-Haus Sommerfeld, Oranienstraße 18, Ecke Heinrichsplatz. 2961R*

Monatsanzüge, Winterpaletots, Gehrockanzüge, teils auf Seide aus den ersten Werkstätten, in größter Auswahl, für jede Figur passend, zu enorm billigen Preisen nur im Monatsgarderoben-Haus Sommerfeld, Oranienstraße 18, Ecke Heinrichsplatz. Jahrgeld vergütigt. 2962R*

Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen von Paul Hirsch. Preis 2,— Mark, geb. 2,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachstehend aufgeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz.

Teppiche, fehlerhafte, spottbillig.

Gardinen, Stores, Musterexemplare, für halben Wert.

Fellvorlagen, große Partieposten.

Plüschportieren, einzelne Paare, spottbillig.

Steppdecken, Musterstücke, spottbillig.

Vorwärtsleser, beachtet vorstehende 6 Anzeigen. 2830R*

Littauers Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte spottbillig, Stalitzerstraße 99, Warschauerstraße 67. *

4.50 prachtvolle Betten, 8,00 baumige Bauernbetten, Aussteuer, Damastbezüge 3,90. Nur Pfandleihe, Andreasstraße achtunddreißig. 1R*

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig, 18,00, große Laken 90 Pfennige. 1R*

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 25,00. Pfandleihe, Andreasstraße achtunddreißig. Annoncenvorzeiger vergütet Fahrgeld. 1R*

Taschenuhren, silberne, 2,50, goldene 6,—. Gestempelte 585 Gold 13,50. Operngläser 2,70. Freischwinger-Regulateure 9,—, Ringe 333 gestempelt 1,—. Viele hundert Broschen, Ohrringe, Halskolliers, Medaillons, Uhrketten 1,50 bis 16,30, alles mit Garantieschein, solange Vorrat reicht. Nur Pfandleihe, Andreasstraße achtunddreißig. Annoncenvorzeiger vergütet Fahrgeld. 1R*

Die Grundbegriffe der Wirtschaftslehre. Eine populäre Einführung von Julian Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Uhren, Ketten, Brillantringe, günstige Gelegenheit, Leihhaus Elsasserstraße 59. 279/10*

Möbel, Schuhwaren, Taschenuhren, Handwagen billigst, Palisadenstraße 46. †34*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Brillant-Ringe, Broschen, Uhren, Goldsachen, Kessel spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 2861b*

Operngläser, Reisegläser, Reisezeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. *

1000 neue Nähmaschinen, Prima Langschiff für Familie 55 Mark, Abzahlung 75 Mark ohne Anzahlung. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe Landsbergerstraße. 1962R*

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tüllbettdecken, Uebergardinen, Sofastoffreste spottbillig. Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Hofeingang. Vorwärtslesern sechs Prozent. Sonntags geöffnet. 2488R*

„Selbstverständlich"!! Allerbilligster Warenverkauf im Pfandleihhaus Hermannplatz 6. *

Hermannplatz 6. Staunendbilligste Pfänderverkäufe!! Riesenauswahl! Winterpaletots!! Jackettanzüge!! Gehrockanzüge!! Herrenhosen!! Damensachen!! Pelzstolas!! Extrabillige Festgeschenke!! Schmucksachen!! Taschenuhren! Kettenauswahl!! Ringeauswahl!! Broschenauswahl!! Armbänder!! Freischwinger!! Hochelegante Teppichauswahl!! Gardinenauswahl!! Bettenauswahl!! Wäscheauswahl!! Plüschtischdecken!! Steppdecken!! Kunstbilder!! Nähmaschinen!! Pianinos!! Erstklassigster Warenverkauf Hermannplatz 6. Sonntags ebenfalls. *

Sozialreform oder Revolution von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Glossen zu Yves Guyots und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums", von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Ohne Anzahlung, Woche 50 Pfennig, Bilder, Spiegel. Ferner: Möbel, Polsterwaren, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Bettbezüge, Portieren, Uhren, Gaskronen, Herrengarderobe. Weber, Prenzlauerstr. 25. Besuch, eventuell Postkarte. 2537R*

Gaskronen, 5 Tage Probelieferung! Entzückende Neuheiten, sowie billige Muster. Amortisation-Versandpreise! Tatsächlich ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00 (bis Hundert Kaufsumme). Gasdichtigkeit garantiert. Riesenlager Louis Böttcher (selbst), Betriebsleitung Borbagenerstraße zweiunddreißig (Hochbahn, Stadtbahn: Warschauerstraße). Filialen: Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser-Friedrichstraße 247. 2998R*

Linoleum, Linoleumläufer, Linoleumteppiche, Partieposten spottbillig. Müller, Große Frankfurterstraße 41. *

Herrenanzüge, Paletots, monatlich 10 Mark (Kasse Engrospreise), Tomporowski, Lindenstraße 110. *

Damenpaletots, Mäntel, Maßanfertigung, monatlich 10 Mark (Kasse Engrospreise), Tomporowski, Lindenstraße 110. 2929R*

Tüllbettdecken, volle Bettgröße, Erbstüll, reichgestickt 6,75, Englisch Tüll 2,50, Tüllbettrückwände 6,75. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 2967R*

Pfandleihhaus! Rixdorf, Bergstraße 58 (Ringbahnhof). Hochelegante Winterpaletots! Gehrockanzüge! Jackettanzüge! Joppen! Pelzstolas! Bettenverkauf! Wäscheverkauf! Gardinenauswahl! Teppichverkauf! Plüschtischdecken! Steppdecken! Freischwinger! Bilderverkauf! Herrenuhren! Damenuhren! Kettenverkauf! Schmucksachen! Weihnachtsgeschenke! Spottpreise! Sonntags gänzlich geöffnet! 6R*

Monatsanzüge und Winterpaletots, Joppen von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrockanzüge von 12.00, Fracks von 2.50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Handleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Nax, Mulackstraße 14.

Gaskronen, Salonkronen, dreiflammig 15 Mark, Schlafzimmer-Ampeln 6 Mark, Speisekronen, Perlenampeln usw. billig. Kloster, Rixdorf, Kiemetzstraße 6 I. †122*

Damenuhren, verfallene, Herrenuhren, Ketten goldene und feinste Doublés, spottbillig Leihhaus Neue Schönhauserstraße 11. 219/18*

Puppenwagen, neu, spottbillig Exerzierstraße 19A, vorn II rechts.

Waschzober, groß, Stück 8,70, Klempnerei Hollmannstr. 40. 2876b*

Schaukelwannen, Waschwannen, Sitzwannen, Fabrikpreise, Hollmannstraße 40. 2877b*

Monatsanzüge, Paletots, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzelt, nur Rosenthalerstraße 10. Sonntag den ganzen Tag. 279/16*

Geschäftsverkäufe.

Gutgehendes Kolonial-, Grünkramgeschäft ist wegen Krankheit des Mannes sofort zu verkaufen. Sichere Existenz. Zu erfragen bei Grunewald, Köslinerstraße 21 I. 2870b*

Möbel.

Möbel-Teilzahlung. Spezialität: kleinere Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbelstücke verkauft unter nur denkbar kulantesten Bedingungen. E. Cohn, Große Frankfurterstraße 58. 2991R*

Möbelgelegenheit! Wenig gebrauchte, guterhaltene Möbel, auch neue, einfachste, eleganteste, beliebenweise, verfallene spottbillig, Riesenlager, Lombardspeicher, Neue Königstraße 6/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. (Zahlungserleichterung.) *

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen"

Berlin C. A. Hahnisch, Augustst. 50.
W. G. Schmidt, Kirchdachstr. 14.
O. P. Mann, Petersburger Platz 4. **Gustav Vogel,** Koppenstr. 83. **R. Wengels,** Andreasstr. 17.
NO. L. Zucht, Emmanuelkirchstr. 12. **J. Neul,** Barnimstr. 42.
N. H. Raschke, Bernauer Str. 9. **F. Trapp,** Stettiner Str. 10. **Karl Mars,** Lychener Str. 123. **Karl Weiße,** Nazarethkirchstr. 49. **H. Vogel,** Lortzingstr. 37. **A. Tietz,** Invalidenstr. 124. **L. Dechand,** Ruheplatzstr. 24.
NW. Karl Anders, Salzwedelerstr. 8. **Weckert,** Gotzkowskystr. 29.
SW. H. Werner, Gneisenaustr. 72. **Dachn,** Hagelberger Str. 27.
S. St. Fritz, Prinzenstr. 31. **Rich. Schmidt,** Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Bohm, Lausitzer Platz 14/15. **P. Horsch,** Engelufer 15.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.
Baumschulenweg. H. Hornig, Marienthalerstr. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Räuschstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Sesenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Friedrichstr. 67.
Grünau. Franz Klein, Bahnhofstr. 6, III.
Johannisthal. Bielicke, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst. Richard Küter, Rödelstr. 9, II.
Köpenick. Emil Wihler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Seikel, Kronprinzenstr. 4, I.
Nieder-Schöneweide. Max Priebke, Britzer Str. 14 II.
Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide. August Henjes, Lausener Str. 2, I.
Pankow. Otto Rißmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf. P. Gursch, Kamekestr. 12.
Rixdorf. M. Heinrich, Neckarstr. 2. **Conrad,** Hermannstr. 50.
Rummelsburg. A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schmargendorf. Gustav Kaminsky, Cunowstr. 2.
Schöneberg. Wilhelm Bäumler, Martin-Luther-Str. 51 im Laden.
Spandau. Köppen, Jagowstr. 9.
Steglitz. H. Bernser, Schloßstr. 119.
Tempelhof. Albert Thiel, Friedrich-Wilhelm-Str. 20.
Treptow. Robert Gramenz, Kiesholzstr. 412, Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. **Schillert,** König-Chaussee 39a.
Wilmersdorf. Wirtnebel, Gasteiner Str. 4, Ecke Holsteiner Straße.

Verkäuflich: (Händler verbeten!) Elegantes Plüschsofa, Trumeau, Boxhund, Kleiderspind, Gaskrone. Zilcher, Königsbergerstraße 11, vorn I rechts. 136/16

Klubsessel (echt Leder), Gelegenheit, Plüschsofa, Chaiselongue billig. Simb, Adalbertstraße 7 II (Kottbuser Tor). 2859b

Kopfzerbrechen!!! macht sich mancher über meine fabelhaft billigen Preise; nur mein Riesenumsatz macht mir dies möglich. Ich verkaufe reell gearbeitete Plüschsofas schon von 48,00 an, Chaiselongues dito für 25,00. Nur Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn. !! Sonntag, den 19. Dezember, bis 8 Uhr abends geöffnet!! 2989b

Fahrräder.

Herrenfahrrad einmal benutzt 40,00. **Damenfahrrad** Holz, Blumenstraße 36b. 1683R*

Musik.

Pianino (Gelegenheit), für 280,— sofort zu verkaufen. Warschauerstraße 58, Quergebäude I. 131/17*

Pianino, vorzügliches, tadellos erhalten, ist sofort ganz billig zu verkaufen Französischestraße 15, I geradeaus.

Nußbaumpianino, elegantes Salominstrument, kreuzsaitig, verkauft J. Lamprecht, Hagelbergerstraße 47.

Sprechapparate Teilzahlungen Invalidenstraße 20, Wilhelmshavenerstraße 73 (Ecke Turmstraße). 8R*

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1.25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". (*

Verschiedenes.

Englischen Unterricht für Anfänger und Vorgeschrittene, Einzelstunden und im Zirkel erteilt G. Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. *

Kunstkopferei von Frau Kokoschka, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Patentanwalt Sengel, Gitschinerstraße 94a.

Nähmaschinen kauft Ziemke, Inselstraße 1 b. 2778b*

Platinabfälle, Silberabfälle, Rückstände, Zahngebisse, Quecksilber, Metalle höchstzahlend, Goldschmelze Nieper, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 2905R

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Platina, alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, Kehrgold, Goldwatten, Quecksilber, Tressen, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände kauft Broß, Goldschmelze Köpenickerstraße 29. Telephon IV, 6968. 136/6*

Komiker Schwartz, Köpenickerstraße 147. 2873b

Volksduett Bogdanowitz, Stargarderstraße 4. †73*

Anständiges Mädchen, eventuell Waise oder alleinstehende Frau, welche tagsüber zu hause näht, kann unentgeltlich wohnen bei Hebamme. Offerten erbeten Spedition Lychenerstr. 123.

Vermietungen.

Schlafstellen.

Schlafstelle zu vermieten. Wilmsig, Griebenowstraße 10/11.

Schlafstelle, Herrn, separater Eingang, Grünerweg 63, Vorderhaus I, links. †39*

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Glasbläser zur Leitung der Fußstation wird verlangt Glühlampenfabrik, Müllerstraße 30. 175R*

Schiefer- und Ziegeldecker-Gesellen werden eingestellt bei Gustav Adolf Wernicke, Berlin NW., Habsburger Ufer. 2871b*

Feinzieher auf Eisen usw. gesucht Stralitzerstraße 53. 196R*

Versilberer verlangt Max Leonhardt, Weißensee, Lehderstraße 86.

Künstliche Blumen. Gewandte Kräuserinnen und Klebterinnen verlangt A. Theile, Köpenickerstraße 113.

Verkäuferinnen, jüngere, branchekundige, für Weißwaren, Schürze, Handschuhe, Wollwaren, Tapisserie werden verlangt. H. Greifenhagen Nachf., Brunnenstraße 17/18. Meldungen 9—10 und 5—7. 188R

Krawattennähen aus Seidenresten, 0,25 an. Gratisabholung. Planufer 23, Hallesches Tor. 2863b*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Achtung! Holzarbeiter

Wegen Streik und Differenzen sind gesperrt:
Knopf- und Perlmuttfabrik Hinze, Schinkestr. 8/9.
Tischlerei und Bodenlegerei Schlichting, Gotzkowskystr. 7.
Tischlerei und Bodenlegerei Timme, Wilmersdorf, Gasteiner Straße 6.
Parkettbodengeschäfte und deren Bauten:
Firma **Kampmeyer:** Holsteiner Ufer 15.
Nordd. Parkettfabrik Hannover, Zwischenmeister **Classen u. Hübner.**
Butterweich, Zwischenmeister **Swoboda.**
Rosenfeld u. Co.
Heine (Breslau).
Bau Salzburger Straße 15.
Lesser.
Sämtliche Betriebe in den Orten **Luckenwalde, Sommerfeld** und **Magdeburg.**
Gleichzeitig ersuchen wir die Kollegen aller Branchen der Holzindustrie das Vermittelungsbureau des gelben „Handwerkerschutzverbandes" streng zu meiden.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Bauarbeiter!

Wegen Streik in Luckenwalde sind folgende Bauten für Einsetzer gesperrt:
Firma Neumann:
Charlottenburg, Suarez- und Pestalozzistr.-Ecke, Brückner.
„ Mindener Str. Lindemann.
Firma Billig:
„ Dernburgstr. 29.
„ Waitzstr. 31. Schönicke.
Berlin, Senefelder Str. Pahl.
Firma Genossenschaft, Luckenwalde:
Firma Rollus:
Ueckermünder Straße, Bau Zirke.
Charlottenburg, Philippsstr. 6, Beskow.
Kaiser-Friedrich-Straße 19, Bau Heinrich.
„ Wittenbergstr. 1, 3, 33, 38.
Der Gauvorstand.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Jugendschriftenausstellung nur noch bis Sonntag, den 19. Dezember, geöffnet ist; wir bitten daher den event. Bedarf an Jugendschriften, Wandschmuck und Klassikerausgaben baldigst decken zu wollen.

Der Vorstand des Wahlvereins

Schöneberg. Heute Mittwoch, den 15. Dezember, abends 8 Uhr, findet in den Neuen Rathaussälen die Fortsetzung des Vortrages „Vom Urtier zum Menschen" mit Lichtbildern statt. Billetts sind am Eingang und in der Spedition Martin-Lutherstraße 51 zu haben. Da der Vortrag rechtzeitig beginnt und verschiedenes nachzuholen ist, wird um pünktliches Erscheinen ersucht.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

„Geschenkartikel".

Dies schöne Wort neuen, kaufmännischen Stils kann man jetzt vor Weihnachten häufig in den Schaufenstern lesen. Es bezeichnet gewöhnlich eine Ware, die „nach was aussieht" und wenig kostet. Zu Weihnachten wird dieses Genre besonders stark verlangt. Vor allem von denen, denen das Schenken nicht Herzenssache ist, sondern eine leidige, unbequeme Notwendigkeit, der sie sich nicht entziehen können. Den größten Zuspruch haben die Geschenkartikel durch die Hausfrauen, die sich ein oder mehrere Dienstmädchen leisten können. Diesen Damen sind die billigsten Gegenstände als Weihnachtsgabe für ihre Mädchen gewöhnlich die liebsten, und so sieht man sie in allen Läden nach den bei ihnen so sehr beliebten „Geschenkartikeln" ausspähen. Die Geschenkartikel zeichnen sich in augenfälliger Weise dadurch aus, daß sie bei aller Billigkeit äußerlich in einer ansprechenden Form hergerichtet sind. So werden dem Publikum zu diesem Zweck Kleiderstoff, Blusen, Wäschestücke, Seife usw., in geeigneten Mengen in hübsche Kartons verpackt, als „Geschenkartikel" angeboten. Und dabei fällt es besonders auf, daß der reelle Wert der Ware, den solche Kartons enthalten, sich gewöhnlich im umgekehrten Verhältnis zu der netten Umhüllung befindet. Ein Kleiderstoff z. B., der qualitativ kaum so viel taugt, daß es sich lohnt, ihn nach Hause zu tragen, sieht in dem weißen, mit Papierspitzen verzierten Glacékarton so hübsch aus, daß er leicht über seine wahre Beschaffenheit hinwegtäuscht, und so geht es mit vielen ähnlich hergerichteten Dingen. Solche Schätze werden eifrig von den Hausfrauen für ihre Dienstmädchen gekauft. Und diese selben Frauen sieht man für den eigenen oder den Bedarf ihrer Familienangehörigen ohne Bedenken das Teuerste wählen, nach dem richtigen Erfahrungssatz, daß das Teuerste im Gebrauch das wohlfeilste ist, eine Erfahrung, die sie ihren unentbehrlichsten Arbeitskräften gegenüber nicht in Anwendung bringen. Wozu auch? Für das Dienstmädchen dünkt ihnen das Billigste gerade gut genug, sie sehen nur darauf, daß die geschickte Ausstattung, die der Händler den Geschenkartikeln zu geben weiß, über den wahren Wert hinwegtäuscht. Viele Mädchen sind aber nicht mehr so unbewandert in „herrschaftlichen" Praktiken und wissen die Dinge oft richtig einzuschätzen. Diesen Mädchen ist die Weihnachtsfreude mehr ein Weihnachtsleid, und doch wird es ihnen bitter verargt, wenn sie nicht die beglückte Dankbarkeit heucheln, wie es sich nach der Ansicht der Gnädigen geziemt.

Die Brotverteuerung,

unter der die minderbemittelte Bevölkerung nun schon seit mehreren Jahren zu leiden hat, **dauert noch immer fort.** In Berlin läßt das Auf und Ab der Brotpreise sich genauer verfolgen, weil hier das Statistische Amt der Stadt regelmäßige Preisermittelungen vornimmt. Von einem nennenswerten „Ab" können wir aber einstweilen noch nicht reden, wenn wir uns die Resultate dieser Ermittelungen ansehen. Nach dem raschen „Auf", das uns in 1906 und mehr noch in 1907 beschert worden war, hatte zwar in 1908 endlich wieder eine Ermäßigung der Brotpreise sich bemerkbar gemacht. Doch nur zu bald verlangsamte die kaum begonnene **Abwärtsbewegung** sich so sehr, daß sie schon in 1909 ziemlich wieder **zum Stillstand** kam. Somit halten noch immer die Brotpreise sich auf einer Höhe, die im Vergleich zu denen früherer Jahre ganz ungewöhnlich ist.

Die Zahlen liegen jetzt erst bis **Oktober** vor, sie sind für diesen Monat kürzlich vom Statistischen Amt bekannt gegeben worden. Gewonnen wurden sie, wie üblich, aus dem Durchschnitt der Brotpreise zahlreicher über das ganze Stadtgebiet sich verteilender Bäckereien, in denen das Statistische Amt Backwaren ankaufte. Aus dem ermittelten Gewicht der Backwaren wurden für den Oktober Preise berechnet, die beim Roggenbrot nur wenig unter dem Preis aus Oktober 1907 stehen und beim Weizenbrot (Schrippen) den Preis aus Oktober 1907 sogar noch überschreiten. Der Durchschnittspreis pro Kilogramm **Roggenbrot** war im Oktober 1909 immer noch $80^{4}/_{10}$ Pf., mehr sogar als in demselben Monat von 1908, wo er $80^{1}/_{10}$ Pf. betrug, während in 1907, 1906, 1905, 1904 aus diesem Monat $82^{9}/_{10}$ Pf., $27^{1}/_{10}$ Pf., 25 Pf., $28^{3}/_{10}$ Pf. berechnet worden waren. (Das Statistische Amt kauft, wenn wir recht unterrichtet sind, nur in solchen Bäckereien, die weder Rabatt noch Zugabe gewähren, wofür dann hier das Brotgewicht um so höher sein wird.) Für das Kilogramm Roggenbrot reichlich 80 Pf., das ergibt auf **ein Fünfgroschenbrot noch nicht ganz $3^{1}/_{2}$ Pfund,** während noch vor fünf Jahren das Durchschnittsgewicht eines Fünfgroschenbrotes volle $4^{1}/_{4}$ Pfund war. Es fehlt mithin an jedem Fünfgroschenbrot, das von einer Arbeiterfamilie gekauft wird, immer noch ein Brotquantum von ziemlich 1 Pfund. Wo früher vier Brote reichten, da müssen jetzt mindestens fünf Brote gekauft werden, um dasselbe Brotquantum zu erhalten. Man kann sich leicht ausrechnen, wie das in einer vielköpfigen Familie mit starkem Brotverbrauch den Geldbeutel belastet. Noch ärger ist der Preis des **Weißbrotes** im Laufe des letzten Jahrfünftes gestiegen. Er hat schließlich eine Höhe erreicht, die dieses Gebäck fast schon als **Luxus** erscheinen läßt. Der Oktoberdurchschnittspreis pro Kilogramm Schrippen war $54^{6}/_{10}$ Pf. in 1909, gegenüber $52^{8}/_{10}$ Pf. in 1908 und $53^{1}/_{10}$ Pf., $44^{3}/_{10}$ Pf., $43^{7}/_{10}$ Pf., $41^{4}/_{10}$ Pf. in 1907, 1906, 1905, 1904. Das Durchschnittsgewicht der **Dreierschrippe** beträgt in Berlin schon längst, schon seit dem Herbst 1907, **keine fünfzig Gramm** mehr.

Zu solchen Brotpreisen von schier unerschwinglicher Höhe kommt noch die **Teuerung zahlreicher anderer Nahrungs- und Genußmittel,** durch die am schwersten die minderbemittelte Bevölkerung betroffen wird. Sie hat auch diese neueste Schröpfung denjenigen Parteien zu danken, die jede Verteuerungspolitik der Reichsregierung gutheißen und mitzumachen bereit sind.

Verbrannt ist in der vorvergangenen Nacht die 60 Jahre alte Kürschnermeisterswitwe Elise Horn geb. Mahlke, die für sich allein in der Stallschreiberstr. 31 im Quergebäude eine Stube und Küche bewohnte. Um 1 Uhr nachts hörte man einen Aufschrei und die Schneiderin Frau Röstel, die im Vorderhause wohnt, sah, daß bei Frau Horn alles brannte. Die Feuerwehr fand die ganze Einrichtung in Flammen und die Wohnungsinhaberin am Gesicht, am Halse und an der Brust bereits verkohlt am Fenster liegen. Neben ihr lag in Scherben ihre Petroleumlampe. Wahrscheinlich war die Frau mit der Lampe gefallen. Ein Arzt konnte nur noch den Tod der Verunglückten feststellen. Den Brand löschte die Feuerwehr in einer Viertelstunde.

Zu dem Frauenmord.

Die Ermittelungen zur Aufklärung des Frauenmordes sind in den letzten Tagen durch allerhand falsche Gerüchte erheblich gestört worden. Vor allem lassen sich die Kreise, auf die es besonders ankommt, dadurch von weiteren Mitteilungen abhalten, daß der Verdacht auf Hahn und Frau Schreck gelenkt worden ist. Nach allem, was bisher festgestellt werden konnte, handelt es sich dabei aber nur um ein haltloses Gerede. Irgend jemand, hat einen Verdacht geäußert, und das hat sich nun immer weiter fortgepflanzt. Einer redet dem anderen nach, was er hört. Der Verdacht hatte sich so festgesetzt, daß die Leute in diesen Kreisen die ganze Angelegenheit schon für erledigt halten und an andere Spuren gar nicht mehr denken. Schon aus diesem Grunde mußte die Kriminalpolizei den Dingen auf den Grund gehen. Es bedarf aber gar keiner Erwähnung, daß sie nach wie vor die verschiedensten Spuren verfolgt und überall auf die Mitwirkung des Publikums angewiesen ist. Jede Nachricht irgend welcher Art nimmt sie auch weiterhin dankbar entgegen. Nach dem 29. November, abends 10¾ Uhr, hat man von der Anna Arnholz immer noch keine Spur wieder gefunden. Sie verließ damals die Schankwirtschaft von Opatz in der Urbanstr. 55 und hatte die Absicht, noch ein anderes Lokal aufzusuchen. Das hat sie wahrscheinlich auch getan, es sei denn, daß sie bald auf der Straße einen Begleiter gefunden hätte. Gestern war das Gerücht verbreitet, daß der Kopf der Ermordeten im Wasser und die Beine in einem Keller gefunden worden seien. Daran ist kein wahres Wort.

Bedeutsam ist das Ergebnis der Ermittelungen über einen von uns schon erwähnten Fund geworden, der am 8. Dezember, nachmittags um 2 Uhr, auf dem Tempelhofer Felde gemacht wurde. Nachdem am 7., morgens, an der Dreibundstraße das Paket mit den Armen zum Vorschein gekommen war, machte am folgenden Tage nachmittags der Klempnermeister und Hausbesitzer Franke aus der Pannierstraße zu Rixdorf mit seinem Airedale-Terrier einen Spaziergang, auf dem er auch an dem Garnisonfriedhof in der Hasenheide vorüber kam. Als er eine halbe Stunde später denselben Fußpfad wieder ging, apportierte sein Hund ein Paketchen, das ein paar Strümpfe enthielt. Etwa 100 Meter hiervon lag ein blutiges Taschentuch. Franke übergab beides der Kriminalpolizei. Die Strümpfe wurden mit vielen anderen Sachen, die man in jenen Tagen fand, der Schwägerin der Anna Arnholz vorgelegt. Sie erkannte sie zunächst nicht. Gestern jedoch sah sie sich diese Strümpfe noch einmal genauer an, und erkannte sie jetzt als ein Paar, das sie der Arnholz bei ihrem letzten Besuch in Lichtenberg mitgab, weil sie klagte, daß sie in ihren dünnen Strümpfen an kalten Füßen leide. Die Strümpfe hatten in der Wade ein Loch gehabt. Mehrere Maschen hatten sich gelöst. Die Schwägerin hatte das Loch mit Garn einfach zusammengezogen. Von diesem selben Garn fand sie noch etwas in ihrer Wohnung. Dazu kommt noch ein anderes Zeichen. Die Frau hatte die Sohlen der Strümpfe mit anderfarbiger Baumwolle gestopft, die Hacken dagegen mit Wolle. Sie erklärt das damit, daß die Wolle für die Sohle zu stark gewesen wäre. Die Sohle hätte dann Druckstellen bekommen. Für die Hacken komme das nicht in Betracht. Auch von dieser anderfarbigen Baumwolle fand man noch in ihrer Wohnung. Diese Strümpfe waren nun in eine Bäckertüte gesteckt und verschnürt worden. Das Taschentuch dagegen lag frei auf dem Felde. Es hat mit den Strümpfen und dem Frauenmord wahrscheinlich nichts zu tun. Der Schwägerin der Arnholz ist es nicht bekannt. Franke sagte nun, das Paketchen mit den Strümpfen habe bei seinem ersten Gang über den Fußpfad noch nicht dagelegen. Sonst hätte der Hund es sicher schon damals apportiert, und wenn das nicht, so hätte er es sehen müssen. Er glaubt nun, daß ein Mann, der zu der Zeit vor ihm herging, es an die Fundstelle gelegt oder geworfen habe. Dieser Mann, dessen Ermittelung von der größten Bedeutung wäre, ist etwa 28 Jahre alt, etwa 1,70 Meter groß und schlank, blaß und hager. Er hat dunkelblondes Haar, keinen Bart und einen nachlässigen Gang und trug ein braunes Jakett, eine dunkle Hose, wahrscheinlich einen schwarzen steifen Hut, keinen Ueberzieher.

Fest steht nun, daß der Täter bald hintereinander, am 7. morgens und am 8. nachmittags, in jener Gegend auf dem Tempelhofer Felde gewesen ist. Er wird also wohl dort in der Umgebung zu suchen sein.

Zwei schwere Straßenbahnunfälle werden vom gestrigen Tage gemeldet. Der Kaufmann Schlesinger aus der Lützowerstr. 8 in Charlottenburg hatte einen nach Pankow fahrenden Straßenbahnwagen benutzt, den er an der Ecke der Schönhauser Allee und Lottumstraße verließ. Er ging um den haltenden Bahnwagen herum und betrat in demselben Augenblick das Nebengleis, als auf diesem ein Zug der Straßenbahnlinie 47 E, in der Richtung nach dem Spittelmarkt fahrend, herannahte. Schlesinger wurde umgestoßen und geriet mit dem rechten Fuß unter den Schutzrahmen. Durch Anheben des Wagens wurde der Verunglückte befreit und nach der Unfallstation in der Schönhauser Allee gebracht, wo schwere Gehirnerschütterung und Bluterguß am Kopf festgestellt wurde. In bedenklichem und besinnungslosem Zustande wurde der Kaufmann nach dem Krankenhaus Friedrichshain übergeführt.

Ein zweiter ähnlicher Unfall ereignete sich gegen ¾6 Uhr abends in der Landsberger Allee. Dort versuchte die fünfzehnjährige Verkäuferin Irma Meier, Landsberger Allee 28 wohnhaft, unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 81 das Gleis zu überschreiten, wurde umgestoßen und fiel so unglücklich, daß sie mit der rechten Schulter unter den Schutzrahmen geriet. Mit Hilfe von Straßenpassanten wurde der Bahnwagen angehoben und die Verunglückte aus ihrer entsetzlichen Lage befreit. Die M. hatte einen Bruch des rechten Schlüsselbeins sowie erhebliche Verletzungen und Hautabschürfungen im Gesicht, am Kopfe, Rücken und rechten Schulter erlitten. Sie wurde zu einem in der Nähe der Unfallstelle wohnenden Arzt gebracht, der ihr Notverbände anlegte, und dann auf ihren Wunsch nach der elterlichen Wohnung geschafft.

Zur Charakteristik der „Deutschen Krankenunterstützungskasse Kassel", vor welcher wir und auch der Polizeipräsident gewarnt haben, diene folgender Vorfall, den uns ein Leser schildert. Er schreibt:

„Meine Frau Marie .... war seit dem 1. November 1908 Mitglied bei oben benannter Kasse. Laut Statut soll meine Frau im Falle einer Krankheit freie ärztliche Behandlung, Medizin und eine wöchentliche Unterstützung von 6 M. erhalten. Am 7. Juli d. J. erkrankte meine Frau und begab sich zu Herrn Dr. Nitsch-Vorsigwalde in Behandlung. Derselbe schrieb meine Frau krank; demgemäß hätte meine Frau Anspruch auf obige Unterstützung gehabt. Die Kasse lehnte die Unterstützung ab, weil meine Frau nach dem Urteil des Vertrauensarztes der Kasse, Dr. Alberts, Mühlenstr. 58, nicht total erwerbsunfähig sei. Hierauf strengte ich gegen die Kasse eine Klage bei dem königl. Amtsgericht in Kassel wegen Zahlung von 24 M. Krankengeld an. Laut Mitteilung meines Vertreters, des Herrn Rechtsanwalts Bartelt in Kassel, vom 8. d. Mts. ist die Kasse am 7. d. Mts. zur Zahlung der 24 M. und zur Tragung der Kosten verurteilt worden. Die Kasse hat trotzdem nicht gezahlt, sondern hat sich pfänden lassen, und die Pfändungen sind fruchtlos verlaufen."

Zur Warnung vieler teilen wir den Sachverhalt mit.

An die Adresse der Großen Berliner richtet sich folgende Klage, die uns mit der Bitte um Veröffentlichung zugeht:

„Ich wohne Berlin O. und arbeite in Rixdorf, Mayhach-Ufer (Möbelfabrik J. C. Pfaff). Die einzige Fahrverbindung wäre mit Linie 22 oder 46 von Große Frankfurterstraße, Ecke Andreasstraße bis Hobrechtbrücke. Jedoch ist es nicht möglich, genannte Linien zu benutzen, da man sonst nicht pünktlich um 7 Uhr im Geschäft sein kann. Die Wagen dieser Linien fahren zu spät. Es wohnen viele Arbeiter aus genannter Fabrik im Osten, und so sind wir gezwungen, den weiten Weg zu Fuß zu machen. Bei dem schlechten Winterwetter gewiß nichts Angenehmes. Wäre es nicht Pflicht „der Großen", den Betrieb um 10 Minuten früher zu eröffnen?"

Der Arbeitsnachweis der Arbeitgeber der Berliner Metallindustrie wird in recht eigenartiger Weise geführt. Vor einiger Zeit wandte sich ein Arbeiter mit einem schriftlichen Gesuch an die Rollersche Maschinenfabrik in der Prinzenallee und sandte zwei Originalzeugnisse mit ein. Nach längerem Warten auf Antwort beschloß ich, so schreibt uns der Arbeiter, einmal persönlich bei der Firma anzufragen. Vom Kontor wurde ich nach der Meisterstube geschickt; hier erklärten mir die anwesenden Meister, daß mein Gesuch nebst Zeugnissen nach der Gartenstraße geschickt worden wäre und man wunderte sich, daß ich die Zeugnisse und Antwort noch nicht zurückerhalten hätte, sie selbst dürften nur noch durch den Nachweis Leute einstellen. Ich begab mich nun nach dem vielberühmten Nachweis. Jeder muß hier einen Beamten passieren, der die Papiere dahin prüft, ob der Inhaber in den letzten sechs Monaten in der Metallindustrie beschäftigt gewesen ist. Wer diese Bedingung nicht erfüllt, wird schon hier abgewiesen; andere erhalten eine Nummerkarte. Zehn um zehn werden nun in den Bureauraum gerufen. Hier sind Männlein und Weiblein (zirka 16) beschäftigt, darunter ziemlich junge Burschen, die jeden bis aufs Hemd ausfragen, wollen wissen, ob der Bewerber Soldat war, verlangen das Führungsattest zu sehen, ob der Nachsuchende verheiratet ist oder nicht, stellen außerdem noch mehr solche mit dem Nachweis von Arbeit nicht zusammenhängende Fragen. Meldet sich einer oder der andere zu einer vorher ausgerufenen Stellung, dann wird er auch noch gefragt, ob er organisiert ist.

Von der Antwort ist abhängig, ob er Arbeit zugewiesen erhält. Nach langem Hin und Her erhielt ich endlich meine Zeugnisse zurück mit dem Bemerken, daß ich in Zukunft gut täte, Zeugnisabschriften einzusenden.

Unserer Meinung nach hatte die Rollersche Firma kein Recht, die an sie gesandten Zeugnisse weiter zu geben und durfte sie nicht durch Vermittelung des sawarzen Kabinetts in der Gartenstraße dem Arbeiter aushändigen lassen.

An geschlossenen Droschken soll, wie der „Lokal-Anzeiger" sich schreiben läßt, gegenwärtig, besonders nach Schluß der Theater und Konzertaufführungen großer Mangel herrschen. Sobald es nicht gerade schneit oder regnet, fände man meist nur die offenen Wagen, die aber selbst enragierte Luftfreunde, wenn sie aus einem heißen Saale kommen, nicht benutzen.

Uns wird das Gegenteil mitgeteilt. Kutscher versichern uns, daß sie mit geschlossenen Droschken stundenlang warten müssen, ehe sie einen Fahrgast erhalten.

Das Berliner Adreßbuch für 1910 ist erschienen und gelangt von heute ab in der Hauptexpedition des Berliner „Lokal-Anzeigers", Zimmerstr. 38—41, von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags zur Ausgabe. Von den Vorbestellern kann das Adreßbuch gegen Aushändigung der ihnen zugesandten Legitimationskarte und Zahlung von 12 M. in Empfang genommen werden. Von Sonnabend, dem 18. d. M., ab erfolgt gegen eine Zustellungsgebühr von 20 Pf. die Lieferung der nicht abgeholten Exemplare in die Wohnungen der Besteller. Der Verkauf nicht vorbestellter Bücher zum Ladenpreise, der um 2 M. höher ist als der Vorbestellpreis, findet nur in der vorgenannten Hauptexpedition statt.

Seinen Wochenlohn verloren hat am Sonnabend zwischen 5 und 6 Uhr ein junger Arbeiter auf dem Wege von der Schmidstraße 23/24 bis Bahnhof Jannowitzbrücke. Das Portemonnaie enthielt 19,50 M., außerdem noch eine österreichische Münze. Da der Verlust den Arbeiter hart trifft, wird der eventuelle Finder um Abgabe gebeten an Wasker, Stephanstr. 60.

Eine arme Arbeiterin verlor am 13. Dezember, 4½ Uhr nachmittags, vom Görlitzer Bahnhof bis Ecke Wiener und Skalitzer Straße eine Portemonnaie mit 20 M. Inhalt, vermutlich beim Einsteigen in die Straßenbahn Linie 98. Da es fremdes Geld war und die Arbeiterin ersatzpflichtig ist, wird der ehrliche Finder gebeten, dasselbe gegen Erstattung der Unkosten abzugeben in der Parfümerie-Expedition Oberschöneweide, Laufener Straße 21, oder dorthin Nachricht zu senden.

Vermißt wird seit dem 13. November in Tempelhof die Schülerin Gertrud Schneider, am 1. Juni 1896 in Schmargendorf, Kreis Teltow, geboren, die bei ihren Eltern in der Dorfstr. 18 wohnte. Dieselbe hat sich am genannten Tage gegen 5 Uhr nachmittags entfernt und ist seit dieser Zeit nicht wieder gesehen worden. Das für ihr Alter stark entwickelte Mädchen hat blondes Haar, blaue Augen und frisches rotes Gesicht. Bekleidet war dieselbe mit einem bordeauroten Kleide, graublau-melierter Jacke und trug einen dunkelblauen Haarfilzhut. Mitteilungen über den Verbleib der Vermißten nimmt jedes Polizeirevier sowie die Kriminalpolizei zu Nr. 4792 IV 156. 09 entgegen.

Wer ist der Tote? An einem Baum erhängt wurde im Grunewald im Jagen 85 in der Nähe des Forsthauses Teufelssee ein unbekannter Mann von 45 bis 50 Jahren aufgefunden. Der Tote ist 1,65 bis 1,70 Meter groß, hat blondes, an den Schläfen schon etwas ergrautes Haar und einen starken rotblonden Schnurrbart. Er trug eine schwarze Kammgarn- und eine blaue Tuchhose, eine dunkle Weste mit roten Punkten, ein schwarzes Kammgarn-Jackett, einen rotbraunen Winterüberzieher mit Samtkragen, zwei Trikothemden, ein Vorhemd, einen blauweißen Schlips (Selbstbinder), schwarze Sommerstrümpfe und einen schwarzen steifen Hut. Eins seiner weißen Taschentücher ist O. D., das andere W. P. gezeichnet. Mitteilungen über die Persönlichkeit des Toten nimmt der Amtsvorstand zu Grunewald entgegen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

In der letzten Sitzung der Gewerkschaftskommission teilte zunächst Genosse Henkel mit, daß vor der der Generalversammlung der Ortskrankenkasse vorangegangenen üblichen Vorbesprechung der Delegierten der Ortskrankenkasse die Metallarbeiter mit ihren Vertrauensleuten und Bezirksleitern bereits eine eigene Vorbesprechung abgehalten hätten, zu welcher auch Angehörige einer fremden Gewerkschaft zugezogen worden seien. Wenn man auch gegen eine Vorbesprechung solcher oder ähnlicher Angelegenheiten in den einzelnen Gewerkschaften nichts einwenden könne, so führe diese Handlungsweise der Metallarbeiter leicht zu Grenzstreitigkeiten und weiter zu einer Zersplitterung der Stimmen in der Generalver-

sammlung. Da in dieser Generalversammlung auch der Vorstand der Kasse zur Wahl stand, mußten die Metallarbeiter vor allem die Sache im Auge behalten, alles Persönliche zurückstellen und vorsichtiger zu Werke zu gehen, selbst wenn sie sich nach Zahl ihrer Mitgliedschaft nicht genügend unter den Delegierten und im Vorstande der Kasse vertreten glauben. Weiter gilt es in der Generalversammlung der Krankenkasse nicht Interessen eines einzelnen Berufes zu vertreten. Besonders wurde den Vertretern der Metallarbeiter vorgeworfen, daß sie nicht offen vorgegangen seien, und daß trotz ihrer gegenteiligen Behauptung in ihrer Vorbesprechung persönliche Angapfungen gegen verschiedene Parteigenossen vorgebracht worden seien. In der Gewerkschaftskommission wurden diese von den Metallarbeitern vorgebrachten Beschuldigungen widerlegt. Die Vertreter der Metallarbeiter führten dagegen aus, daß in ihrer Vorbesprechung die bevorstehende Krankenkassengeneralversammlung und Vorstandswahl sachlich diskutiert worden sei und alles Persönliche ausgeschieden war. Die Angehörigen der fremden Gewerkschaft seien irrtümlich geladen worden, da die Metallarbeiter sich nicht ganz klar darüber gewesen seien, ob dies nicht vielleicht doch Mitglieder ihres Verbandes waren. Nach Schluß der Debatte wurde über folgende Resolutionen abgestimmt:

„1. Die Aufstellung der Delegierten zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse Schöneberg ist im Einverständnis mit den Vertretern des Verbandes der Metallarbeiter erfolgt. Auch mit den vorgenommenen Streichungen waren die Vertreter einverstanden, aus welchem Grunde die Gewerkschaftskommission Schönebergs nachträgliche Beschwerden der Vertreter der Metallarbeiter, sie hätten zu wenig Delegierte erhalten, als unbegründet zurückweist.

2. Die Vertreter der Schöneberger Gewerkschaftskommission verurteilen auf das entschiedenste das einseitige Vorgehen der Vertreter des Metallarbeiterverbandes zu der Delegiertenversammlung der Ortskrankenkasse Schöneberg. Sie erwarten, daß die Vertreter der Metallarbeiter diese an Sonderbündelei grenzenden Bestrebungen in Zukunft unterlassen."

Der erste Antrag wurde gegen eine Stimme, der zweite gegen 4 Stimmen angenommen. Eine dritte Resolution des Ausschusses wurde, als durch die beiden ersten Anträge erledigt, abgelehnt.

Hierauf berichtete der Vorsitzende, daß die Genossen den Antrag gestellt hätten, den Raum für den Arbeitsnachweis zu vergrößern. Ein Vertreter der Arbeitgeber habe bei dieser Gelegenheit erklärt, daß er seit 3 Jahren der Deputation angehöre, den Raum aber noch nicht gesehen habe. Der in der 3. Klasse gewählte Stadtverordnete Borsch habe sich zu der Erklärung verstiegen, daß der Arbeitsnachweis eine Wohlfahrtseinrichtung wäre, und daß die Arbeiter, wenn sie dort auch eingepökelt ständen, zufrieden sein müßten. Diese Aeußerung verdient um so mehr festgenagelt zu werden, als erst bei den letzten Stadtverordnetenwahlen die Bürgerlichen ganz anders zu sprechen verstanden, allerdings nur, um die Stimmen der Arbeiter zu erhalten.

Ein gewaltiger Dachstuhlbrand kam gestern in der fünften Nachmittagsstunde in dem Eckhause Neue Winterfeldtstr. 40 (Eisenacher Straße) zum Ausbruch. Er wurde erst bemerkt, als aus dem Eckturm, der das Gebäude krönt, helle Flammen emporschlugen. Als Branddirektor Flöter mit den beiden Löschzügen der Schöneberger Wehr am Brandplatz eintraf, glich der brennende Turm einer Riesenfackel. Die Wehr griff sofort mit vier Schlauchleitungen über mechanische Leitern und Treppen hinweg ein. Während der Löscharbeiten stürzte der Turm krachend in sich zusammen. Glücklicherweise fielen die Trümmer nach innen, so daß Unglücksfälle nicht zu verzeichnen waren. Gegen 8 Uhr abends waren die Lösch- und Aufräumungsarbeiten beendet.

Rixdorf.

Die gestrigen Stadtverordneten-Ersatzwahlen im Nordbezirk in der zweiten Abteilung standen im Zeichen des Wahlrechtsraubes. War es im vorigen Jahre noch möglich, auf die sozialdemokratischen Kandidaten 178 Stimmen zu vereinigen, so brachten wir es diesmal auf 56 Stimmen. Bei der Wahlrechtsverschlechterung immerhin ein gutes Resultat.

Das Wahlergebnis ist folgendes. Es erhielten:

Kabermann und Schmidt (Lib.) 186 Stimmen.
Schultze und Rosenhauer (Bürgerl. Demokraten) 189 Stimmen.
Lennig und Ziechmann (Soz.) 56 Stimmen.

Stichwahl zwischen Kabermann, Schmidt (Lib.) und Schultze, Rosenhauer (Demokr.).

Mit wichtigen Dingen wird sich eine am Donnerstag, den 16. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Rathause, Berliner Straße 63, stattfindende Sitzung der Stadtverordneten beschäftigen. Die Tagesordnung enthält u. a. folgende Punkte: Beantwortung der Anfrage über den gegenwärtigen Stand der Schnellbahnfrage. Einrichtung eines neuen Wochenmarktes.

Einrichtung von Elementarlehrer- und Lehrerinnenstellen an der höheren Mädchen- und Mädchenmittelschule.

Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung.

Antrag betreffend die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Vor dem Spiegel erschossen hat sich vorgestern mittag der 54 Jahre alte Gastwirt Eggert in der Kopfstraße 29. Eggert war früher Tischler und richtete kürzlich mit seiner Frau eine Gastwirtschaft ein. E. sah sich in seen Erwartungen getäuscht. Vorgestern mittag verließ er die Gasträume, begab sich in sein Schlafzimmer, stellte einen Spiegel auf einen Spieltisch, nahm vor ihm Platz und schoß sich eine Revolverkugel in die rechte Schläfe. Seine Frau fand ihn tot auf dem Stuhle sitzen.

Wilmersdorf.

100 Proz. Einkommensteuerzuschlag werden in den neuen Etat Wilmersdorfs eingestellt. Schon im Vorjahre beanstandete die Regierung die Festsetzung der Wilmersdorfer Gemeindeeinkommensteuer auf 90 Proz. und ließ sich zu einer Genehmigung in letzter Stunde nur bewegen, um nicht den ganzen Etat der Stadt über den Haufen zu werfen. Indessen erklärte die Aufsichtsbehörde schon damals, daß für 1910 ein Zuschlag von 100 Proz. erhoben werden müsse, da nach § 54 des Kommunalabgabengesetzes die Einkommensteuer nur dann geringer sein dürfe als 100 Proz., wenn die Realsteuern diesen Satz nicht überstiegen. Der Magistrat hat dem Drängen der Regierung jetzt nachgegeben.

Charlottenburg.

In der Lehrstellenvermittelung des städtischen Arbeitsnachweises ist im Interesse einer sachgemäßen Auswahl von Lehrstellen die Einrichtung getroffen, daß die zur Entlassung kommenden Schulkinder zur frühzeitigen Angabe ihres beabsichtigten Berufes veranlaßt werden. So sind schon jetzt Knaben angemeldet, die für Ostern 1910 eine Lehrstelle suchen, und zwar nicht nur in den Metallgewerben (als Mechaniker, Maschinenbauer, Maschinenschlosser, Dreher), sondern auch im Baugewerbe (Schlosser, Klempner, Tischler) sowie als Buchbinder, Barbier, Bäcker, Maler, Schmiedet, Schuhmacher, Vergolder, Schriftsetzer, Gärtner usw.; endlich als Bureaubeamter, Buchhalter, Schreiber usw. Auch haben sich eine Anzahl Mädchen gemeldet, die eine Lehrstelle als Schneiderin, Putzmacherin und Buchhalterin suchen, sowie auch solche, die bereit sind, Dienstbotenstellen anzunehmen, in denen sie für den häuslichen Beruf ausgebildet werden. Die Vermittelung im städtischen Arbeitsnachweis Kirchstr. 5, in der Nähe der Luisenkirche, sowie in der Zweigstelle für weibliches Hauspersonal am Wittenbergplatz 4, Ecke Bayreuther Straße 8, ist für beide Teile kostenlos.

Die Verpflichtung zum Besuche der Fortbildungsschule, die sich bisher auf 3½ Jahre erstreckte, soll nach einem Magistratsbeschlusse, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung und des Bezirksausschusses, vom 1. April 1910 ab nur noch 3 Jahre betragen, und zwar von der Beendigung der Volksschulpflicht an bis zum Schlusse des Schulhalbjahres, in dem der Schüler das 17. Lebensjahr vollendet. Treten junge Leute jedoch erst später als mit Beendigung der Volksschule in die Lehre, so sollen sie verpflichtet sein, die Fortbildungsschule bis zum Beginn des Schulhalbjahres, in dem sie das 18. Lebensjahr vollenden, zu besuchen.

Britz.

Eine öffentliche Käuferversammlung des Käufervereins Britz wird sich morgen abend bei Zilz, Werder- Ecke Rungiusstraße, mit dem Genossenschaftswesen beschäftigen. Das Referat hat Genosse Ritter übernommen. Es soll eventuell in dieser Versammlung Beschluß über den Anschluß an die Konsumgenossenschaft Berlins und Umgegend gefaßt werden.

Tempelhof-Mariendorf.

Ueber das vom Jugendausschuß veranstaltete Vortragsthema: Industrialismus und Arbeiterbewegung wird am heutigen Mittwoch abends 8 Uhr im Restaurant Apelt, Tempelhof, Berlinerstraße 41/42, Genosse Woldt den letzten Vortrag halten.

Alt-Glienicke.

Zeitweilig erregte Debatten rief die Gemeindevertretersitzung hervor. Der „Auseinandersetzungsvertrag mit dem königl. Forstfiskus bezüglich der Eingemeindung forstfiskalischen Geländes in den Gemeindebezirk Alt-Glienicke" wurde durch Mehrheitsbeschluß in der nichtöffentlichen Sitzung verhandelt. Unter Geschäftlichem machte der Vorsitzende bekannt, daß die Apotheke in Alt-Glienicke nicht genehmigt worden ist. Der Antrag des Kaufmanns Kerrmann auf Entbindung von seinem Amte als Gemeindeverordneter wurde abgelehnt. Dem Antrage, der Armenkommission 250 M. als Weihnachtsunterstützung für Ortsarme zu überweisen, wurde zugestimmt. Eine umfangreiche Debatte rief der Antrag: Aufhebung des Gemeindebeschlusses vom 12. November betreffend Erhöhung der Gehälter der Gemeindebeamten und Zurückstellung des Antrages der Lehrer um Ortszulage hervor. Die Aufhebung des Beschlusses wurde mit acht gegen sechs Stimmen beschlossen. An Ortszulagen erhalten die Lehrer auf Beschluß der Versammlung 750 M. pro Jahr unter rückwirkender Kraft vom 1. April 1908 ab mit der Maßgabe, daß für 1908 nur 50 Proz. bewilligt werden. Der Antrag der Gemeindebeamten um Erhöhung ihres Gehalts wurde vertagt; es soll mit der Aufbesserung der Beamtengehälter zugleich eine Erhöhung der Löhne der Gemeindearbeiter vorgenommen werden. Die Vertretung beschloß des weiteren noch unter anderem die Anschaffung eines verstellbaren Schneepfluges.

Reinickendorf.

Ein schweres Brandunglück ereignete sich gestern nachmittag in der Ostdeutschen Spritfabrik G. m. b. H., Provinzstr. 40/42. Dort füllte der 36jährige Arbeiter Karl Gerlach Spiritus aus einem Fasse ab, wobei seine Kleider mit der Flüssigkeit in Berührung kamen. Als er später an einem offenen Lichte vorüberging, fingen die mit Spiritus getränkten Kleider Feuer, das sofort an dem Körper emporloderte. Zwar wurden die Flammen von hinzuspringenden Arbeitern bald erstickt, doch hatte Gerlach bereits so schwere Brandwunden davongetragen, daß er in hoffnungslosem Zustande nach dem Pankower Krankenhause geschafft wurde.

Nowawes.

Ueber den Wert der Wertzuwachssteuer-Ordnung für Nowawes kam es in der letzten Wahlvereinsversammlung zu lebhaften Auseinandersetzungen. Wie wir einem uns zugegangenen Bericht entnehmen, war der Anlaß hierzu eine Kritik dieser Steuerordnung, die in unserer Nummer vom 20. November veröffentlicht worden ist. In dieser Kritik war hingewiesen auf die Unzulänglichkeit der Vorlage. Die zur Erhebung kommenden Sätze seien sehr minimale, wozu komme, daß weitgehende Ermäßigungen vorgesehen seien. Dem Erwerbswert werden hinzugerechnet alle Aufwendungen für Verbesserungen des Grundstücks, die Erwerbskosten bis zu 5 Proz. des Erwerbspreises, bei unbebauten und unbenutzten Grundstücken auf höchstens 20 Jahre 4 Proz. jährlicher Zinsen des Erwerbspreises.

Unsere Genossen in der Gemeindevertretung glaubten nach Lage der Sache für diese Steuerordnung eintreten zu müssen und sahen in der in unserem Blatte veröffentlichten Kritik der Vorlage Vorwürfe gegen ihre Haltung, da sie Anträge auf Verschärfung der Steuerordnung nicht gestellt hatten. Das veranlaßte den Genossen Gruhl, als Sprecher der Fraktion, in der Wahlvereinsversammlung die Gründe für das Verhalten der Gemeindevertreter darzulegen und sich gegen den Verfasser der oben erwähnten kritischen Bemerkungen zu wenden. In einer Resolution billigte die Versammlung die Ausführungen des Referenten in der Wertzuwachssteuerfrage. Dann heißt es in der Resolution unter voller Nennung des Namens unseres Berichterstatters, daß seine persönliche Meinung eine falsche sei, und es werden ihm Verhaltungsmaßregeln gegeben, wie er in Zukunft zu berichten habe.

Gegen dieses Verfahren müssen wir entschieden Einspruch erheben. Abgesehen davon, daß Meinungsdifferenzen unter Genossen sachlich und nicht persönlich ausgetragen werden sollten, ist es gänzlich ungewöhnlich und vor allem ungehörig, in einer für die Oeffentlichkeit bestimmten Resolution den Namen des Berichterstatters unseres Blattes zu nennen und ihm vorzuschreiben, daß er nur zu referieren habe. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß es im vorliegenden Falle sehr wünschenswert war, daß eine kurze kritische Betrachtung über die Steuerordnung uns zuging. Entsprach die Würdigung derselben den Wünschen und Ansichten der mit der Materie vertrauten Genossen nicht, so hätte nichts im Wege gestanden, eine andere Auffassung zum Ausdruck zu bringen. Soweit wir aus dem uns zugegangenen Bericht über die Verhandlungen in der Versammlung ersehen, ist auch kein Vorwurf erhoben worden darüber, daß unsere Genossen in der Gemeindevertretung in der Schlußabstimmung über die Steuerordnung für dieselbe gestimmt haben, sondern darüber, daß sie es hätten daran fehlen lassen, während der Verhandlungen Anträge zu stellen, höhere Sätze festzulegen oder die den Ertrag der Steuer abschwächenden Bestimmungen zu beseitigen. Unsere Genossen glaubten, solche Anträge nicht stellen zu sollen im Hinblick auf die Gefahr der gänzlichen Ablehnung der Steuerordnung überhaupt, andererseits sei „die beschlossene Wertzuwachssteuer-Ordnung die beste in Preußen".

Wir wollen uns in keine lange Polemik einlassen über den Wert der für Nowawes beschlossenen Steuerordnung. Feststellen wollen wir aber, daß der von unseren Nowaweser Genossen aufgestellte Grundsatz, keine verbessernden Anträge zu stellen im Hinblick auf die Gefahr der Ablehnung der Steuerordnung, von uns in keiner Weise geteilt werden kann. Als vor zwei Jahren aus dem von der Berliner Stadtverordnetenversammlung eingesetzten Ausschuß zur Vorberatung der Magistratsvorlage betreffend Einführung einer Wertzuwachssteuerordnung eine Steuerordnung herauskam, die nach Ansicht unserer Fraktion diesen Namen nicht mehr verdiente, stimmten unsere Genossen mit vollem Recht gegen die „Wertzuwachssteuer ohne nennenswerten Ertrag". Von denselben Grundsätzen wird sich die Fraktion leiten lassen in ihrer Haltung gegenüber der kürzlich vom Magistrat eingebrachten Wertzuwachssteuervorlage. Auch diese Vorlage ist mit so vielen abschwächenden Bestimmungen versehen, daß unsere Genossen es als ihre Pflicht betrachten, durch Stellung entsprechender Anträge die Steuer zu einer möglichst ergiebigen zu machen, und die sozialdemokratische Fraktion wird ihre Zustimmung zu dieser Steuerordnung abhängig machen von der Gestalt, die ihr schließlich gegeben wird.

Diese Haltung unserer Genossen ist nicht nur korrekt, sondern einfach selbstverständlich.

Daß Steuerordnungen, die eine Wertzuwachssteuer enthalten, den Grundbesitz nicht zu hart anfassen und nach Möglichkeit abgeschwächt werden, dafür sorgen die Grundbesitzer im Verein mit Grundstücksspekulanten, die auf Grund des elenden Dreiklassenwahlrechts in den Vertretungen die erste Geige spielen, schon selber.

Eine Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften wird am Sonnabend, den 18. Dezember, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Max Singer, Priesterstr. 31, 1 Treppe, im Bibliothekszimmer, eröffnet. Die Schriften liegen zur Besichtigung und zum Kauf aus in der Zeit vom 18. bis 24. Dezember, und zwar wochentags von 8 bis 10 Uhr abends und Sonntags von 2 bis 8 Uhr nachmittags. Es wird erwartet, daß das Bestreben, den Proletarierkindern nur wirklich gute Bücher in die Hand zu geben, auch unter den Arbeitern von Nowawes immer mehr Beachtung findet. Wie im vorigen Jahre, so kommen auch diesmal Bücher zum billigen Preise, gute Klassiker und Parteischriften für die Erwachsenen zur Ausstellung und zum Verkauf. Ein reger Besuch der Ausstellung ist daher sehr erwünscht.

Der sozialdemokratische Wahlverein Nowawes.

Gerichts-Zeitung.

Klein-Rhoden wider Pategg.

Der bekannte „Fall Zickel" bildete indirekt den Ausgangspunkt einer Privatklage, die gestern den **Schauspieler Rudolf Klein-Rhoden** als Kläger, den **Schauspieler Max Pategg** als Angeklagten vor das Schöffengericht Berlin-Mitte führte. Max Pategg, der anderthalb Jahrzehnte mit an der Spitze der Bühnen-Genossenschaft gestanden hat, wurde beschuldigt, im Bühnenklub bei einer Unterhaltung mit den Schauspielern **Emanuel Reicher** und **Rickelt** mit Bezug auf den Privatkläger beleidigende Aeußerungen gemacht zu haben. Bei dem erwähnten Gespräch wurde der „Fall Zickel" erwähnt und gab zu einer Erörterung Veranlassung. Der Privatkläger ist Mitglied des Rechtsschutzbureaus der Bühnengenossenschaft. Herr **Pategg** vertrat den Standpunkt, daß das Vorgehen des Rechtsschutzbureaus in Sachen Zickel incorrekt sei, indem es sich damit begnügt habe, eine Anzeige an das Polizeipräsidium gelangen zu lassen, sondern auch noch Vertreter der Presse sich ins Haus geladen und Einsicht in die Akten gestattet, und somit dafür gesorgt habe, daß noch unbewiesene Tatsachen schon der Oeffentlichkeit preisgegeben wurden. Der Angeklagte war der Ansicht, daß ein solches Vorgehen des Rechtsbureaus nicht würdig sei. In dieser Debatte wurde gesagt, daß Herr Klein-Rhoden und Herr Stark zur fraglichen Zeit allein als Mitglieder des Rechtsbureaus in Berlin anwesend gewesen seien und allein die vom Angeklagten gerügten Schritte unternommen hätten; später haben die übrigen aus den Ferien zurückgekehrten Mitglieder diese Schritte allerdings gutgeheißen. Herr Pategg soll nun bei jener Unterhaltung im Bühnenklub gesagt haben, dieses nur auf Sensation und Skandal abzielende Vorgehen gehe von einer **Persönlichkeit aus, die im höchsten Maße Mißtrauen hervorrufe; diese Persönlichkeit sei Herr Klein-Rhoden.** Auf eine Frage, wieso er zu dieser Behauptung komme, soll Herr Pategg gesagt haben: er habe dem Rechtsanwalt des Privatklägers, Rechtsanwalt Dr. **Treitel**, einen Brief geschrieben und darin behauptet, daß Herr Klein-Rohden ein Schwindler und Betrüger sei, und wenn er auf diesen Vorwurf nicht reagiere, so sei er ein Schuft. — Der Angeklagte **Pategg** erklärte, daß er nicht mehr wisse, welche Ausdrücke er bei dieser Gelegenheit gebraucht habe. Nach seiner Erinnerung habe er nur gesagt, er habe an den Rechtsanwalt Dr. Treitel geschrieben, daß eine Frau in einem Schreiben an ihn Herrn Klein-Rohden unter Anführung von Zeugen und Tatsachen eines **betrügerischen und schwindelhaften Vorgehens** beschuldigt habe. Diese Frau war eine Frau Anna Rauch in Graz, die in einem Schreiben an Herrn Pategg diesen anflehte, sie zu schützen und sie zu ihrem Rechte zu verhelfen. Bei dieser Frau hat der Privatkläger vor 18 Jahren in Graz gewohnt; sie behauptete, daß er ihr **488 Kronen schuldig geblieben** und nach Amerika gegangen sei. Alle Bemühungen, Herrn Klein-Rohden zum Ausgleich seiner Schuld zu bewegen, seien vergeblich gewesen. — Der **Privatkläger behauptet** in längeren Ausführungen, daß **die Beschuldigungen**, die die Frau Rauch in diesem Briefe ausgesprochen, **teils völlig unzutreffend, teils höchst übertrieben seien.** Die Frau habe, ohne daß sie ihre Forderungen substanziieren konnte, im Wege des **Vergleichs** ihr Geld erhalten und ihm sei keinerlei Vorwurf zu machen.

Als Zeugen wurden **Emanuel Reicher** und **Gustav Rickelt** vernommen. Sie sagten aus, daß Pategg selbst seine **persönliche** Ansicht dahin ausgesprochen habe, daß der Privatkläger ein Betrüger und Schwindler sei. Beide Zeugen bekundeten ferner, daß zwischen Herrn Pategg und Herrn Klein-Rohden seit längerer Zeit ein sehr starker Antagonismus herrsche. Dies zeigte sich auch in den sehr lebhaften Kontroversen, die sich zwischen dem Angeklagten und dem Privatkläger entwickelten.

Das Schreiben der Frau **Rauch** an den Angeklagten Pategg wurde verlesen. Justizrat **Bergmann** beantragte, die Frau Rauch als Zeugin zu vernehmen und durch sie die Behauptungen in ihrem Briefe eidlich bestätigen zu lassen. — **Das Gericht lehnte den Antrag ab**, da es diesen Wahrheitsbeweis für unerheblich in dieser Sache hielt und als **wahr** unterstellte, daß der Brief von Frau Rauch geschrieben ist und die angeführten Behauptungen enthielt.

Rechtsanwalt Dr. **Treitel** beantragte die Bestrafung des Angeklagten und behauptete, daß es sich um eine Racheaktion handle, um den Privatkläger als Künstler und als Mensch zu vernichten. — Justizrat **Bergmann** nahm für Pategg den Schutz des § 193 in Anspruch, denn dessen Vorgehen sei nicht aus Schmähsucht erfolgt, sondern aus der vollen Ueberzeugung heraus, daß der Privatkläger nicht in das Rechtsschutzbureau der Bühnenangehörigen hineingehöre. — Das **Gericht** kam zur **Verurteilung** des Angeklagten **Pategg** aus §§ 185 und 186. Der Schutz des § 193 wurde diesem **nicht** zugebilligt. Nach Ansicht des Gerichts hat Pategg den Zweck, den Privatkläger aus dem Rechtsschutzbureau herauszubringen, mit jener beleidigenden Aeußerung **nicht** verfolgt. Berechtigte Interessen liegen nicht vor; andererseits aber hat der Gerichtshof erwogen, daß der Angeklagte unzweifelhaft die Ueberzeugung gehabt hat, daß die Behauptungen der Frau Rauch wahr seien. **Die Strafe ist deshalb auf 40 M. Geldstrafe bemessen worden.**

Eine geheime Verbindung

im Sinne des § 128 1 hatten die Behörden in **Dresden** konstruiert. Das dortige Landgericht hat bekanntlich am 10. Juni vier Mitglieder derselben, die Kandidaten **Grinblatt** und **Paslin**, den Kaufmann **Soboleff** und den Ingenieur **Kruglikoff** zu Gefängnis von 2 Monaten bezw. 6 Wochen verurteilt. Die Angeklagten sind russische Staatsangehörige und die „geheime Verbindung" ist der russisch-sozialdemokratische Arbeiterverein, der in Deutschland eine Reihe von Ortsgruppen hat, auch in Dresden, Leipzig und Mittweida. Zweck des Vereins soll die Unterstützung der sozialdemokratischen Partei in Rußland sein. Das Gericht hat angenommen, daß der Tatbestand des § 128 1 auf diesen Verein zutrifft.— Die **Revision** der Angeklagten, vertreten durch Rechtsanwalt Karl Liebknecht, wurde am Montag vom Reichsgericht **verworfen.**

Vermischtes.

Zum Ueberfall im Eilzug. Die Eisenbahndirektion in **Kattowitz** hat auf die Ergreifung des Mannes, der bei Beuthen eine alleinreisende Dame im Eilzug überfallen hat, eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt. Zeitungsmeldungen, nach denen der Täter bereits ermittelt sein soll, entsprechen nicht den Tatsachen.

Die Feuersbrunst in Valdivia, über die wir in der gestrigen Nummer berichteten, ist, nach einer Meldung aus Santiago de Chile gelöscht. Ein Stadtgebiet von zehn Hektar ist zerstört. Die Ge-

bäude zweier deutschen Banken und mehrerer deutschen Handelshäuser sowie die Zollgebäude sind ein Raub der Flammen geworden.

Ein Liebesdrama wird aus Leipzig gemeldet. Dort wurde auf einem Grundstück der Gothaer Straße heute ein Liebespaar vergiftet aufgefunden. Das Mädchen war tot, der Mann wurde noch lebend in das Krankenhaus gebracht. Die Personalien waren noch nicht festzustellen.

Bei einem Zusammenstoß des New York Central Expreß mit einem Zuge der Küstenbahn bei Erie in Pennsylvanien sind, wie eine Meldung aus New York besagt, **vier Personen getötet und neun lebensgefährlich verletzt** worden.

Brand des Dampfers „Prinz Ludwig". Auf dem deutschen Dampfer „Prinz Ludwig", der von Japan zurückkehrend heute früh in Hongkong angekommen ist, brach laut telegraphischer Nachricht während des dortigen Aufenthalts im Lagerraum Nr. 3 Feuer aus. Die Ursache ist unbekannt. Das Feuer ist gelöscht. Die Ladung in Raum Nr. 3 wurde beschädigt. Verletzt wurde niemand.

Sozialdemokratischer Lese- und Diskutierklub „Heinrich Heine". Heute abend 8½ Uhr Sitzung bei Bolze, Rodenbergstraße 8. Gäste willkommen.

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Heute abend 9 Uhr: 4. Abteilung in Lichtenberg bei Beckmann, Samariterstr. 11, und 5. Abteilung in Rixdorf bei Kaufhold, Erkstr. 8. — Morgen Donnerstag: 3. Abteilung in Schöneberg bei Wielsch, Grunewaldstr. 82. Vortrag über Verbrennungen und Erfrierungen und praktische Uebungen.

Freie Turnerschaft Rummelsburg und Umgegend. Am Mittwoch, den 15. Dezember, abends 8½ Uhr, veranstaltet die Damenabteilung in der Turnhalle Boxhagen ein Schauturnen, zu dem alle Turnfreunde willkommen sind.

Lese- und Diskutierklub „Südost". Heute abend 8½ Uhr Sitzung bei Neidhardt, Görlitzer Str. 58. Gäste willkommen.

Witterungsübersicht vom 14. Dezember 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.
Swinemünde	777	ONO	3	bedeckt	8	Haparanda	768	SW	2	bedeckt	—1
Hamburg	776	ONO	5	bedeckt	3	Petersburg	783	S	1	Schnee	—6
Berlin	776	NO	2	bedeckt	—1	Scilly	769	ONO	4	bedeckt	6
Frankf. a. M.	778	NO	5	wolkenl.	—1	Aberdeen	779	S	1	bedeckt	6
München	770	O	2	wolkenl.	—8	Paris	767	NO	3	wolkenl.	—1
Wien	773	NW	1	wolkenl.	—4						

Wetterprognose für Mittwoch, den 15. Dezember 1909.
Ziemlich trübe und nebelig bei mäßigen östlichen Winden ohne erhebliche Niederschläge; Temperatur in der Nähe des Gefrierpunktes.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 13.12. cm	seit 12.12. cm¹)	Wasserstand	am 13.12. cm	seit 12.12. cm¹)
Memel, Tilsit	559²)	+153	Saale, Grochlitz	248	—15
Pregel, Insterburg	40⁴)	+12	Havel, Spandau³)	92	+6
Weichsel, Thorn	254	+8	„ Rathenow³)	120	+6
Oder, Ratibor	283	—24	Spree, Spremberg³)	94	—2
„ Krossen	227	+19	„ Beeskow	183	+7
„ Frankfurt	205	+11	Weser, Münden	67	—21
Warthe, Schrimm	168	+8	„ Minden	170	—22
„ Landsberg	97	+1	Rhein, Maximiliansau	403	—11
Netze, Vordamm	13	—2	„ Kaub	249	—14
Elbe, Leitmeritz	16	—3	„ Köln	330	—23
„ Dresden	—100	—5	Neckar, Heilbronn	119	—1
„ Barby	—	—	Main, Wertheim	224	—15
„ Magdeburg	224	—	Mosel, Trier	177	—24

¹) + bedeutet Wuchs, — Fall. ²) Unterpegel. ³) Eisbewegung. — ⁴) Eisstand.

Was schenke ich noch?

Ein Pfund coffeinfreien „Kaffee Hag"
in eleganter Weihnachtspackung.
(Künstlerisch ausgeführte Metallbüchse.)
Ohne Preisaufschlag. Ueberall zu haben.

Kaffee-Handels-Aktiengesellschaft, Bremen.

128/17

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 15. Dezember.
Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Die Walküre. (Anfang 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König.
Deutsches. Der Widerspenstigen Zähmung.
Kammerspiele. Das Heim.

Anfang 8 Uhr.

Neues königl. Opern-Theater. Geschlossen.
Neues Schauspielhaus. Dans defence.
Nachm. 3 Uhr: König Zivapek.
Lessing. Vor Sonnenaufgang.
Komische Oper. Tiefland.
Neues. Ein königlicher Spaß.
Kleines. Heuchler. Die Medaille.
Neues Operetten. Miß Dudelsack.
Nachm. 3 Uhr: Die goldene Märchenwelt.
Berliner. Hohe Politik.
Trianon. Buridans Esel.
Residenz. Im Taubenschlag.
Hebbel. Der Skandal.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die erste Geige.
Sch. Charlottenburg. Wallensteins Tod.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Der Ehrenrat.
Nachm. 3½ Uhr: Die Nibelungen.
Westen. Die geschiedene Frau.
Nachm. 3 Uhr: Struwwelpeter.
Thalia. Die süße Cora.
Nachm. 4 Uhr: Max und Moritz.
Luisen. Gib mich frei.
Volksoper. Die Afrikanerin. (Anfang 8½ Uhr.)
Rose. Die Grille.
Nachm. 4 Uhr: Goldhärchens Himmelfahrt.
Lustspielhaus. Der dunkle Punkt.
Nachm. 3½ Uhr: Der Zauberkessel.
Metropol. Hallo!!! — Die große Revue.
Folies Caprice. Sicher ist sicher. Bunter Teil. Der Mann meiner Frau. (Anf. 8½ Uhr.)
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Casino. Der Obergauner.
Gebr. Herrnfeld. So muß man's machen. Ein Rettungsmittel.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Gastspiel. Der Hüttenbesitzer.
Passage. Gussi Holl. Ota Gygi. Spezialitäten.
Noacks. Die größte Sünde. (Anfang 8½ Uhr.)
Palast. Die neue Herrin. Taft? Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Buggenhagen. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Nachm. 4 Uhr: Trauerspiele im Tierleben.
Abends 8 Uhr: Prof. zur Strassen: Physiologie der sozialen Insekten.
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. Rathgen: Kohlenstoffverbindungen. Leuchtgasproduktion.
Sternwarte, Invalidenstr. 57—62.

Lessing-Theater.
8 Uhr: **Vor Sonnenaufgang.**
Donnerstag, 8 Uhr: **Gespenster.**
Freitag, 8 Uhr: **Tantris der Narr.**

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Weidendammer Brücke.
Nachm. 3½ Uhr zu ermäßigten Preisen:
Die goldene Märchenwelt.
Abends 8 Uhr:
Miß Dudelsack.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Hohe Politik.**
Morgen: **Hohe Politik.**

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Ein königlicher Spaß.
Morgen und folgende Tage:
Ein königlicher Spaß.

Theater des Westens.
8 Uhr: **Die geschiedene Frau.**
Mittw., Sonnab. 4 U.: **Struwwelpeter.**
Sonntag 3½ Uhr: **Ein Walzertraum.**

Lustspielhaus.
Nachm. 3½ Uhr: **Der Zauberkessel.**
Abends 8 Uhr:
Der dunkle Punkt.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Mittwoch, den 15. Dez., Anf. 8 Uhr:
Der Ehrenrat.
Donnerstag zum erstenmal: **Die Haubenlerche.**
Freitag: Die Haubenlerche.
Sonnabend: Die Haubenlerche.

Volks-Oper.
SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
Anfang ½9 Uhr.
Die Afrikanerin.

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Im Taubenschlag.
Schwank in 3 Akten von Hennequin und Veber.
Morgen und folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Gib mich frei.
Schauspiel in 5 Akten nach einer Erzählung von H. Courths-Mahler von Ernst Rittersfeldt.
Donnerstag: Gib mich frei.
Freitag: Geschlossen.
Sonnabend 4 Uhr: Goldhärchens Himmelfahrt. 8 Uhr: Gib mich frei.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstraße 72.
Gänzlich neues Programm mit
Franz Sobanski.
Neu! Um 9 Uhr: Neu!
Am Nordseestrand.
Nordisches Volksstück in einem Akt.
Nach der Vorstellung Mittwoch, Sonnab., Sonnt.: **Tanzkränzchen.**
Am 16. Dez. Beg. d. Weihnachtsvorst.

Walhalla Variété-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Anf. 8 Uhr. **Die großen Dezember-Spezialitäten.**
Im Tunnel: **Regimentskapelle.**
Theaterbesuchern freier Eintritt.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die erste Geige.
Lustspiel in 4 Akten v. Gustav Wied und Jens Petersen.
Ende 10½ Uhr.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Der Meineidbauer.
Freitag abends 8 Uhr:
Miß Hobbs.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.
Trauerspiel in fünf Aufzügen von Friedrich Schiller.
Ende 11 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Miß Hobbs.
Freitag, abends 8 Uhr:
Narziß.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Trauerspiele im Tierleben.
Abends 8 Uhr:
Prof. zur Strassen: Physiologie der sozialen Insekten.
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. Rathgen: Kohlenstoffverbindungen, Leuchtgasproduktion.

Gastspiel-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Hüttenbesitzer.
Sonntag nachmittag 3½ Uhr:
Kleine Preise.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Winter-Garten 1765
Neues Programm!
Otto Reutter.
La Pia
in ihrer Szene „Der Wellen Geist".
Merians Hunde-Theater:
„Entführung d. Salome-Tänzerin", gespielt von 42 Hunden
und die
auserlesenen Sterne
am
Dezember-Himmel
des
Wintergartens.

Apollo Theater
8 Uhr Das Progr. d. Novitäten! 8 Uhr
mit
Prinz Pinne.
Burleske in 3 Bildern
Hauptrolle: **Henry Bender.**
9.30 **Der Schimpanse** Konsul James Great als Tourist, Rodelfahrer, Rollschuhläufer.
10 Uhr: **Das Wunderkind Petit Roberto**, d. kleinste u. beste Xylophon-Virtuose der Welt.

Folies Caprice.
Anfang 8½ Uhr.
Sicher ist sicher.
Neuer bunter Teil.
Der Mann meiner Frau.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr.
Erstes Auftreten der bezaubernden
Gussi Holl
Ota Gygi
14 erstklassige Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.
Heute
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
Die Traummalerin.
Neu: Im Reiche des Königs Aqua.
Geheimnisse der Wassertiefe.
Plastische Riesendioramen.
Tamburitza-Brigantos.
Panophon-Vorträge.
Alles ohne Extra-Entree!

Gebr. Herrnfeld Theater
Kommandantenstr. 57. T. A. 4, 5083.
Der größte Herrnfeld-Erfolg!
„So muß man's machen"
Burleske mit Gesang in zwei Akten, Musik von L. Ital, mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. — Hierzu:
Ein Rettungsmittel
Komödie in 1 Akt von Ludwig Huna.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11—2 Uhr Theaterkasse.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
Zum Schluß, neu:
Der Nachtwächter von Zerpenschleuse.
Studentenbild v. F. Meysel.
Anfang: Wochent. 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Zirkus Schumann
Mittwoch, den 15. Dezember, abends 7½ Uhr:
Gala-Vorstellung.
Henry Valdorf
der moderne Simson
hebt ein
drehendes Karussell.
Der Amerikaner Mr. Niblo
mit seinen
konversierend. Papageien
The Durwal Brothers.
Eine Ringkampf-
Parodie der Clown **Jim-Jam** und **Cottrell.**
Um 9 Uhr Ende 11 Uhr
Die drei Rivalen
oder **Das mysteriöse Schloß in der Normandie.**

Palast-Theater.
Direktion: Robert Gill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Das Riesen-Dezember-Programm.
Bolliai-Truppe. — Eugen Milardo. — Jahnke u. Mary. — Taft? Taft? — Pawel-Comp. — Fata Morgana. —
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Vorzugskarten überall zu haben.
Den p. t. größeren Vereinen zur Kenntnis, daß durch Zufall der 1. Weihnachtsfeiertag zur Abhaltung einer Matinee freigeworden ist. Reflektanten wollen sich umgehend melden. — Desgleichen empfehlen wir unser Theater (bis 5000 Pers. fass.) zur Abhaltung größ. Versammlungen und Matineen.

Tausende
und abermals
Tausende
behaupten mit Recht, das
Union- U.T. Theater
Alexanderplatz, im Grand Hotel,
(Riesen-Kinematograph)
steht unerreicht u. einzig da!
Heute:
Das neue grandiose
Elite-Programm!
Jede Piece ein Kanonenschlager!
Ununterbrochen von 5 Uhr ab: Vorstellung.

Weihnachts-Messe
Dresdener Str. 34/35 Luisenhof (älteste u. größte)
Täglich **KONZERT.**
Eröffnung: Wochentags 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.
Entree Sonntags 20, wochentags 10 Pf.

Zirkus Busch.
Mittwoch, den 15. Dezember, abends 7½ Uhr präzise:
Gr. Galavorstellung.
Die größte Sensation!
Der Amerikaner **Kerslake** m. s. wellber. dressiert. Schweinen.
Zum erstenmal auf d. Kontinent!
Herr Burkhardt-Foottit, Schulreiter. Herr Ernst Schumanns Originaldressuren. Drahtseilkünstler Familie Jungmann.
9½ Uhr: **Farmerleben.**
Sonntag, 19. Dezembr., 3½ U.:
Farmerleben
ohne Kürzung!!

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die Grille.
Ländliches Charakterbild in 5 Akten von Ch. Birch-Pfeiffer.
Donnerstag: **Kabale und Liebe.**

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, 16. Dezember 1909:
Zum ersten Male:
Weihnachten in Feindesland.
Lebensbild in 4 Aufz. v. H. Stobitzer.

W. Noacks Theater
Brunnenstr. 16, am Rosenthaler Tor.
Täglich die Sensations-Novität:
Die größte Sünde.
Soziales Drama von Otto Ernst.
Wolfgang Behring: Franz Merkon.
Sonnabend zum erstenmal: **Die Postkarten-Frida.**

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Buridans Esel.

Casino-Theater
Lothringer Straße 37 Heute 8 Uhr:
Der Obergauner.
Sonnabend, 25. Dez., nachm. 4 Uhr,
Sonntag, 26. Dez., nachm. 4 Uhr:
Neu! **Trudchens Sommerreise.**

Buggenhagen
am Moritzplatz
Anf. 8 Uhr.
Die Birmanische Fürsten-Familie
Silonesou Jaglo
in ihren geheimnisvollen Künsten sowie das glänzende
Spezialitäten-Programm.

Karl Haverland
Anfang **Theater** präz. 8 U.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
13 neue erstklassige **Spezialitäten. 13**
Schlager auf Schlager!

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Die hier verzeichneten Firmen empfehlen bei Einkäufen ihre Geschäfte.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Moabit
Turmstraße 35, Ecke Waldstraße gewährt jedem bei spielend leichter An- und Abzahlung mehrjährigen Kredit auf Waren und Möbel.
Credithaus Gebr. Weber, Neue Königstr. 58.
Lubascher, S. Spandau, Potsdamerstr. 29 I. kulanteste a. Pl.
Rosenheimer, M., Schöneberg, Kolonnenstr. 9 am Ringbahnh.
Weber, Herm., Danzigerstr. 79 I.
Wolter, Carl, Rosenthaler Straße 13.
Zutrana & Co. W. 57 Culmstr. 10 Ecke Göbenstr. best. s. 1887. Möbel- u. sämtliche Waren.

Alkoholfreie Getränke

Sinalco (Bilzbrause)
Gen.-Vertreter Otto Starick NO, Landsberger Allee 6/7. — Fernruf VII. 1660 und 1564. —
Kröger, E., G. m. b. H., Höchsterst. 28.

Bäckereien, Konditoreien

Eiweißhalt. Kraftbrot, vielf. präm. u. ärztl. empf. D. R. P. „Feronia" 157307 Extra-Präsente: Bei 50 Feronia-Marken erhält jed. Käufer 1 Brotkorb, bei 100 eine Brotdose. Bestes und Feinstes ca. 2000 Niederlagen. Alleiniger Fabrikant: Gebr. Hagen Nachfg. Max Hagen, Dalldorferstraße 16.
Göken, Brotfabr., Pappelallee 18, Hof.
Oskar Hanke's Brotbäckerei 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins und in Rixdorf. Gegründet 1892.
Hankes Brotbäckerei Inh.: Paul Hanke. Läden in allen Stadtteilen.
Herberg, Paul, Amsterdamerstr. 29. Utrechterstr. 17. Burgsdorfstr. 14.
Peter's Gross-Bäckerei in allen Stadtteilen und östlichen Vororten; über 60 eigene Geschäfte.
Th. Turban Landbrotbäckerei, Niederbarnimstr. 5, Landsb. Allee 148.
Ulbrich Charlottenburg, 6 Filialen.

Badeanstalten

Augusta-Bad, Köpenicker Str. 60/61.
Diana-Bad, Koppenstr. 33.
Bad Invalidenstr. 18.
Köpenicker Bad, Köpenickerstr. 178.
Münchener Bad, Ri., Münchenerstr. 51.
Neander-Bad, Neanderstr. 12.
Bad Petersburgerstr. 64.
Prinzen-Bad, Prinzenstr. 43.
Viktoria-Bad, Rummelsb., Pr.-Albertst. 4.

Bandagen, Gummiwaren

Lange, A. E., Brunnenstr. 167.
Meyer, P., Ri., Berlinerstr. 49—50.
Peismann, D., Neue Königstr. 30.
Tschache, M., Pankow, Breitestr. 29b.
Wende, A., Turmstr. 34, Optiker.
Zimmer, Rich., gr. Frkft. Str. 112.

Beerdigungsanst., Sargm.

Fuchs, Paul, Frankfurter-Allee 143.
Jordan, E., Birkenstr. 13, Moab. 8196.
Peter-Schley, Wilh., Zossenerstr. 37.
Rommeck, C., Ri., Hermannstr. 22.
Siegmund, Josef, Ri., Nogatstr. 28.
Wagner, P., Ri., Elbestr. 31.

Beleucht.-Gegenstände

Büttner, A., Danzigerstr. 96.
Neuendorf, O. P., Reinickendorferstr. 3 Lf. d. Spar-Ver. Nord.
Schrammar, H., Rixdorf, Richardstr. 116.
Steß, M., Ri., Kaiser Friedrichstr. 219.

Berufskleidung

Bohn, R., Inv.-St. 125, Chausseest. 129.
Garderobenh. Nordstern, Brunnenstr. 58
Göpe, A., Friedrichsfelde, Berl.-St. 34.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Kaiser, Otto, Gerichtstraße 66.
Pahr, Wilh., Brunnenstr. 116.
Schlesinger, Hermann N.W. Turmstrasse 58, N. Reinickend.-Str. 48 Die richtigen Sachen. Lieferant d. Konsumgenossenschaft.
Wilh. Scholem Kottbuserdamm 94, Keller.
Schuch, M., Rixdorf, Berlinerstr. 12.
Spandau, Havelstr 11, Spandau, Rheinländische Arbeiter- und Berufskleidung, S. Lindemann.
Wecker, A. Mühlendamm 3, Kottbuserdamm 58.

Bierbrauereien, Bierhdlg.

Bergbrauerei Bergstr. 22 Feinstes Doppelbier Tel. III, 1412.
Patzenhofer Brauerei Die Patzenhofer Flaschenbiere sind in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.
Berliner, Oswald, Brunnenstr. 141/43.
Berliner Kronenbrauerei.
Berliner Bock-Brauerei.
Berliner Weißbier-Brauerei, Carl Richter, Berlin, Dalldorf. St. 3, T. 1960
Bier-Verlag, Gitschinerstr. 90.
BORUSSIA — Malzbier. —
Brauerei „Germania" Action-Gesellschaft. In ca. 160 eig. Ausschanklokal. 4/10 L. Bairisch 10 Pfg., kl. Weiße 10, gr. Weiße 20 Pfg.
Brauerei Alt-Berlin, Charlottenbg.
Brauerei Königstadt feinste Qualitätsbiere.
Brauerei Pfefferberg, Versand- und Pilsener Bier.
Brauerei Weissensee, G. Enders.
Groterjans Malzbier.
Hempel, E., Müllerstr. 136d.
Kahlenberg, A., Müllerstr. 156c.
Luisenbrauerei Weißensee.
Malz- u. Weißbier-Brauerei Stern, N, Prinz.-Allee 77. Tel.-A. Moabit, 2921.
Richter & Co., J. C. A., Weissbierbrauerei, gegr. 1820. Berlin C 54. Tel. III, 1517.
Schlossbrauerei Schöneberg. Schlossbräu — Kronenbräu in Gebinden und Flaschen.
Spandauerberg-Brauerei, Westend.
Stauch, Christian, Weiß- u. Malzbierbrauerei, Wildenowstr. 4, Tel. II, 1886.
Strebblow & Co., Weißb., Gerichtst. 43
Vereins-Brauerei Rixdorf
Berliner Kindl.
Weißbier-Brauerei, vorm. H. A. Bolle Friedrichstr. 128, Tel. III, 3842.
Weissbier, C. Breithaupt, Palisadenstr. 87. Tel.-A. VII, 2984.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung J. F. Assmann 80 Filialen in Berlin O.
Dünkler, Otto, 11 Filialen.
Butterhandlung Fritz Muth.
Scholz, Arthur, Ri., Hermannst. 39 u. 68
Zu den drei Sternen, zahlr. Filialen.
Zu den drei Kronen, 29 Filialen

Cacao, Chocolade

Beer, Gust., Müllerstr. 158.
Cyliax, G., Filialen i. allen Stadtteilen.
Seiffert, Erich, Filialen in Berlin und Vororten.

Cigarrenhandlungen

Adelt, A. G., Müllerstr. 13.
Böckmann, J., Rixdorf, Bergstr. 136/137.
Conrad, W., Ri., Hermannstr. 36.
Frei-Rauch, Zigaretten, Rixdorf, Ringbahnstr. 20 I, T. Ri. 1946
Geselle, Rudolf, Fruchtstr. 60.
Henning, A., S, Camphausenstr. 13.
Koschorreck, O., Kreuzbergstr. 16—20.
Müller, Paul, Beusselstr. 28.
Priegent, Wilh., Belleallliancestr. 78.
Schirmer, A., Invalidenstr. 3.
Strahler, W., SW, Nostitzstr. 12.
T. A. G., Fehmarnstr. 5.
Teuber, Franz, Urbanstr. 58.
Weber, K., Ri., Hermannstr. 116.
Wolters, Theod., Elßholzstr. 25.

Damenkonfektion

Hugo Ahronfeld, Gr. Frankf. Str. 117 · Badstr. 25, Blusen, Kinder, Mäntel, Maßanfertig.
Cohn, Geschw., Bergmannstr. 5.
Dressel, Wilmersdorferst. 57, Ecke Pestalozzistraße.
Freundlich, Paul, Brunnenstr. 67.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Hirschowitz, Hermannstr. 84, Reinickendorferstr. 13
Link, Paul, Rixdorf, Bernerstr. 63, a. d. Kaiser Friedrichstr. Damen-Mäntel-Fabr.
Paul Loewenthal Rosenthaler Straße 16/17.
Schultz, Paul, Ri., Berlinerstr. 41.
Wagner, P., Rixdorf, Bergstr. 42, Damenmäntel, Pelzw.

Drogen u. Farben

Centr.-Drog., Spandau, Neumeisterstr. 3.
Gottschalk, Otto, Krautstr. 55a.
Groneteld, U. Ri., Hermannstr. 144.
Helios-Drogerie, Frankf. Allee 150.
Hesse, Max, Spandau, Breite Str. 63.
Keune, Carl, Brunnenstr. 39.
Kronen-Drogerie, Alt-Boxhagen 49.
Reges, Koppenstr. 55, a. Schles. Bhf.
Richter, R., Reinickendorferstr. 119.
Schultz, Hugo, Müllerstr. 164a. Photogr. Bed.-Art. Hyg. Gummiw.
Siegfried-Drogerie, Schwedenstr. 1, Koloniestr. 129. Edmund Bochloh, Soldinerstr. 38 Lieferant sämtl. Krankenk. T. II. 3664.

Eisen- u. Stahlw., Waffen

Ale, O., Ri., Kaiser-Friedrichstr. 6.
Anders, Otto, Berlin, Brunnenstr. 109.
Kiessling, G., Rixdorf, Bergstr. 93.
Knichase, A., Berlin SO., Skalitzerst. 46 B.
Lamprecht, Martin, Schwedenstr. 1.
Linde, F., Rixdorf, Friedelstr. 55/56.
Paschke, Max, Ri., Berlinerstr. 82.
Rühlmann, F., Müllerst. 46b, E. Seest.
Schröder, G., Ri., Hermannstr. 59/60.
Sellach, Th., Ri., Hermannstr. 46.
Wolf, Carl, Moabit, Turmstr. 39.
Wurmsee, Max, Nachf., Invalidenstr. 9.

Fahrräd., Nähmaschinen

Baum, Emil, Schöneberg, Herbertstr. 1
Bosling, E., Kottbuserstr. 18.
Daedrich, F., Ri., Kottbuserdamm 77.
Fahrrad-Müller, Frankf. Allee 13.
Fahrrad-Haus „Frisch auf" Brunnenstr. 65, Kottbuserstr. 9.
Fiedler, G., Spandau, Klosterstr. 40.
Hauschert, Willy, Alte Jacobstr. 93. Katalog umsonst. Sehr bill. Preise! Keine Lockartikel.
Heinrichs, E., Müllerstr. 13.
Hoppe, Lothringerstr. 40, Steglitz, Schonstr. 118.
Krüger, Rich., Köpenickerstr. 47a, Linienstr. 2.
Leopold & Schulz, Danzigerstr. 28.
Liersch, F., Rixdorf, Kaiser-Friedr.-Str. 47.
Pohle, Reinh., Schöneb., Hauptst. 105
Röpke, G. Ri., Hohenzollernplatz 15.
Fahrrad-Reiser von Rund um Berlin Solidaria-Mitglieder Händlerpreise.
Weinmeisterstr. 3, I. Kein Laden.
Schönborn, Willy, Charlbg., Schulst. 4.

Färbereien, Wäschereien

Carl Pollnow, Frankfurter Allee 63. 20 Filialen.
Berliner Dampf-Wäscherei Fritz Hering, Neue Königstr. 84.
Meesters, Th.
Osw. Naefe Färberei chem. Wäscherei
Fbr. Britz, Rudowerst. 34
Fil. Rixd., Bergstr. 74 u. 161
Rixd. Kais. Fdr.-St. 195a, 244
„ Friedelstr. 24.
„ Steinmetzstr. 43.
„ Liebauerstr. 23.
Bln. Lausitzerplatz 5.
„ Warschauerstr. 8.
„ Schivelbeinerst. 39.
„ Brunnenst. 34, [illegible] 62.
„ Kastanienallee 27.
„ Bernhardtstr. 13.
„ Bernauerstr. 36.
„ Goltzstr. 12.
„ Akazienstr. 8.
„ Hauptstr. 108.
Stenzel, Paul, 10 Geschäfte in Nord-Berlin.

Fischhandlungen

Winkler & Bärthold, Bergstr. 3 u. 57, Kottbuserd. 29.

Fleischereien u. Wurstw.

Biesold, K., Ri., Hermannstr. 147.
Wurst, Speck, Schinken kaufen Sie am besten u. billigsten bei Anton Fehlau, Gontardtst. Stadtbahnbogen Ecke Königsgrab., Andreasstr. 47, Landsbergerstr. 98, Königsbergerstr. 3, Landsb. Allee 30, Rixd., Bergstr. 18.
Hassenstein, A. O., Badstr. 19.
Wähle, Gust., Emdenerstr. 3, Turmstr. 67.

Grammophons, Sprechm.

Becker, W., Wilmersdorferstr. 127, I.
Goetsch, Frd., Alt-Moabit 107, Edison.
Heinrichs, E., Müllerstr. 13.
Hoppe, Lothringerstr. 40, Steglitz, Schlossstr. 118.
Hoyer, A., Rixdorf, Bergstr. 163 I.
Juhre, M., Brunnenstraße 117, Weberstr. 64. Teilzahlg. gestattet.
Phonographen-Katz größtes Spezialhaus.
Pietsch, Hugo, Müllerstr. 165, Spezialgesch.
Röper, Carl, Petersbg.-Str. 5 u. d. Frkf. Allee
Rund um Berlin Weinmeisterstr. 2.
Wandelt, Invaliden 20, Turmstr. 81, Teilzahlung gestattet

Haus- u. Küchengeräte

Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Hammich, Spandau, Schönewald. St. 22. Emaille, Glas, Porzellan, Lampen.
Küchen-Schreier, Wedding, Dalldorferst. 19.
Lehnert, Emil, Brunnenstr. 178.
Palme, H., Frankf. Chaussee 61 d.
Rohrkrämer P. Nachf., Frkf. Allee 19.
Sandow, Rud., Wilmersdorfer Str. 120. Lampen.
Schreier, Ad., Rixdorf, Bergstr. 14.
Wurmsee, Max, Nachf., Invalidenst. 9.

Herren-Artikel

Bazar-Brunnen, Brunnenstr. 66.
Brocks, J., Müllerstr. 139, 5 a., Bah.
Brückner, Rich., Frankf. Allee 94.
Körnig, Otto, Frankfrt. Allee 49, Petersbg. Str. 29, Warschauer Str. 33.
Krause, Wilh., Ri., Hermannstr. 171.
Littauer, Fr., Frankf. Allee Nr. 184.
Mahnke, Adolf, Rosenthalerstr. 3, Hüte u. Schirme.
Nord-Ost, Gr. Frankf. Str. 130.
Ruben, Oscar, Brunnenstr. 80.
Schlesinger, Turmstr. 58. Reinickendorferstr. 48.
Sprengel, A., Wienerstr. 14 B. Admiralstr. 30.
Zelle, Louis, Oranienstr. 191.
Zirker, Max, Stettinerstr. 2.

Herren- u. Knabengard.

Amerikanische Verkaufshallen, Frankf. Allee 180, Rosenthalerstr. 33.
Bergmann, E., Turmstr. 48.
Bier, Julius, Brunnenstr. 146.
Blitz! nur Goltzstr. 36.
Bohn, R., Inv.-Str. 125, Chausseest. 129 streng reell und billig.
Garderobenh. Nordstern, Brunnenstr. 58
Haber, S., Invalidenstr. 112.
Herr.-Bekleidung, Brunnenst. 73, [illegible]
Hirsch, J., Hochmeisterstr. 23.
Leske & Slupecki, Schönh. Allee 79a.
Marks, F., Barutherstr. 1, I, kein Laden, daher bill. Preise, Teilzahlung gestattet.
Mahlke, J., Pücklerstr. 38.
Ost, W., Frankf. Allee 117, a. Maß.
Raitzig, Ad., Frankf. Allee 107.
Ringel Sie kaufen reell auch nach Maß. 21, Chausseestr. 21.
Rosner, Max, Schneidermeister, Rixd., Bergst. 30/31, Lager fertig und nach Maß.
Salberg, H., Badstr. 58, fert. u. n. Maß.
Salomon, Jul., Brunnenstr. 38.
Schachmann, Louis, Brunnenstr. 51.
Schlesinger, H., Lief. d. Konsumgenossenschaft
Sie kaufen reell auch nach Maß.
Turmstr. 58 u. Reinickendorferstr. 48.
Werner, Erich, Schönhaus. Allee 134, Am Schönh. Tor.

Hüte, Mützen u. Pelzw.

Bazar-Brunnen, Brunnenstr. 66.
Beiße, Rud., Chausseestr. 66.
Casper, Ed., Rixdorf, Bergstr. 130.
Cohn, Simon, Goltzstr. 32.
Frentzel, Albert, Rixdorf, Herm.-Str. 236.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Hasse, Rich., Kastanien-Allee 36.
Jacob, Oskar, Schönhauser Allee 104.
Kehr-Hüte, Friedrichshain 25 (Königstor).
Krüger, Otto, Müllerstr. 174, Prenzl. Allee 210.
Littauer, Fritz, Frankftr. Allee 184.
Lober, Wilh., Frankf. Allee 193.
Lecht, Paul, gr. Frankf. Str. 109.
Mandel's Hutfabrik, Frkft. Chss. 3.
Nord-Ost, Gr. Frankf.-Str. 130.
Papist, E., O. 17, Gr. Frankf. Str. 108.
Partal, A., Frankf. Allee 142.
Prager, Hutfabrik, Prenzl. Allee 27.
Rieck, Em., Badstr. 64, Gerichtstr. 63.
Ring, A., Rosenthaler Straße 19.
Schlesinger, Turmstr. 58 Reinickendorferstr. 48.
Schoerr, Herm., Wilmersd. Str. 46.
Vester, E., Kottbuser Damm 18/19.
Wancke, Ernst, Brückenstr. 6a.
Weiser, H., Greifswalderstr. 33.
Zimmer, H., Ri., Hermannstr. 108/109.
Zöllner, Julius, Badstr. 73.

Kaufhäuser

Falkenstein, Paul, Hochstädterstraße 1.
Emil Hoegner Schöneberg Grunewaldstr., Ecke Akazienstr. Vorwärts-Leser erhalt. dopp. Marken
Kaufhaus für Gelegenheitskäufe Siegfried Hirschfeld, Habsburgerst. 7 Ecke Hohenstaufenstr. Täglich Eingang von Partien zu enorm billigen Preisen.
Kaufhaus Gustav Pinkus Müllerstr. 163a, streng reelle Bedien., bill. fest. Preise.
Kaufhaus Gebr. Preuß Berl. NW, Beusselstr.-Ecke Huttenst. Beste Bezugsqu. für sämtl. Manufakturw. Spez. Damenkonfektion. Streng reelle Bedien. Liefer. sämtl. Sparv.
Nelson, Bernh., Amsterdamerstr. 16.
Wilde, J., Lichtenberg, Frankf. Chaussee 146.

Kohlen, Koks, Briketts

Haller, Rich., Prinzen Allee 71. Gerichtstr. 70, Germanenstr. 6, Gartenstr. 92.
Loebell, L., Kohlenbahnhof, Wedding.
Siemon, A. R., Kohlenbhf. Wedding.

Kolonialwaren

Bars, Wilh., NO, Weberstr. 9.
Alexander Bischoff.
Gruse, G., Ri., Bergstr. 101.
Hapke, Martin, Gabriel Maxstr. 6
Heinrich, R. Rixdorf, Bergstr. 33/36, Kais.-Fridr.-St. 246.
Hentschel, Otto, Rominterstr. 22.
Horn, Otto, Ri., Kais.-Friedr.-Str. 230.
Keim, Max, Köpenickerstr. 21.
Kerker, Willy, Rathenower Str. 34.
Klabes, Ernst, Schönh., Gärtnerstr. 34.
Krüger, Berthold, Turmstr. 74, Oldenb. Str. 14.
Leppert, Fritz, Utrechterstr. 35, Maxstr. 18a.
Lutze, Herm., Koloniestr. 34, Schwedenstr. 1a.
Martens, Franz, V. Wismarplatz 1.
Michaelis, Paul, 5 Geschäfte in Nord-Berlin.
Miosch, Adolf, Falkensteinstr. 7, Skalitzerstr. 73.
Pastorius, Gebr., Weißensee.
Plötz, Louis, Brunnenstr. 147.
Runge, Otto, Ri., Hermannstr. 48.
Scheffel, Christian, Warschauerst. 68
Scheffler, Carl, Badstr. 18.
Schirrmacher, R., Andreasstr. 61.
Schlenther, Emil, Huttenstr. 7.
Schmidt, H., Manteuffelstr. 103.
Sprotte, Ewald, Koppenstr. 7.
Wilke G. Ri. Bodest. 28 Eck. Jonasst.

Korbwaren, Kinderwagen

Baby-Bazar Davidsohn, Reinickendorferstr. 1.

Krankenbedarfsartikel

Fischer, Wilh., N, Swinemünd. St. 116.
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.

Manufakturwaren

Belwe Nchf., Otto, Turmstr. 56. Modehaus.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Grünberg Nachf., M., Petersburgerst. 29 Modewarenhaus.
Hoffmann, M. Ernst, Beusselstr. 37.
Seidel, M., Grüner Weg 45.

Mehlhandlungen

Adler, M., Kolonialw., Frkf. Allee 67.
Bethke, Georg. Muskauerstraße 44. Rixd., Elbest. 28, Kais.-Friedr.-St. 64. Treptow, Grätz-Straße 64.
Bordasch G. Ri. Kais.-Friedr.-St. 29.
Doormann, A., Warschauerstr. 78.
Eberlein, Werner, 5 Geschäfte in Nord-Berlin.
Friedländer, V., Frankf. Allee 72.
Gaege, Otto, Charlottenburg.
Grossien, Gebr., Frankf. Allee 188, Neue Schönhst. 14
Heerma, H., Ri., Hermannstr. 172.
Heinrich, R. Rixdorf, Bergstr. 33/36, Kais.-Friedr.-St. 244.
Künzel, S. A., Manteuffelstr. 94.
Kurzleben, H., Andreasstr. 4, Kottb. Damm 69.
Schleinitz, A. Mariannenstr. 14, Markth. Marheinekepl. Markth. Dorotheenstr.
Schickram, Georg, Frankf. Allee 186.
Schirrmacher, R., Andreasstr. 61.
Stuckhammer, F. E., Sparrstr. 17.
Wienecke, O., Rixd., Bergstr. 11, Hohenzollernplatz 3.
Wolf, Max, Brunnenstr. 13.

Möbelmagazine

Balla, Georg, Gubenerstr. 5.
Bauer, R., Landsberger Str. 91a.
Baumgarten, W., gr. Frkfrt. Str. 29.
Berliner Möbelhalle „Norden", Ackerstr. 125 a. Invalidenst. 118.
Blesch, Spandau, Schönwalderstr. 11.
Bolle's Möbeltischl., N. Gartenstr. 25. Fabrikpr., koul. Zahlungsbed.
Bollmann, Carl, Ri., Boddinstr. 61.
Buchholz, Paul, Stromstr. 45.
Cohn, E., Gr. Frankfurter Str. 58. kulant. Teilzahlung.
Geppert, Paul, Zossenerstr. 32 a. Marheineckeplatz.
Gericke, Fritz, Müllerstr. 145.
Glazeski, P., Neue Königstr. 24, Gelegenheitskäufe i. Alte. Neu. [illegible]
Gleiser, A., Alexanderstraße 42.
Gorbahn, Landsbergerstraße 93, kein Laden, ev. Teilz.
Holzhausen, Ad., Brunnenstr. 164.
Hönnicke, Otto, Elsasserstraße 20.
Hopp, Jul., Brunnenstr. 133.
Janitzkow, F., Turmstr. 43, Möbelfabrik.
König, A., Ri., Berlinerstr. 102.
Küchenmöbel, Ri., Berlinerst. 90.
Lachotzki, L., Ri., Hermannstr. 15.
Lazarus, L., Petersburgerstr. 62.
Lennert, Hans, Lothringerstraße 58, Möbelgelegenheitsk.
Lüddecke, R., Ri., Bergstr. 4.
Misch Siegmund, Neanderst. 15, auch Teilzahlg.
Möbel-Eberhardt, Friedrichstr. 103a.
Möbel-Gelegenheitskäufe! Wirtschaften aller Preislagen Willy Hasemanns Möbel-Haus Grunewaldstr. 27
Möbel-Kaufhaus, Norden, Müllerstr. 131.
Möbel Krause Möbel Kastanien-Allee 43, Fabrikgebäude.
Teilzahlung gestattet Möbel-Rosien, Kastanien-Allee 57.
Möbius, Rudolph, Ackerstr. 130.
Nagott, Ri., Richardplatz 8, Alt, Neu.
J. Ostrowski jr. Gr. Frankf. Str. 1, am Frankf. Tor Möbel Spiegel Polsterwaren gegen Bar- u. Teilzahlung.
Neukirch, Gebr., Langestr. 9, Stralauerstr. 39, Am Molkenmarkt.
Prüssing, Ludw., Gartenstr. 28.
Rehfeld, A., Buttmannst. 20, Gelegenheitskäufe, kompl. Einr. v. 140 M. an.
Rottig, Fr. M., Fennstr. 44.
Schmidt, Otto, Möbelfabrik, Gartenst. 32.
Siebeky W., Gneisenaustraße 16, eig. Tischlerei u. Tapezierwerkstatt.
Stargard, O., Neue Königst. 29, Geleg.-Käufe g. Bar- u. Teilzahl.
Stoye, Bernh., N 20, Prinzen-Allee 89.
Uhr, Johannes, Grünthalerstr. 68.
Wendland, Ernst, Swinemünder Straße 121. Möbelfabrik — Bar- u. Teilzahlung.
Misch, Wilh., Gr. Frkf. Str. 43/44, auch Teilzahlung.
Zierau, Ernst, NW, Oldenburgerst. 47

Molkereien

„Schweizerhof", Meierei und Milchkuranstalt, liefert Vollmilch u. Kindermilch z. jed. Tageszeit frei Haus zu d. üblich. Preisen. Zirka 100 Verkaufswagen.

Musikinstrumente

Grunow, A., Frankfurter Allee 150.
Hirst, Rich., Brunnenstr. 43.
Pfeiffers Musikh., Kottb. Damm 90.
Schnötke, Otto, Ri., Richardstr. 115.
Scholz, Paul, Frkf. Allee 72b, Frkf. Chauss. 155.
Schulz, Potschmann & Co., Brunnenstr. 29.

Nähmaschinen

Bellmann, E., Gollnowstr. 26, Waschmaschinen.
Göhre, R., Ri., Berlinerstr. 59 I.
Littauer, Verk. Wilke, Ri., Berlinerstr. 94, Hermannstr. 59/60.

Optiker

Dane, Paul, N, Müllerstr. 174.
Hochstim, O., Ri., Berlinerstr. 22.
Schubert, Carl, Ri., Bergstr. 148.
Werner, Herm., Pappel-Allee 3—4.

Papier- u. Schreibwaren

Seidler, Louis, Ri., Bergstr. 42.

Putz- u. Modewaren

Bless, Paul Ri., Hermannstr. 161 am Bahnhof.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Haase, M., Rixdorf, Bergstr. 1, Spezialität: Putz.
Hannach, Geschw., Rixdorf, Bergstr. 22.
Klehr, H., Reichenbg. Str. 139, Spez. Putz.
Kaufhaus f. Damenputz Adolf Cohn jr. Gr. Frankf.-Str. 114, part. u. 1. Etage.
Modehaus Wilhelm Metzner Große Frankfurterstraße 92 Spezialhaus für Damenhüte.
Sobeck, F., Spandau, Potsdamerst. 50.
Weiß, Emma, Rixdorf, Bergstr. 132.

Resterhandlungen

Deleschal, H., Koloniestr. 150a.
Schreiber, Berth., Neue Königstr. 30.

Schirme u. Stöcke

Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Niedner, Osk., Brunnenstr. 113.
Schlesinger, Reinickend. Str. 48, Lief. d. Konsumgenossensch.
Scholz, Osw., Ri., Bergstr. 111.

Schuhwaren

Adelius, Aug., Frankf. Allee 186.
Baecker, Adolf, Weidenweg 69.
Baruch, S., Goltzstr. 41.
Bornschein, H., Rixdorf, Bergstr. 138.
Behnke, Marienburgerstr. 11. Lf. Kons.
Conrad, Paul Frankf. Allee 171.
Fäse, B., Müllerstr. 163a. Lieferant d. Kons.-Genossensch. Berlin u. Umg.
Fiebig, C., Goltzstr. 38, am Winterfeldplatz
Fleer, Friedr., Sparr-Str. 17.
Formanowitz, E., Yorkstr. 53 am Bhf.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Hannes, Gust., Am Weddingpl. 1.
Horlacz, Granseerstr. 3, Franseckist. 14.
Heise, Heinr., Badstr. 17. Lieferant der Konsum-Genossenschaft.
Hübner, C., Rosenthalerstr. 13.
Klein, A., Brunnenstr. 179, Gr. Frankf. Str. 141.
Kuhn, Rich., Frankf. Allee 118a.
Masuch, Otto, Pallisstr. 14, 5% Rabatt.
Michling, A., Weidenweg 20.
Odrowski, F., Kottbuserdamm 108.
Oesterling, O., Grüner Weg 107.
Petersohn, Osk., Müllerstr. 155.
Räsener, Gelegenheitskäufe Brunnenstr. 29.
Salomon, J., Petersburgerstr. 40.
Schmidt, Gebr., Fennstr. 59.
Schröter, J., Hermannstr. 52, Kottbuserdamm 40.
Schuhh. Max Koh, Bellealliancestr. 16.
Schuhwarenhaus des Westens, Yorkstraße 48
Schüler, Wilh., Schönh. Allee 5.
Sommer, Wilh., N, Schönh. Allee 89.
Tauscher, E., Weißens., Königschauss. 61b.
Tornow, Franz, Tegel, Berlinerst. 1a.
Wegner, R., Rixdorf, Bergstr. 141.
Winter, H., Schönhauser Allee 91.
Zastrow, E., Ri., Berlinerstr. 71/72.
Stoll, Berta Leander, Brunnenstr. 187.

Teppiche u. Gardinen

Frankenstein & Co., Ri., Bergstr. 140.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Manerhoff, M., Gr. Frankf. Str. 9, pt.

Uhren u. Goldwaren

Arlt, Erwin, Kottb. Damm 29/30.
Arlt, Herm., Manteuffelstr. 114.
Abel, Goltzstr. 30 am Winterfeldplatz.
Bürger, Jul., Müllerstr. 6.
David, Max, Brunnenstr. 43.
Ebert, Otto, Huttenstraße Nr. 67.
Ellinghausen, Gebr., Grünerweg 48.
Fabian, Max, SO 36, Wienerstr. 25.
Fliegenschmidt, M., Bergmannstr. 2.
Friese, Konrad, Müllerstr. 4.
George, Adolph, Badstr. 68.
Goericke, C., Pücklerstr. 36.
Gromadies, P., Andreasstr. 25.
Helmbusch, W., Frankft. Chaussee 81
Kuhle, August, Prinzen-Allee 81.
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40.
Lewin, Adolf, Königstr. 43/44.
Linde, Max, Tegel, Berlinerstr. 48.
Lux, Carl, N, Chausseestr. 41.
Mildt, A., Charl., Krummestr. 14.
Nahr, Gust., Gr. Frankfurter Str. 91.
Osterloh, M., Gr. Frankfurt. Str. 138.
Quitzow, Joh., Müllerstr. 1a.
Rapp, Chr., Weißensee, Gust. Adolfstr. 157
Rudolph, H., Rixdorf, Bergstr. 182.
Schrader, Otto, Frankf. Chaussee Nr. 8.
Scholz, Osw., Frankfurter Allee 24.
Schumacher, O., Tegel, Berlinerst. 3a.
Sturm, Erich, Tegel, Berlinerstr. 96.
Ueckermann, G., Landsbergerst. 98, Skalitzerstr. 62.
Rampmaier, F., Skalitzerstr. 30.
Schönemann, G., Ri., Berlinerstr. 73.
Truss, W., Frankft. Allee 185.
Werner, Herm., Pappel-Allee Nr. 3—4.
Willer, Hans, Rosenthalerstr. 63/64.
Winkler, W., Reinickendorferstr. 29.
Wittig, Ad., Rixdorf, Berlinerstr. 44.
Wolter, M., Ri., a. Bahnh. Hermannstr.
Wüsteney, O., Brunnenstr. 106.

Warenhäuser

Brünn, Nachf., Frankf. Allee 154.
Loewenberg & Co., Rigaerstr. 107 am Baltenplatz.
Pinkus, Paul, Simon-Dachstr. 34.
Warenhaus M. Hirsch Spandau
Weiss, H. & Co. [illegible]
A. Weiss & Co. Nachf. Schöneberg, Hauptstr. 11.

Weine u. Fruchtsäfte

Hugo Beling Weine · Liköre. Flaschenverk. zu Engrospreisen. 50 Filialen in Berlin u. Vororten
Bettinger, Eug., Wald-Ecke, Wicklef.
Dennhardt & Schultze, Brunnenstr. 60.
Elle m. Weyle, Likörfabr., Gerichtstr. 12.
Großdest. z. gr. Trichter, Lausitz. Pl. 4.
Großd. „Zur Sonne", Paul Freudenberg.
Krüger, Brunnenstr. 188, Kast. Allee 63.
Morton, Louis, Belle-Alliancestr. 19.
Reins Gr.-Dest. Scharrnstr. Ecke Wilmersdorferstr.
Rieß, Fritz, Ri., Hermannplatz 5.
Schulz, Otto Alb., Frankf. Allee 154, Markusstr. 36.
Schwendy, H., Rosenthalerstr. 67.
Sello, Hermann, Fil. i. allen Stadtteilen Einzelverkauf zu Engrospreisen.
Ignatz Sello auch Liköre u. Säfte, Brunnenstr. 14 u. Filial. Einzelverk. z. Engrospr.
Weihe, W., Hermannstr. 160.
Wendig, Herm., Elsasserstr. 11.
Wermuth, Oswald, Kopenhagenerstr. 1.

Weiß-, Wollw., Trikotagen

Boeldicke, Max, Chausseestr. 67, Strpf. u. Trikotagen.
Brodow, Otto, Ri., Hermannstr. 96.
Engel, R., Wienerstr. 22, Ecke Forsterstr.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Kaufhaus London, Ri., Bergstr. 47.
Klehr, H., Reichenberger Str. 139.
Kaufhaus Levy, F., Ri., Hermannstr. 58.
Pflaume, Gebr., Friedrichstr. 205.
Rachmer, C., Andreasstr. 69.
Tichauer, S., Ri., Hermannstr. 51.

Zahnatel. u. Zahnkünstl.

Beyer, R., Rixdorf, Bergstr. 132.
Hellbruch, Herm., Pankstr. 5, gegr. 1871.
Jordan, Alfr., Fennstr. 61, gegr. 1888.
Lüdecke, Franz, Greifswalderstr. 21.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.